

Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 128 November/Dezember 2006 2,50 Euro

- Abdullah Öcalan: Aufruf zum Waffenstillstand
- Beginn einer neuen Phase für Kurdistan

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 128 November/ Dezember 2006

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
(6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl.	2,50 Euro
Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Friedenswunsch
Foto: Bergüzar Oruç

Rückseite:
In Erinnerung an Ronahî - Andrea Wolf
Foto: Archiv

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Presseerklärung der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* zum einseitigen Waffenstillstand Foto: ANF


Das Militär ist in Kurdistan: hier bei Şirnak eine Straßenkontrolle Foto: DIHA



Die Bevölkerung geht immer wieder mit der Forderung nach Frieden auf die Straße: hier in Siirt Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Forderung nach einem gerechten Frieden ist in dieser Ausgabe ein zentrales Thema. Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit einem einseitigen Waffenstillstand, der Gültigkeit seit dem 1. Oktober besitzt, einen erneuten Vorstoß gemacht. Von ihrer Seite sollen die Waffen schweigen und die vorhandenen Probleme auf dem Verhandlungsweg, friedlich und mit demokratischen Mitteln, gelöst werden.

Abdullah Öcalan kommt dazu in dieser Ausgabe selber zu Wort: „Seit einer Weile äußern in der Türkei vernünftige Kreise, Anhänger der Demokratie und verschiedene Gruppen das dringende Bedürfnis nach Waffenstillstand und Frieden. Daher ist es nun nötig, das Blutvergießen endlich zu stoppen und dem Frieden eine weitere Chance zu geben.“ So sein Aufruf, der an die Öffentlichkeit gelangen konnte. Danach waren Besuche seiner Angehörigen wie auch seiner Rechtsanwälte auf Imralı nicht mehr möglich, angeblich wegen schlechten Wetters

Der einseitige Waffenstillstand ist in der Öffentlichkeit wahrgenommen und begrüßt worden. Verschiedenste demokratische Institutionen und Politiker weit über die Grenzen Kurdistans und der Türkei hinaus stimmen diesem Schritt zu und setzen Hoffnungen in diese Initiative. Auch die Reaktion der türkischen Regierung ließ nicht auf sich warten. So konnte auch in deutschsprachigen Medien gelesen werden, dass Tayyip Erdoğan erklärte, es „ohne ersichtlichen Grund" keine Operationen der Sicherheitskräfte geben werde, wenn die PKK zu ihrem Wort stehe.

Anders dagegen die türkische Armeeführung. Der Generalstabschef Yaşar Büyükanıt erklärte, der "Terrororganisation" bleibe nur, die Waffen bedingungslos niederzulegen und sich der türkischen Justiz zu stellen. Die Streitkräfte würden ihren Kampf gegen den Terror so lange fortsetzen, "bis es keinen einzigen bewaffneten Terroristen mehr gibt". (Standard 3.10.)

Das Militär hält Wort, so gab es in den ersten zwei Wochen nach Verkündung des Waffenstillstands 34 Militäroperationen bei denen Menschen getötet und verletzt worden sind.

Die Bevölkerung steht hinter den Forderungen nach Frieden. Auch der diesjährige 9.-Oktober-Protest wurde genutzt, um ihren Forderungen nach einem längst fälligen Friedensprozess und der Freiheit für Abdullah Öcalan Öffentlichkeit zu verleihen. Solidarität und eine breite Unterstützung sind notwendig, damit in diesem Konflikt, wie es die DTP erklärte, kein einziger weiterer Mensch mehr sterben muss. Türkeiweit startete sie eine Initiative, um über inländische zivilgesellschaftliche Organisationen alle gesellschaftlichen Kreise für den Frieden zu mobilisieren.

In den letzten Ausgaben berichteten wir über den Stand zur Rettung Hasankeyfs und des Tigris-Tals. So auch in der vorliegenden Ausgabe. Trotzdem die türkische Regierung den Baustein für das Ilisu-Staudamm-Projekt gelegt hat, ist der Protest gegen dieses gigantische Bauwerk nicht verloschen. Nicht nur vor Ort, auch in Europa regt sich der Widerstand dagegen. Im Oktober wollten die Vertreter der Kreditanstalten sowie einiger Regierungen aus Europa ihre Entscheidung kundtun, ob die unwiederbringliche Zerstörung von Natur und Geschichte mit ihrer Unterstützung durchgeführt oder diesem Bauprojekt ein Ende gesetzt wird. Leider lag uns bei Redaktionsschluss noch keine Entscheidung dazu vor.

Diese Ausgabe ist die letzte in diesem Jahr. Im Januar wird der nächste Kurdistan Report erscheinen. Ein besseres neues Jahr zu wünschen ist noch ein wenig früh. Nutzen wir die uns in diesem Jahr verbleibende Zeit, um den Kriegen und der Zerstörung dieser Welt den Boden weiter zu entziehen.

In diesem Sinne freundliche Grüße die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Macht hat die Armee

Ferda Çetin

Die Streitkräfte in der Türkei setzen ihre Militäroperationen trotz des Waffenstillstands vom 1. Oktober ununterbrochen fort. Der türkische Generalstabschef und der Oberkommandierende der Streitkräfte verlautbarten, dass der Waffenstillstand ohne Bedeutung sei, der Krieg bis zum letzten PKK'ler fortgeführt werde und sie eine politische Lösung nicht kennen würden. Auch richteten sie eine scharfe Kritik an die EU und intervenieren auch weiterhin in die Bereiche, die eigentlich klar in der Verantwortung der zivilen Regierung liegen.

In den Situationen größter Bedrängnis ist in der Türkei die Rettungsformel griffbereit: Innerhalb des politischen Systems gibt es nichts, was mit demokratischen Mitteln gelöst werden könnte, das Problem kann nur durch das Militär, die Armee aus der Welt geschafft werden!

Nicht dass diese Art von „Lösung" in der Vergangenheit etwas genützt hätte; diese Methode hängt zusammen mit der Unscheinbarkeit der politischen Dynamik, mit der Rolle, die der Armee beigemessen wird, mit der Tradition der Militärintervention in die Politik und mit der Rolle, welche die Bevölkerung der Türkei innerhalb der Demokratie spielt. In seiner Rede vom 30. August erklärte Generalstabschef Yaşar Büyükanıt, dass die Armee sich auch in Zukunft politisch betätigen werde. Dies ist eine seit den Osmanen anhaltende Herrschaftstradition: „Auch wenn die türkischen bewaffneten Kräfte gemäß dem politischen Kampf ihre Verbindung zur osmanischen Zeit leugnen oder sie abschwächen möchten, so geht die Wurzel der von den Militärs verinnerlichten Ideologie bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurück."[1]

Gegen diejenigen, die von Zeit zu Zeit an das auf den Kopf gestellte Rollenverständnis erinnern, kommt das Unbehagen der Armee von ganz oben und auf der Stelle. „'Nirgendwo auf der Welt wird die nationale Sicherheit allein den Militärs überlassen. Das ist die Aufgabe der Politik. Es sind die politischen Institutionen, die den Rahmen für die nationale Sicherheit festlegen müssen. In der Türkei hingegen legt die nationale Sicherheit den Rahmen für die Politik fest.' Als Mesut Yilmaz diese Sätze sagte, herrschte ein wüstes Durcheinander.
Das Hauptquartier des Generalstabs unter Leitung von Kıvrıkoşlu gab seine härteste Erklärung außerhalb der Zeiten eines Militärputsches ab."[2]

Die Armee ist auf eine in modernen Staaten unmögliche Weise gegenüber Aufgabenbereichen, die nicht primär unter ihre Verantwortung fallen, sehr passioniert und bereitwillig. Es wäre wohl eine große Naivität, diese Realität mit harmloser Gewohnheit oder einer der Türkei eigenen Ausnahme in Verbindung zu bringen. Denn: „Der türkische Offizier, der in den 1950er Jahren in Kellerwohnungen wohnte und nachts als Taxifahrer arbeitete, weil er nicht durchkam, ist Vergangenheit. Aufgrund der starken finanziellen Institutionen wie der OYAK, militärischen Camps und Armeehäuser wurden die Probleme von Unterkunft, Gesundheit und Alter gelöst, und somit gewann der Beruf des Offiziers im Vergleich zu anderen Berufen einen privilegierten Status und entwickelte sich für die Kinder der Unter- und Mittelschicht zu einem attraktiven Beruf."[3]

Die Führungspersonen der Armee, die zu allen Politikfeldern vollmundige Erklärungen abgeben, vergleichen nie ihren Lebensstandard mit dem Rest der Gesellschaft. Sie kümmern sich nicht um die Korruption ihrer Artgenossen: „3,5 Millionen Menschen, 4,8 % der Bevölkerung in der Türkei, leben mit einem Einkommen von unter 1 Dollar am Tag. Mit ihrem Bevölkerungsanteil, der mit weniger als 1 Dollar am Tag auskommen muss, liegt die Türkei auf Platz 54 unter 90 Ländern."[4]

Während es unterhalb dieser Grenze große Probleme in den Bereichen Armut, Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Bildung gibt, spielt die Armee als Institution eine führende Rolle unter der Elite. Wann auch immer diese außerordentliche Institution, die sich von materiellen und ideellen Einkommen nährt, hinterfragt wird oder zur Diskussion steht, ist urplötzlich die Rede vom „inneren Feind", von „denjenigen, die sich hinter den Begriffen Menschenrechte, Freiheit und Demokratie verstecken", von „Terror und Fortschrittsfeindlichkeit" [*gemeint ist religiöse Rückständigkeit; d. Ü.*]. Als nahe liegendes Ziel wird dann immer auf die grenznahen Guerillacamps verwiesen. Zum wievielten Hundert Mal wird der innere und äußere Feind hervorgeholt und in die Schlagzeilen von Zeitung und TV lanciert? Denn die Armee bedarf einer solchen Illusion.

Ein weiterer kalkulierter Nutzen von grenzüberschreitenden Aktivitäten ist es, den Gedanken, in der Türkei könn-

ten die Probleme innerhalb der Demokratie und mit politischen Methoden nicht gelöst werden, stets aufrechtzuerhalten und immer an die Existenz des Feindes zu erinnern. Denn diese unerschütterliche Herrschaft der türkischen Armee benötigt innere Feinde, äußere Feinde und noch mehr Feinde.

Aber dieses Mal ist es weder vor der Grenze noch hinter der Grenze so wie früher. Die USA und andere grenzüberschreitende Akteure sind im ständigen Wandel begriffen, und während sie ihren Interessen entsprechend neue Gleichgewichte schaffen, versucht die Türkei, ohne sich im Inneren und nach außen zu ändern, zu einem der Hauptbestandteile dieser Phase zu avancieren. An diesem Punkt taucht aber ein gewichtiges Problem auf: Die von den USA nach ihren Interessen von oben mit Gewalt aufgezwungene Gestaltung harmonisiert nicht mit den Erwartungen der Türkei. Die türkische Unzufriedenheit betrifft nicht die Expansion der USA und deren Methoden, sondern vielmehr die Nähe der Türkei zum zerstörten Status quo und ihre traditionelle Verleugnung der kurdischen Frage. Denn: „Die Aufrechterhaltung des Status quo in der Region ist für die Türkei notwendig, damit sie ihren Status quo schützen kann."[5]

Während die USA innerhalb der „Neuen Weltordnung" den Irak und Syrien als große zu überwindende Hindernisse sehen, benötigt die Türkei aufgrund der kurdischen Frage am meisten Iran und Syrien. Die USA sind sich dieser Konstellation bewusst. Sie versuchen, zu den Kurden in Iran und Syrien – wie es im Irak der Fall war – den Kontakt herzustellen, um nach ihrer Intervention das Risiko mit ihnen zu teilen.

In solch einer Situation scheinen direkte kriegerische Maßnahmen der USA gegen die PKK, die von ihnen schon früher innerhalb der „Achse des Bösen" positioniert worden ist, aus eigenen Interessen nicht sehr logisch. Aus drei Gründen mutet ein solcher Angriff nur als eine entfernte Option an:

Erstens: Während die USA im Irak mit KDP und PUK intensive Beziehungen pflegen, würde eine Attacke gegen die PKK bei den meisten Kurden Unbehagen auslösen.

Zweitens: Es ist nicht möglich, gegen die in den Bergen Südkurdistans verbreitete Guerilla in kurzer Zeit einen militärischen Erfolg zu erzielen. Ein solcher Krieg würde sich über Jahre erstrecken und für die USA bedeuten, im Norden des Irak, in dem sie ohnehin ernste Probleme haben, eine neue Front zu eröffnen und mit weiteren Schwierigkeiten konfrontiert zu werden.

Drittens: Die Politik Irans und Syriens gegenüber der PKK änderte sich nach deren Strategiewechsel von 1998: Die Kooperation Iran-Türkei-Syrien hat sich auf der Grundlage der kurdischen Frage zu einem wichtigen Bündnis entwickelt. Iran und die Türkei führen gemeinsame Operationen gegen die HPG-Guerilla durch. Des Weiteren versuchen Iran und Syrien mit breit angelegten Festnahmen und Verhaftungen die kurdische Bevölkerung einzuschüchtern.

Alle drei Staaten mit ihren antidemokratischen Regimes verleugnen die kurdische Frage und erkennen das Vertretungsrecht und die Freiheit des kurdischen Volkes nicht an. Folglich versucht die Türkei, die Zukunftspläne schmiedet, auf der einen Seite Kandidatin im Dienste der US-Rückständigkeit zu sein, auf der anderen Seite die gegenwärtige Lage mit den am Status quo klebenden despotischen Regimes aufrechtzuerhalten. Der Beschluss, Soldaten in den Libanon zu schicken, wird allein nicht ausreichen, um dieses problemreiche Beziehungsgeflecht zu klären. Früher oder später wird es einen Bruch und damit Klarheit in dieser Frage geben. Die heutige politische Autorität und die Armee in der Türkei sind hilflos gegenüber der kurdischen Frage, die sie intern nicht lösen wollen, und gegenüber der Dynamik des Wandels im Mittleren Osten. Abermals haben sie nicht den Willen und die Kraft, sich herauszuhalten.

Die globale Herrschaft, die sich seit den 90er Jahren Schritt für Schritt entwickelt und von Francis Fukuyama als „Das Ende der Geschichte" heilig gesprochen wurde, löst mit ihren extremen und ununterbrochenen Interventionen eine vorher nie da gewesene



Barış = Frieden – 9.-Oktober-Protest in Mardin Foto: DIHA

Dynamik aus. Der Mittlere Osten nimmt in dieser Phase seinen Platz ein. Während die USA auf ihrem Weg voranschreiten, den sie für ihre strategischen Ziele auserkoren haben und über dessen Ausgang die Weltöffentlichkeit sich ihre Vorstellungen macht, sollen auch alle benachbarten Entwicklungen in Dienst genommen werden.

Nicht nur die „neutralen" Akteure, sondern auch die Konfliktfelder, die vor der Expansion der Neuen Weltordnung bestanden, versuchen sie in dieser Phase zu vereinnahmen, anstatt sie endgültig zu lösen. Unterdessen die Instabilität nach der Besetzung des Irak anhält, stellen der zwischen Kurden und schiitischen Arabern geschaffene Konsens wie die Einbeziehung von UNO und EU durch den Transport des Palästina-Israel-Konflikts in den Libanon Beispiele für die reelle US-Politik dar. Die USA schmieden Pläne für eine Intervention im Iran und später in Syrien. Als sie den Irak angriffen, blieb ihnen die erwartete EU- und UN-Unterstützung verwehrt und sie waren gezwungen, den Preis für das anhaltende Chaos nach der Besetzung allein zu begleichen. Sorgfältig streben sie danach, diesmal denselben Fehler zu vermeiden und nach Möglichkeit noch mehr Staaten und Institutionen in ihren regionalen Plan einzubeziehen.

Die Ironie dabei ist, dass sich die Türkei in der ausweglosen Situation befindet, mit den regionalen Status-quo-Kräften, denen sie sich verwandtschaftlich verbunden fühlt, die aber als Angriffsziele der USA gelten, ihren Platz in der entstehenden neuen Ordnung neben den USA finden zu müssen. Das ist keineswegs miteinander zu kombinieren. Sowohl aus türkischer als auch aus US-Sicht bedarf es einer klaren Haltung: entweder – oder. Kann die Türkei, wie die USA, unter potentiellen Gefahren alle ihre Hauptprobleme, auf die Sicherheit pochend, lösen?

„Kann ein Land, das das Dreifache seines Bruttoinlandsprodukts an Auslandsschulden trägt und dessen Armee über die modernsten Waffen der Welt verfügt, sich seiner Sicherheit gewiss sein? Um diese Frage richtig zu beantworten, muss man kein Militärexperte sein."[6]

Was hat sich geändert, dass die Türkei zwar keine Soldaten in den Irak schickt, aber in den Libanon? Der Angriff Israels auf den Libanon, von UNO, EU und arabischen Staaten wie Kinozuschauer tagelang tatenlos verfolgt, vollzog sich mit bedingungs- und vorbehaltloser US-Unterstützung. Es gibt für alle Akteure, die die Angriffe Israels mit über tausend zivilen Opfern lediglich beobachten konnten, durch die Entsendung ihrer Soldaten, um am „Friedensplan" teilzunehmen, nur eine Berufung: eine sehr spezielle Aufgabe, um den „Libanon in die Nichtigkeit zu treiben und um die arabische Welt und den Mittleren Osten zurückzuwerfen."[7] Haben die eigentlichen Vertreter dieser Region keinerlei Schuld an dem Geschehen? Die Gründe, die die Türkei „zwischen zwei Moscheen gebetslos" lassen, sind identisch mit den Gründen, die die arabischen Staaten in der Frage des Irak, des Libanon und des Mittleren Ostens absolut bedeutungslos lassen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Syrien, Jordanien, Ägypten und Kuwait, die vor keinerlei Brutalität zurückschrecken, um ihre Familien-Königreiche und über Jahre mit dem Blut und Fleiß ihrer eigenen Bevölkerung errichteten despotischen Dynastien zu verteidigen, haben außer Materiellem nichts, was sie ihren Verbündeten zu bieten hätten. Aus diesem Grunde verfügen diese Staaten in der Irak-, Palästina- und Libanon-Frage über keinerlei Einfluss. Wie sonst kann dieses beschämende Schweigen der genannten Dynastien erklärt werden?

Die Situation der Türkei unterscheidet sich abgesehen von Details nicht sehr von der in den antidemokratischen Regimes im Mittleren Osten. Daher bietet der Waffenstillstand der PKK in der Türkei nicht nur die Chance auf eine politische Problemlösung, sondern auch einem Land, das Ambitionen auf eine EU-Mitgliedschaft hat, die Möglichkeit, sich zu demokratisieren. Inwieweit diese Chance genutzt werden wird, hängt allerdings davon ab, wie der Machtkampf zwischen Politik und Militär ausgehen wird. ♦



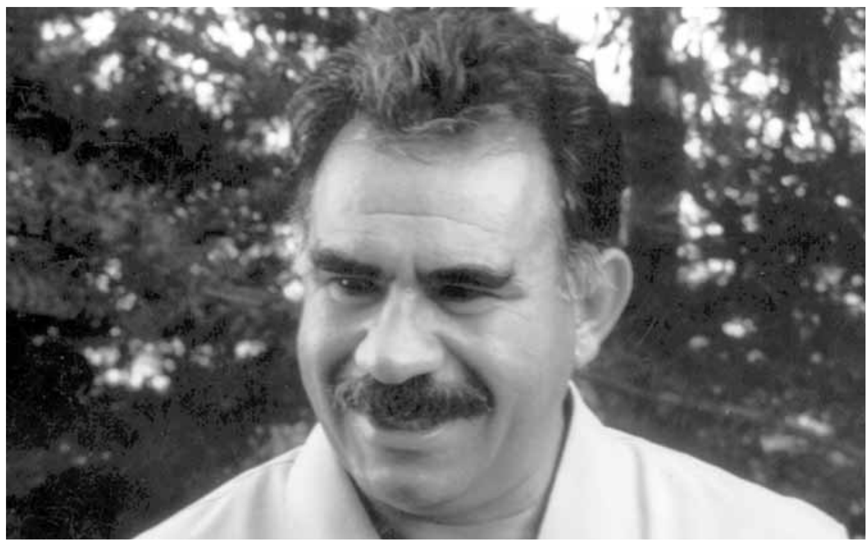
„Gegen Militäroperationen und Besatzung – Frauen wollen Frieden" Foto: DIHA

1) Serdar Şen, Geçmişten Geleceğe Ordu (S.10), Alan Yayıncılık, 2000
2) Sezai Temelli/Birgün, 30.08.2006
3) Hikmet Özdemir, Rejim ve Asker (S. 43), Afa Yayınları, 1989
4) 2006 Dünya Bankası'nın Dünya Gelişim Raporu
5) Ali Bayramoğlu, Yeni Şafak/Asker, siyaset ve Büyükanıt, 30.08.2006
6)Mümtaz'er Türköne/Zaman, 31.08.2006
7) Tanıl Bora/Birikim (S.6), Ağustos 2006

Abdullah Öcalan: Aufruf zum Waffenstillstand

Frieden nur durch demokratische Einheit

Abdullah Öcalan, 27.9.2006



Abdullah Öcalan Foto: Archiv

Seit 1993 habe ich immer wieder versucht, dem Bedarf nach einer friedlichen und gewaltlosen Lösung der kurdischen Frage entgegenzukommen. Aus diesem Grund habe ich viermal einseitige Waffenstillstände ausgerufen, die jedes Mal ergebnislos geblieben sind. Seit zehn Jahren bin ich überzeugt, dass man mit Gewalt nur bis zu einem bestimmten Punkt kommen kann. Eine endgültige Lösung ist damit nicht zu erreichen. Allerhöchstens kann man damit einen Staat zum Einsturz bringen, doch das Dach bei einem solchen Einsturz würde sowohl uns als auch den Staat unter sich begraben. Deshalb bin ich von der Notwendigkeit von Waffenstillständen überzeugt. Es ist viel Blut geflossen. Auf beiden Seiten sind unzählige Menschen gestorben, aber ein Lösungsweg hat sich damit nicht aufgetan. Die Öffentlichkeit kennt unsere Bemühungen in den Phasen der Waffenstillstände. Ich muss diese nicht ausführlich erläutern. Doch all diese Bemühungen sind leider vereitelt worden. Die Gründe dafür lagen bedauerlicherweise sowohl bei uns als auch beim Staat.

Seit einer Weile äußern in der Türkei vernünftige Kreise, Anhänger der Demokratie und verschiedene Gruppen das dringende Bedürfnis nach Waffenstillstand und Frieden. Daher ist es nun nötig, das Blutvergießen endlich zu stoppen und dem Frieden eine weitere Chance zu geben.

Eine demokratische Lösung in der Türkei durch demokratische Schritte, die jetzt unternommen werden müssen, wird auch als Beispiel für die anderen Länder dienen, in denen die kurdische Frage existiert. Die Türkei kann somit zu einer Demokratie werden, die ein Modell für den gesamten Mittleren Osten darstellt. Dies ist zum Nutzen aller Völker im Mittleren Osten. Denn im Mittleren Osten finden heftige Kämpfe statt, große Gefahren drohen den Menschen. Diese Situation kann nur überwunden werden, wenn sich die Demokratie etabliert. Die Entwicklung einer demokratischen Kultur in unserem Land bietet die Chance zur Entstehung einer demokratischen Einheit und Allianz zwischen Türken und Kurden und ist somit von überragender Bedeutung für die Zukunft unserer Völker.

Dieser Prozess wird auch den Weg für einen demokratischen Dialog frei machen.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass in der Türkei und im Mittleren Osten Waffen nicht ewig als eine Methode gelten, um etwas zu erreichen. Lasst uns die Waffen begraben.

Damit all dies erreicht werden kann, leiste ich meinen Beitrag und rufe die PKK zu einem Waffenstillstand auf. Ich hoffe, dass die PKK diesem Aufruf folgt und dass er zu dem gewünschten Ergebnis führt.

Dieser beginnende Waffenstillstandsprozess ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es gibt viele wesentliche Dinge, die anschließend getan werden müssen.

Vor allem muss dieser Prozess Dauerhaftigkeit gewinnen. Während dieses Prozesses kann es zu Provokationen kommen, ich glaube jedoch nicht, dass diese auf Seiten der PKK stattfinden. Falls doch, müssen sie überwunden werden, daraus darf man kein großes Problem machen. Beide Seiten sollten sich nicht provozieren lassen und den Prozess mit Aufrichtigkeit fortführen.

Es kann sein, dass die Armee aus Sicherheitsgründen, und weil es sich um einen Staat handelt, gewisse Dinge tut. Dem kann man mit Verständnis begeg-

nen, aber ich hoffe, dass die Armee keine großen Operationen durchführen wird. Für die andere Seite gilt, wie ich schon mehrfach betont habe, dass es sich bei der legitimen Selbstverteidigung um ein unveräußerliches Recht und eine Pflicht handelt. Die PKK wird definitiv keine Waffen einsetzen, solange keine Vernichtungsaktionen gegen sie ausgeführt werden.

Damit der Prozess voranschreitet, ist verantwortungsbewusstes Handeln notwendig. Dieser Waffenstillstand sollte nicht wie früher als eine Schwäche aufgefasst werden. Alle sollen wissen, dass er aus dem dringenden Bedürfnis nach gesellschaftlichem Frieden resultiert.

In diesem Prozess müssen wir gemeinsam die demokratische Einheit von Kurden und Türken erreichen. Wenn der Prozess, der jetzt beginnt, gut genutzt wird, kann er zu einer „demokratischen Neugründung" der Republik führen. Es können die gleiche Begeisterung, Dynamik und Einheit wie bei ihrer ersten Gründung entstehen.

Der Ministerpräsident hat einen Satz gesagt, den ich bedeutend finde: „Wir können die Türkei zu einem besonderen Land machen, das dem ganzen Mittleren Osten als Vorbild dienen kann." Das ist genau, was ich auch will. Ich richte mich an die oberste Staatsspitze, wenn ich sage: Wir können die Türkei gemäß ihren spezifischen Bedingungen zu einem Modellland für den Mittleren Osten machen. Kommt, lasst uns gemeinsam das Nötige tun. Denn Frieden im Mittleren Osten kann nur durch eine demokratische Einheit von Türken und Kurden erreicht werden. Die Grundlage dafür können nur wir selbst im Innern legen. Dafür muss man mit allen reden. Mit allen Gruppen in der Türkei muss man reden, mit der Presse, allen politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, allen, die es angeht und die Interesse zeigen, damit sie etwas zu diesem Prozess beitragen. Von einer demokratischen Lösung, von Frieden und Dialog profitieren alle.

Ich handele in guter Absicht, und ich erwarte, dass auch der Staat in guter Absicht handelt. Wenn meine Überlegungen Beachtung finden, wenn wir den Frieden erreichen, wird die Türkei in jeder Hinsicht einen Sprung vorwärts machen. Sie wird von einer großen Last befreit, ihre Wirtschaft kommt ins Lot. Sie wird im Mittleren Osten an Ansehen gewinnen und zu einem politischen Vorbild werden.

Auch die Länder der Europäischen Union und die Kräfte in Südkurdistan sollten ihren Beitrag leisten. Es sollten auch Gespräche mit dem Iran, dem Irak und Syrien geführt werden, um diese Staaten zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage zu ermutigen.

EU und USA müssen Unterstützung leisten oder zumindest nicht behindernd wirken.

Ich hoffe, dass alle betreffenden Kreise diesen Aufruf verantwortungsbewusst und sorgfältig nutzen und diesen Prozess nicht wie die vorhergehenden ungenutzt verstreichen lassen. Denn er könnte unsere letzte Chance sein. Wenn dieser Prozess nicht richtig und aufrichtig genutzt wird, können die Entwicklungen an einem Punkt ankommen, an dem es kein Zurück gibt. Wenn es diesmal kein Ergebnis gibt, dann sehe ich mich außerstande, noch einen Aufruf zu machen, und auch die PKK würde dann nicht mehr auf mich hören. Daher ist dieser Waffenstillstand so wichtig und muss genutzt werden.

Damit im Mittleren Osten eine Kultur der Demokratie entstehen kann, damit ein türkischkurdisches Bündnis und eine Einheit entstehen, damit das gegenwärtige Leid in einen würdevollen Frieden und in Glück verwandelt wird, für ein freies Leben, damit unsere Völker nicht weiter leiden, damit wir ein Zehnfaches dessen gewinnen, was wir verloren haben, und damit es zu gegenseitiger Liebe und Toleranz kommt, rufe ich alle zu verantwortlichem Handeln auf. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Prozess eine große Gelegenheit darstellt, und wünsche, dass ein Waffenstillstand auf dieser Basis einen guten Anfang darstellen möge.

Liebe und Respekt

Abdullah Öcalan



Der 9. Oktober 1998 gilt als der Beginn des internationalen Komplotts gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Zum Jahrestag gingen in diesem Jahr wieder viele Menschen auf die Straße: „Wir verurteilen das Komplott – Wir begrüßen den Waffenstillstand" Foto: DIHA

Erklärung zum Waffenstillstand

Jetzt besteht eine Gelegenheit zum Frieden

Koma Komalên Kurdistan, KKK, *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans*

Unsere Region, der Mittlere Osten, macht eine Phase wichtiger Veränderungen durch. Es zeigt sich täglich mehr, dass der wichtigste Faktor für ausweglose Konflikte in der Region nationalistisches und antidemokratisches Verhalten ist.

Der einzig richtige Weg für die Lösung der Probleme der Region ist die Anwendung der Methoden des demokratischen Dialogs und der Aufbau eines modernen, demokratischen Systems auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts von nationalen und religiösen Verschiedenheiten.

Eines der grundlegendsten Probleme, die die Situation in der Region verschärfen, ist bekanntlich die kurdische Frage. In der aktuellen Situation verstärkt die repressive Politik der Staaten, die von der kurdischen Frage betroffen sind, die antidemokratischen Tendenzen in der Region. Die Lösung der kurdischen Frage kann hingegen zu einem Katalysator für die Demokratisierung dieser Staaten werden. Deshalb wird eine demokratische Lösung der kurdischen Frage eine gewaltige Demokratisierungsoffensive auf regionaler Ebene einleiten.

Wir als Bewegung haben bis dato für die Lösung der kurdischen Frage bedeutende Anstrengungen unternommen und Opfer gebracht. Unsere Führung hat zu diesem Zweck viele Aufrufe getätigt und Projekte vorgelegt. Da unsere Bemühungen unerwidert blieben, gab es bisher keine endgültigen Ergebnisse, doch sie haben in bedeutendem Maße dazu beigetragen, dass die Frage auf die Agenda kam und verstanden wurde. Gegenüber den Angriffen des türkischen Staats regte sich insbesondere seit 2003 der Widerstand des kurdischen Volkes, und es kam zu einer Ausweitung des Konfliktes. Unser Freiheitskampf hat in den letzten beiden Jahren sowohl im Bereich der demokratischen Aktionen und der Organisierung als auch im Bereich der Guerilla einen bedeutenden Sprung vorwärts gemacht. Dies stellt mittlerweile ein ernsthaftes Problem für das System der Verleugnung und Vernichtung in der Türkei dar. Parallel zu diesem Aufbruch unseres Volkes im Norden bereitet der zunehmende Freiheitskampf in Ost- und Westkurdistan den Staaten Iran und Syrien ernsthafte Probleme. Die jüngsten Entwicklungen in allen vier Teilen Kurdistans haben die Kurden in der Region zu einem der wichtigsten Faktoren für die internationale Politik und die Kräfteverhältnisse in der Region gemacht.

Die Türkei und ihr Verhältnis zu den Kurden sind also zu einem wichtigen Thema für die Region geworden. Als Folge all dieser Entwicklungen steht die Lösung der kurdischen Frage mittlerweile auf der internationalen Tagesordnung. Verschiedene Kräfte haben in diesem Zusammenhang Erklärungen veröffentlicht und zu einer Lösung aufgerufen. Verschiedene internationale Kräfte und Institutionen haben zu einem Waffenstillstand oder zum Niederlegen der Waffen aufgerufen, allen voran die USA mit ihrer schriftlichen Erklärung zum 15. August, die Föderale Republik Irak und die Regionalregierung von Südkurdistan. In der Türkei haben allen voran einige Verantwortung tragende Institutionen sowie die DTP, die Friedensmütter, die patriotischen Religionsführer und verschiedene Gruppen von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern zu einem Waffenstillstand aufgerufen. Einige dieser Aufrufe wurden über die Presse verbreitet, andere über diplomatische Kanäle weitergeleitet.

Unter Bezug auf diese Entwicklungen hat unsere Führung (Abdullah Öcalan) einige Erklärungen abgegeben, und unsere Bewegung hat am 23. August 2006 eine Deklaration veröffentlicht, mit der eine Phase der demokratischen Lösung eingeleitet wurde. Daraufhin haben sich die Aufrufe und Verhandlungen im Sinne einer Lösung verdichtet und sich die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Waffenstillstandsprozesses erhöht. Daraufhin hat unsere Führung (Abdullah Öcalan) am 7.9.2006 einen Waffenstillstandsaufruf an unsere Bewegung gerichtet, der nicht veröffentlicht wurde.

In der Folge wurde zunächst die Herbstplanung der *Volksverteidigungskräfte* HPG gestoppt, die für den 15. September eine umfassende militärische Offensive vorgesehen hatte, und auf Antrag des Exekutivrats der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* (Koma Komalên Kurdistan, KKK) wurde am 24. und 25. September 2006 die erste Versammlung des intermediären Parlaments des zweiten Gesetzgebungsjahrs des *Volkskongresses* (Kongra-Gel) einberufen, an der der Vorstand des Kongra-Gel, die ständigen Ausschüsse, das *Komitee für Volksverteidigung* und der Kommandorat der *Volksverteidigungskräfte* (HPG) teilnahmen. Einziger Tagesordnungspunkt war der Aufruf unseres Vorsitzenden. In den Diskussionen wurde ein allgemeiner

Konsens erzielt und der folgende Beschluss gefällt:

1. Es wurde beschlossen, einen Waffenstillstand auszurufen, der ab dem 1. Oktober 2006 Gültigkeit besitzt. Seine weitere Aufrechterhaltung hängt von den kommenden Schritten und den weiteren Entwicklungen ab.

2. Solange keine Angriffe zum Zwecke der Vernichtung gegen unsere Kräfte unternommen werden, wird definitiv nicht von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Wenn jedoch Vernichtungsangriffe unternommen werden, verteidigen sich unsere Kräfte in jeder Weise.

3. Während dieser Zeit werden die *Volksverteidigungskräfte* (HPG) keinerlei militärische Bewegungen durchführen. Davon ausgenommen sind selbstverständliche Bewegungen zu logistischen Zwecken und aus Gründen der Vorsicht.

4. Entsprechend diesem Beschluss wird der Kommandorat der HPG die Stellungen, Bewegungen und Planungen aller Kräfte im Sinne des Waffenstillstandes revidieren.

5. Ziel aller Kader, Organisationen und Institutionen der Freiheits- und Demokratiebewegung in Kurdistan, die im ideologischen, politischen, organisatorischen und gesellschaftlichen Bereich tätig sind, wird es sein, den Waffenstillstandsprozess zum Erfolg zu führen. Die Planungen ihrer politischen und organisatorischen Aktivitäten und Aktionen werden sie dementsprechend revidieren.

6. Dieser Beschluss ist bindend für alle Kräfte, die in das System der Kommunen Kurdistans (Komalên Kurdistan) eingebunden sind. Niemand werden Schwierigkeiten bereitet, alle Kräfte werden sich um den Erfolg des Prozesses bemühen.

Nach diesem Beschluss unserer Versammlung wurde am 28. September 2006 der Waffenstillstandsaufruf des Gründers der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* (Koma Komalên Kurdistan), des Vorsitzenden Apo, unserer Bewegung und der Öffentlichkeit folgendermaßen deklariert: „Damit all dies erreicht werden kann, leiste ich meinen Beitrag und rufe die PKK zu einem Waffenstillstand auf. Dieser beginnende Waffenstillstandsprozess ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es gibt viele wesentliche Dinge, die anschließend getan werden müssen."

Somit gewinnt dieser Prozess auch in allen unseren nationalen Institutionen Gewissheit und wird offiziell.

Dieser Beschluss unserer Führung und unserer Bewegung ist der gemeinsame Beschluss aller nationalen demokratischen Institutionen. Insofern ist er für alle demokratisch-nationalen Kräfte bindend. Daher müssen sich auch die bewaffneten Kräfte, die sich außerhalb unseres Systems bewegen, jedoch behaupten, dass sie im Namen der kurdischen Nation handeln und insbesondere unserem Vorsitzenden gegenüber loyal seien, dem Aufruf unseres Vorsitzenden gemäß verhalten.

Wer sich nicht an diesen Aufruf hält und dem Freiheitskampf unseres Volkes Schaden zufügt, muss wissen, dass sich unsere Bewegung ihm überall entgegenstellen wird. Unser Volk, das den Freiheitskampf mit großem Einsatz und großer Opferbereitschaft erfolgreich führt, ist ebenfalls aufgerufen, diesen Waffenstillstandsprozess entschlossen zu unterstützen und auf der Linie der demokratischen Lösung und der demokratischen Einheit das Seinige beizutragen. Es muss deutlich werden, dass in diesem Prozess die Forderung nach einer demokratischen Lösung unüberhörbar artikuliert wird und breiteste Unterstützung erfährt; die Bevölkerung sollte ihre diesbezügliche Entschlossenheit und ihren Wunsch nach Frieden so deutlich machen wie nur irgend möglich.

Wir werden das Unsrige tun, um das Problem innerhalb der Grenzen der Türkei zu lösen und auf der Basis der Einheit in Freiheit ein demokratisches Zusammenleben zu verwirklichen. Jedoch wird unser Volk sich einer Politik der Verleugnung und Vernichtung, wie stets in der Geschichte, so auch heute, in keiner Weise beugen, sondern sich verteidigen, wenn es nötig ist. Unser Schritt des Waffenstillstands ist ein Schritt von historischer Bedeutung für das dauer-



Pressekonferenz der KKK zum Waffenstillstand Foto: ANF

hafte freiwillige Zusammenleben zweier Völker. Wir sagen: „Jetzt besteht eine Gelegenheit zum Frieden, lasst sie uns nutzen.“ Sonst bleibt das Feld den Kriegstreibern überlassen, die mit Nationalismus und Chauvinismus gefährlichen Hass zwischen den Völkern schüren wollen. Daher sollten alle demokratischen Institutionen und Kreise, Presseorgane, Intellektuelle, Künstler und alle, die für die Geschwisterlichkeit der Völker eintreten, unseren Schritt unterstützen, damit daraus eine dauerhafte Lösung entstehen kann. Sie alle sollten das Ihrige tun und nicht wie in der Vergangenheit untätig bleiben.

Die türkische Regierung und Armee müssen erkennen, dass sie die kurdische Frage nicht mit Gewaltmethoden aus der Welt schaffen können, wie sie es schon so oft versucht haben. Auf „Kapitulation oder Vernichtung“ zu beharren, wird unseren Völkern Leid und unserer Region Instabilität bescheren; Dialog und eine demokratische Lösung hingegen werden dazu führen, dass die Türkei aufstreben kann und attraktiv wird. Sie sollten unserer Waffenstillstandserklärung, die eine historische Gelegenheit darstellt, mit angemessenen Schritten begegnen.

Ein Erfolg des Waffenstillstandsprozesses wird der Bevölkerung in allen Teilen Kurdistans nützen. Es wird mit jedem Tag deutlicher, dass die kurdische Frage in keinem Teil Kurdistans im wirklichen Sinne gelöst werden kann und die Errungenschaften nicht dauerhaft sein können, solange die kurdische Frage in der Türkei nicht gelöst wird. Daher sollten alle Kräfte Kurdistans, vor allem die KDP und die PUK, den Prozess bewusst unterstützen und sich um seinen Erfolg bemühen.

Auch Staaten in der Region wie der Iran und Syrien können sich aus der Lage, in der sie sich befinden, nur befreien, wenn sie einen demokratischen Prozess einleiten und mit dem kurdischen Volk Frieden schließen. Wenn der Waffenstillstandsprozess, den wir einleiten wollen, Erfolg hat, wird dies auch die genannten Länder und die gesamte Region positiv beeinflussen.



9.-Oktober-Protest in Adana:
„Die Annäherung an Öcalan ist unsere Grundlage für Kieg oder Frieden“ Foto: DIHA

Ein friedlicher und stabiler Mittlerer Osten wird die beste Garantie für globalen Frieden und Stabilität sein. Wenn die internationalen Mächte, allen voran die USA, an die kurdische Frage nicht mit Gewaltmethoden, sondern orientiert an einer demokratischen Lösung herangehen, wird das auf regionaler und globaler Ebene positive Resultate zeitigen. Dass wir als Reaktion auf positive Signale in dieser Richtung einen Waffenstillstandsprozess einleiten, ist ein wichtiger Beitrag zum Demokratisierungsprozess und zur Stabilität. Obwohl die Möglichkeit besteht, durch Dialog und demokratische Methoden eine Lösung zu finden, beharrt der türkische Staat irrigerweise darauf, unsere Bewegung als terroristisch darzustellen, und darauf, Gewalt anzuwenden. Obwohl der türkische Staat diese Art der Politik seit Jahrzehnten fortsetzt und trotz Massakern, Vertreibung und Gewalt war er in keiner Weise damit erfolgreich, sondern ist noch tiefer in die Sackgasse geraten.

In diesem Sinne sollte die Aufgabe der im Rahmen des Dreiermechanismus ernannten „PKK-Koordinatoren“ nicht sein, unsere Bewegung als Terrororganisation darzustellen und Liquidierungspläne auszuhecken. Es liegt auf der Hand, dass die so oft angewandten Gewaltmethoden keine Lösung bringen werden. Das Beste wird sein, wenn dieser Mechanismus das Problem mit einem Projekt für eine demokratische Lösung angeht und eine an die Wurzel gehende Lösung vorlegt. Insbesondere eine konstruktive Haltung der USA und des Irak als eines Staates, der die kurdische Frage gut kennt, zu unserem Schritt eines Waffenstillstandes ist von großer Wichtigkeit.

Mit diesem Waffenstillstand hat unsere Bewegung das Ihrige getan. Wir rufen alle, die an der Entwicklung eines demokratischen Prozesses und an Stabilität interessiert sind, allen voran diejenigen, die einen Waffenstillstand gefordert haben, die betreffenden Staaten und Gruppen auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich um eine Lösung des Problems auf der Grundlage eines gerechten, demokratischen Projekts zu bemühen. Eine solche Lösung liegt im Interesse aller, einschließlich des kurdischen Volks. ♦

30.9.2006

Koma Komalên Kurdistan
Präsidium des Exekutivrats

Zur Vorgeschichte der Waffenstillstandsentscheidung

Dialog statt Vernichtung

Interview mit Murat Karayilan, KKK

Murat Karayilan, Vorsitzender des Exekutivrates der KKK (*Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans*), erläuterte im Interview mit dem Journalisten Erdal Amara von der Nachrichtenagentur ANF Hintergründe, Erwartungen und die neue Phase anlässlich des Waffenstillstands. Das Interview erschien am 10. Oktober 2006.

Herr Karayilan, es wird behauptet, Ihre Bewegung habe unter dem Druck und wegen der Appelle internationaler Kräfte diesen Waffenstillstand verkündet. Auf der Grundlage welcher Entwicklungen kam es dazu?

1992 gab es einen Beschluss gegen unsere Bewegung zum Zwecke ihrer totalen Vernichtung. Hinter diesem 1992 von der türkischen Armee entwickelten Konzept steckten auch NATO-Kräfte. Es hatte folglich Unterstützung von außen. Dieses Konzept wurde verfolgt bis zum internationalen Komplott vom 9. Oktober 1998, mit dem unser Vorsitzender aus Syrien gedrängt wurde, bis er schließlich, wie allseits bekannt, am 15. Februar 1999 aus Kenia verschleppt und an die Türkei ausgeliefert wurde. Seit dieser Zeit, also die letzten acht Jahre, war unsere Bewegung unterschiedlichen Angriffen ausgesetzt. Der Beschluss gegen uns beinhaltete unsere Vernichtung aufgrund regionaler strategischer Interessen. Hiergegen entwickelte unser Vorsitzender, gestützt auf ein bewusstes, vorhersehbares und tief greifendes politisches Verständnis, den Kampf, um diesen Plan ins Leere laufen zu lassen. Während unsere Bewegung eine bedeutsame Umwandlung und Erneuerung durchmachte, versuchte sie sich gegen Vernichtungsangriffe zu schützen.

2003 wurde gegen unsere Bewegung bekanntlich ein interner Aufstand begonnen und zeitgleich wurden auch die Militäroperationen verstärkt. Aufgrund der neuen Angriffswelle zur totalen Vernichtung der kurdischen Freiheitsdynamik waren wir gezwungen, mit dem Beschluss vom 1. Juni 2004 auf Selbstverteidigungsgrundlage diese Offensive zu erwidern. Dieser Selbstverteidigungskrieg trug sowohl in der Guerilla, bei den demokratischen Aufstandsaktionen unseres Volkes als auch beim Straffen unserer Organisationsstrukturen zu bedeutenden Entwicklungen bei. Diese neue Etappe auf der Grundlage unseres 1.-Juni-Beschlusses eröffnete unserer Bewegung eine Aufstiegsphase. Vor allem ab 2005 erlebten wir in jeder Hinsicht eine Erneuerung, was wiederum wichtige politische Entwicklungen nach sich zog. Allem voran wurde bewiesen, dass diese Bewegung und ihr Vorsitzender eine Realität des kurdischen Volkes und daher nicht auszulöschen sind. Der Gedanke griff Raum, dass diese Bewegung im Stande ist, sich entgegen allen Angriffen zu erneuern, ihre Existenz zu sichern, ja sogar sich weiter ausweitend innerhalb der Gesellschaft eine wirkungsvolle Bewegung zu sein. Diese Realität wurde weitgehend erkannt. Je mehr die Angriffe von außen zunahmen, umso stärker verbreitete sich die PKK in der Gesellschaft. Dies wurde international, von unabhängigen Beobachtern und auch der Bevölkerung in der Türkei zunehmend registriert. Unser 1.-Juni-Vorstoß trug auch zur Aufdeckung vieler Tatsachen in der Türkei bei. Er hat allen interessierten Kräften erneut vor Augen geführt, dass das internationale Komplott bedeutungslos geworden ist, keinen Erfolg verzeichnen konnte, dass die PKK und ihr Vorsitzender Abdullah Öcalan eine Realität sind und folglich die kurdische Frage mit Gewalt nicht zu lösen ist – trotz der letzten 25 Jahre ununterbrochenen Krieges. Kurz: Dass unsere Bewegung Fähigkeit und Kraft zur Entfaltung zeigen konnte, hat ihr sowohl intern als auch extern wichtige politische Wege eröffnet. Auf dieser Grundlage ist unser Kampf bis zum Waffenstillstand gelangt.

Das Problem kann nur durch Dialog gelöst werden

Können wir also sagen, dass inzwischen der Beschluss, die PKK zu vernichten, in der Form nicht mehr existiert?

Jeder musste seine Beschlüsse überdenken. Ich kann zwar nicht behaupten, dass er sich für alle geändert hätte, aber es gibt eine nicht zu unterschätzende Orientierungssuche und es herrscht die Meinung vor, dass das Problem nicht mit Gewalt zu lösen und zu liquidieren ist. Daher ist die Suche nach anderen Lösungswegen und einer aktualisierten Haltung gegenüber unserer Bewegung und unserem Vorsitzenden zu beobachten. Gegenwärtig lässt sich schwer eine klare Aussage treffen, ob sich von der Absicht, die PKK zu vernichten, vollkommen verabschiedet wurde oder nicht. Aber man kann doch sagen, dass

zunehmend diese Phase überwunden wird, die mit dem Washington-Abkommen von 1998 weiterentwickelt und mit der Inhaftierung unseres Vorsitzenden beendet wurde. Ziel war die Vernichtung unserer Bewegung und niemand kann heute behaupten, es wäre erreicht. Betrachtet man die Sache so, dann ist klar, dass nicht die Vernichtung, sondern der Dialog sich aufzwingt. In allen Teilen Kurdistans gibt es einen Kampf auf der PKK-Linie. Die Ansicht, dass vor allem die Auseinandersetzungen im Norden PKK-bezogen und nur durch Dialog zu lösen sind, nimmt mit jedem Tag zu.

Das Komplott war erfolglos

Auch wenn USA und EU Ihre Bewegung nicht aus der Liste der terroristischen Organisationen gestrichen haben, so gaben sie doch Erklärungen ab, die anscheinend einen indirekten Dialog mit Ihnen nahe legen. Außerdem äußerten sie, sich in eine demokratische Lösungsphase einbringen zu wollen. Zeigt das nicht eine Änderung ihrer bisherigen Haltung, die PKK vernichten zu wollen?

Selbstverständlich weist die heutige Politik auf eine Überwindung der Vernichtungsmentalität hin. Das ist etwas Positives. Aber ich will das nicht als deren Eingeständnis verstanden wissen. Ich denke schon, dass das Vernichtungskonzept in Form des internationalen Komplotts schon überwunden ist.

Das 9.-Oktober-Komplott, dessen achten Jahrestag wir in diesem Jahr haben, ist eine gravierende Ungerechtigkeit gegen den Freiheits- und Demokratiekampf des kurdischen Volkes. Ich will an dieser Stelle erneut diese falsche Politik verurteilen. Sie führte zu großem Leid unseres Volkes. Dutzende Militante und Patrioten haben sich aus Protest mit der Parole „Ihr könnt unsere Sonne nicht verfinstern" angezündet. Das war ein kurdischer Aufschrei. Ihr Schrei nach Freiheit. Diese Art unserer Bevölkerung, sich den Kampf anzueignen, sich acht Jahre lang um den Vorsitzenden herum zu ketten, sein starker Widerstand, seine beharrliche Haltung an der richtigen Linie entlang sowie die entsprechende Positionierung und der Kampf unserer Bewegung und Guerilla konnten die Wahrheit ans Tageslicht bringen. Acht Jahre sind nun vergangen. Heute ist unsere Bewegung keine Kraft mehr, die vernichtet werden muss, sondern die man zum Waffenstillstand aufruft. Eine Politik ist im Entstehen, die unsere Bewegung innerhalb des Dialogsystems vorsieht. Das ist der überzeugendste Beweis dafür, dass die Phase des 9. Oktober falsch war und nun in der Überwindung begriffen ist. Hier sind natürlich die richtige Linie unseres Vorsitzenden und der Erfolg unserer Bewegung in Betracht zu ziehen. Auf der Grundlage dieses Erfolges haben sich die internationalen Kräfte in eine Phase begeben, ihre Sichtweisen zu ändern. Auch in der Türkei haben sich Ansichten über andere Mittel zur Problemlösung entwickelt. Dass dies innerhalb der gesellschaftlichen Struktur und politischen Basis der Türkei geschehen konnte, ist Beweis für den Erfolg unserer Bewegung.

Ich möchte noch einmal nachhaken, weil es Grundlage für Diskussionen ist: Waren die Annäherungsweisen internationaler Kräfte, allen voran der USA und der EU, die Ausdruck der Veränderung ihrer bisherigen Politik sind, wirksam bei Ihrer Waffenstillstandsentscheidung?

Heute wird der Waffenstillstand von unterschiedlichen Fraktionen bewertet. Einige lehnen das an ein Projekt an, andere an die Überzeugungsbemühungen bestimmter Kreise. Die Bewertungen fallen verschieden aus. Es war nicht nur ein einzelner Faktor ausschlaggebend für den Waffenstillstand zu dieser Zeit, sondern viele Umstände. Allen voran die Entwicklung unserer Bewegung wirkt sich auf die Türkei aus. Es hat sich gezeigt, dass im Falle der Weiterführung dieses Prozesses die ökonomische, soziale und politische Situation der Türkei noch stärker betroffen sein würde und zunehmend die Gefahr gesellschaftlicher Auseinandersetzungen akut werden könnte. Des Weiteren herrscht in der internationalen Gemeinschaft die Ansicht vor, die für die Entwicklung einer Demokratisierungsphase in der Region keine Auseinandersetzungen und Gefechte zwischen Türkei und Kurden, sondern Übereinkunft zwingend notwendig macht. So ist z. B. eine Entwicklung der US-Politik in diese Richtung zu beobachten. Ein neues Konzept aus Sicht der Region ist im Entstehen begriffen, das für die Türkei und Kurdistan eine Einigung und weniger konfrontative Politik vorsieht.

Im Hinblick auf die Entwicklung unserer Bewegung und die Situation folgten Waffenstillstandsaufrufe unterschiedlicher Kräfte. Anfänglich der Aufruf von Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern aus der Türkei, dann der der südkurdischen Regionalregierung und ihres Präsidenten, anschließend ähnliche Appelle vom irakischen Staatspräsidenten. Zu dieser Zeit erfolgte die US-Erklärung zum Jahrestag des Beginns des [*nordkurdischen*] bewaffneten Kampfes am 15. August 1984, die später dann von der DTP ausführlich auf die Bühne der Türkei getragen wurde. Daneben gab es noch ähnliche Forderungen und Anliegen verantwortungsvoller Institutionen, die sich gewissenhaft Gedanken über die Zukunft der Türkei machen. All das führte dazu, dass wir den Waffenstillstand erneut ernsthaft erörterten.

Es heißt, Talabani habe Ihre Bewegung überzeugt?

Es gab die Bemühungen unterschiedlicher Kreise, daher wäre das Herausheben nur einer Person oder bestimmten Gruppe nicht richtig. Bestrebungen seitens Herrn Talabanis gab es. In Gesprächen übermittelte er uns diesen Wunsch. Ähnliche Aufrufe gab es auch von anderer Seite. Auch wir waren bemüht, in der Diskussion mit vielen unterschiedlichen Kräften die Basis für einen Konsens reifen zu lassen. Alle unsere Beschlussorgane, allen voran unser Vorsitzender, haben gestützt auf all diese Entwicklungen einen Beschluss gefasst. Ich will an dieser Stelle erwähnen: Weil verschiedenste Gruppen und die Presse in der Türkei uns immer aus einem marginalisierenden Blickwinkel heraus betrachten, fanden sie es befremdlich, dass wir mit irgendwem in Beziehung stehen.

Dabei kämpft unsere Bewegung seit Jahren im Mittleren Osten und steht im Dialog mit mannigfachen Kreisen. Es wäre irrsinnig zu glauben, unsere Bewegung sei von der Welt abgeschottet. Wir haben mit fast allen in der Region Verbindungen. So wurde letztens ein Interview mit mir in der Zeitung *Newsweek* dermaßen verdreht wiedergegeben, als hätten wir kein Recht auf Kontakte mit der Welt. So etwas ist nicht richtig. Natürlich wollen wir als Institution im Rahmen der Entwicklung einer Phase demokratischer Lösung mit den USA in Kontakt treten und freundschaftliche Beziehungen entwickeln. Dies mit den Worten, die wir nicht gesagt haben: „... gegen den gemeinsamen Feind zusammen handeln ...“, wiederzugeben, ist einfach nicht korrekt.

Öcalan war Anstoß zum Waffenstillstand

Welche Rolle spielt Abdullah Öcalan bei der Entfaltung dieser Phase?

Mit der Reflektion gewisser Entwicklungen brachte unser Vorsitzender schon Anfang September das Thema eines Waffenstillstands auf unsere Tagesordnung. Wir diskutierten das zuerst innerhalb unserer Organisation, dies dauerte drei bis vier Wochen. Parallel dazu begannen wir auch, mit bestimmten externen Kreisen, mit denen wir in Kontakt stehen, zu debattieren. Durch diese Diskussionen aus unterschiedlichen Blickwinkeln kamen wir zu dem Schluss, dass ein Waffenstillstand einige Ergebnisse bewirken könne. Schließlich führten wir mit unseren offiziellen Institutionen – dies haben wir auch in unserer Presseerklärung zum Ausdruck gebracht – ein Treffen durch und fassten gemeinsam den Beschluss. Damit trat dieser Prozess zutage. Der eigentliche Antrieb für diese Entwicklung ist der Vorsitzende Öcalan. Ich will auch unterstreichen, dass außer dem Vorsitzenden keine andere Kraft unsere Bewegung in ihrer Aufschwungphase zu diesem Waffenstillstand hätte bewegen können. Das soll von allen verstanden werden. Somit kamen das Kongra-Gel-Präsidium, die ständigen Kongra-Gel-Kommissionen, der KKK-Exekutivrat, das Volksverteidigungskomitee und der HPG-Führungsrat zusammen, diskutierten und trafen diese Entscheidung. In diesem Sinne war es der Vorsitzende, der den Waffenstillstand auf unsere Tagesordnung setzte. Auch gab es Beiträge und Einflüsse anderer Kreise, die wir nicht ignorierten. Einige von diesen erklärten auch, dass, wenn wir einen solchen Schritt unternähmen, sie eine aktive Rolle dabei spielen und ihr Mögliches geben würden, damit dieser Prozess in eine dauerhafte Lösung einmündet. Auf der Grundlage all dieser Entwicklungen kam es zum Waffenstillstand.

Wir sind dafür, das Problem mit der Türkei zu lösen

Wie bewerten Sie die Reaktionen der Öffentlichkeit in der Türkei und international und die Haltung derjenigen, die zum Waffenstillstand aufgerufen haben?

Unser Waffenstillstand wurde weltweit positiv aufgenommen. Er wurde in der internationalen Öffentlichkeit und in den Medien aufgegriffen und behandelt. Viele unterschiedliche Kräfte erklärten ihre Unterstützung. Einige brachten ihre Freude und Zufriedenheit zum Ausdruck. Andere wiederum sagten, dass es der beste Schritt sei. Auf unterschiedliche Weise haben verschiedene Kreise den Waffenstillstand positiv bewertet. Daher lässt sich feststellen, dass der Waffenstillstand internationale Unterstützung findet. Auch in der Türkei wurde er zum Gegenstand wichtiger Diskussionen und muss als größtenteils positiv aufgenommene Phase gesehen werden. In der Türkei sind die Öffentlichkeit – vor allem die Medien – und das Staatssystem nicht eins, es gibt geteilte Meinungen und in diesem Sinne eine Systemkrise. Auch bei der Annäherung an die kurdische Frage gibt es Unterschiede. Trotzdem bestimmte Leute diesen Waffenstillstand kleinreden und als reine Taktik darstellen wollen, ihn grundsätzlich ablehnen und eine Gegenhaltung einnehmen, so kann man doch sagen, dass die intellektuellen Kreise diesen Schritt überwiegend bejaht haben. Im Allgemeinen konnte eine positive Atmosphäre entwickelt werden. Es ist noch zu früh, etwas über die Haltung derjenigen zu sagen, die zum Waffenstillstand aufgerufen haben. Wir haben unsere Pflicht getan. Es mag sein, dass unterschiedliche Kräfte aufgerufen haben, das ist gut so, aber das eigentliche Problem ist eines in der Türkei. Es muss diskutiert und gelöst werden, indem auf die Sensibilitäten der Türkei achtgegeben wird. Wir verfolgen keine Politik, das Problem nach außen zu tragen. Wir wollen es gemeinsam mit der Türkei lösen und behandeln es als eine Restrukturierung der Türkei. Daher beobachten wir die Annäherungen in der Türkei sehr genau. ♦



Der 9.-Oktober-Protest in Adana — Foto: DIHA

Es gibt keinen Grund mehr, sich nicht mit kurdischen Politikern zusammenzusetzen

Joost Lagendijk: Yasar Büyükanıt nicht konstruktiv

Chris Den Hond, aus: Yeniden Özgür Politika 12.10.2006

Joost Lagendijk, Vorsitzender im gemischten parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, hat im Interview mit Roj TV die Haltung des türkischen Generalstabschefs Yaşar Büyükanıt in der kurdischen Frage als „nicht konstruktiv" bezeichnet. „Er verhält sich, als habe sich nichts geändert", erklärte Lagendijk.

Im Gegenzug zum Waffenstillstand der PKK hat Büyükanıt angekündigt, es werde gekämpft werden, „bis niemand mehr in den Bergen übrig geblieben ist". Haben Sie als jemand, der den Waffenstillstand unterstützt, eine solche Haltung des türkischen Militärs erwartet?

Büyükanıts Stellungnahme finde ich schade. Im Europaparlament besteht seit langem die Forderung, dass die PKK den bewaffneten Kampf aufgibt. Mit der jüngsten Entwicklung sind wohl alle zufrieden. Büyükanıts Haltung zur kurdischen Frage ist nicht konstruktiv. Er verhält sich, als habe sich nichts geändert. Für ihn ist die Angelegenheit geblieben wie immer. Das Europaparlament erwartet von der türkischen Regierung eine positive Reaktion. Meiner Meinung nach ist es das Schlechteste, wenn sich die türkischen Verantwortlichen verhalten, als habe sich nichts geändert.

Ein Waffenstillstand war die dringlichste Forderung an die kurdische Bewegung. Dieser ist jetzt realisiert worden. Welche Entwicklungen sind jetzt zu erwarten?

Es ist unrealistisch, sofort große Erwartungen zu haben. Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten sehen, wie es läuft, ob es Tote auf beiden Seiten gibt, wer sich wie verhält usw. Und dann werden wir sehen, welche Haltung die Regierung der Türkei annimmt, und wir werden sie dazu aufrufen, entsprechend zu reagieren.

Nutzt diese neue Situation, um einen Dialog zu beginnen. Das kann der Türkei auf oder hinter den Bildschirmen vorgeschlagen werden. Vielleicht kann die türkische Regierung einen Plan vorlegen, von dem eine Weile gesprochen wurde. Vielleicht kann direkt mit der DTP gesprochen werden. Das sind alles Möglichkeiten, die sich nicht innerhalb von ein, zwei Tagen verwirklichen lassen. Es wäre zu wünschen, dass die türkische Regierung mit einem Projekt kommt.

Joost Lagendijk wird in Diyarbakır vom Oberbürgermeister Osman Baydemir empfangen.
Foto: DIHA

Der Parlamentarier Vittorio Agnoletto hat für den EU-Bericht vorgeschlagen, dass direkte Gespräche mit kurdischen Vertretern stattfinden sollten. Dabei fiel der Name DTP. Unterstützen Sie das?

Ja, dafür habe ich gestimmt. Dieser Vorschlag ist parallel zu dem, was ich in den letzten Monaten gesagt habe. Während meiner Türkeireise habe ich die DTP besucht. Mit meiner physischen Anwesenheit wollte ich meine Unterstützung ausdrücken. In jener Phase lagen jedoch einige Argumente vor, die gegen Gespräche mit der DTP sprachen. Gegenseitige Angriffe und die täglichen Todesfälle.

Jetzt ist dieses Argument weggefallen. Es gibt keinen einzigen Grund mehr, sich nicht mit kurdischen Politikern zusammenzusetzen, die gegen Gewalt und auf der Suche nach einer demokratischen Lösung sind. Jetzt müssen Gespräche begonnen werden.

Gibt es Bemühungen Ihrerseits, die PKK von der Liste terroristischer Organisationen streichen zu lassen?

Dabei handelt es sich letztendlich um die Entscheidung der Mitgliedsländer. Sie müssen entscheiden, aber ich denke, wir sollten erstmal die Situation beobachten und schauen, was in den nächsten Monaten geschieht. Ich vermute nicht, dass es sofort in den nächsten Wochen zu einer Entwicklung kommt. Aber wenn die PKK zum Thema Waffenstillstand entschlossen bleibt, kann langfristig eine solche Forderung aktuell werden. ♦

Kann eine Irakisierung des türkisch-kurdischen Konflikts verhindert werden?

Wer hat Interesse an einer Eskalation des Konflikts?

Dr. Elmar Millich

Am 23. August verabschiedete die *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* eine „Deklaration für eine demokratische Lösung", in der Vorschläge zur Überwindung des türkisch-kurdischen Konflikts formuliert wurden. Unter Vorbedingungen wurde eine erneute Waffenruhe der PKK in Aussicht gestellt. Wenige Tage später erschütterte eine Serie von Bombenanschlägen die Türkei. Innerhalb von 24 Stunden forderten fünf Bomben in Istanbul, Marmaris und Antalya drei Tote und 124 Verletzte, darunter viele Touristen. Zu den Anschlägen bekannten sich die *Freiheitsfalken Kurdistans* (TAK). Als Hintergründe der Anschläge gelten die erneuten Haftverschärfungen gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und die kompromisslose Eröffnungsrede des neuen Armeechefs Büyükanıt.

Am 11. September forderte die prokurdische *Partei für eine demokratische Gesellschaft* (DTP) die PKK zu einem Waffenstillstand auf. Begründet wurde der Aufruf mit der national-chauvinistischen Welle innerhalb der Türkei, welche ein friedliches Zusammenleben von TürkInnen und KurdInnen auf Dauer gefährden würde und schon jetzt zu Lynchversuchen an KurdInnen führe. Einen Tag später veröffentlichten 224 türkische und kurdische Intellektuelle eine Deklaration unter dem Titel „Es reicht!". In der Deklaration wird die PKK zu einem Waffenstillstand und der türkische Staat zu den dafür notwendigen Schritten aufgefordert. Auch hier ließ die „Antwort" nicht lange auf sich warten. Noch am selben Abend explodierte im Kosuyolu-Park in der zumeist von KurdInnen bewohnten Großstadt Diyarbakır eine Bombe. Es starben zehn Personen, darunter sieben Kinder. Zu dem Anschlag bekannten sich die rechtsextremen *Türkische Rachebrigaden* (TİT). Sie kündigten an, für jeden von der PKK getöteten Türken zehn Kurden in Diyarbakır umzubringen, und schließen mit den Worten: „Der beste Kurde ist ein toter Kurde."

Nachdem der militärische Konflikt zwischen türkischer Armee und kurdischer Guerilla in den letzten zwei Jahren kontinuierlich eskalierte, scheint nun auch eine Entwicklung bis hin zum Bürgerkrieg möglich. Im Westen der Türkei häufen sich Lynchangriffe gegen KurdInnen. Am 7. September griffen in Sakarya 2000 Personen aus Diyarbakır stammende kurdische Saisonarbeiter an. Eine Woche zuvor hatten 150 kurdische Familien die Stadt Konya nach einem Angriff auf kurdische Arbeiter aus Sicherheitsgründen verlassen müssen.

Die Einschätzung der für die Anschläge Verantwortlichen gestaltet sich als schwierig. Die TİT machen seit 1970 durch Anschläge von sich reden. Sie werden auch für das Attentat auf den Vorsitzenden des IHD Ankara, Akin Birdal, am 12. Mai 1998 verantwortlich gemacht. Zuletzt taten sich die TİT im Mai 2006 mit einem Anschlag auf eine Richterversammlung hervor. Zudem verfassen sie regelmäßig Morddrohungen gegen kurdische Personen und Institutionen. Die TİT werden dem so genannten „Tiefen Staat" in der Türkei zugeordnet. Hierbei handelt es sich um eine von den obersten Stellen im Militär und in der Staatsverwaltung geduldete Gruppierung im Umfeld der faschistischen MHP, der Geheimpolizei JITEM und Teilen des Offizierscorps, die in den neunziger Jahren für hunderte außergerichtliche Hinrichtungen an kurdischen PolitkerInnen und Intellektuellen verantwortlich ist. Zuletzt trat der tiefe Staat spektakulär im November 2005 in Şemdinli in Aktion, als nach einem Anschlag auf eine kurdische Buchhandlung staatliche Akteure von der Bevölkerung als Täter überwältigt werden konnten.

Die TAK traten erstmals im Mai 2005 durch explodierende Sprengsätze in Erscheinung. Seitdem führten sie hauptsächlich Bombenanschläge in den türkischen Tourismuszentren durch, um den Staat an einer empfindlichen Stelle, den Deviseneinnahmen, zu treffen. Ihre Verlautbarungen sollen durch bewusst blutrünstigen Tonfall vor allem Touristen abschrecken. Nach ihren jüngsten Anschlägen verlautbarten sie: „Überall in der Türkei werden Bomben explodieren, Anschläge verübt werden. Wir werden keine Regel berücksichtigen." Ziel ihrer Aktionen ist nach eigenen Angaben die Rache für den Umgang des türkischen Staats mit den KurdInnen im Allgemeinen und mit Abdullah Öcalan im Besonderen.

Über die Hintergründe der TAK wird bei Institutionen und Medien spekuliert. Ein Teil der ExpertInnen und JournalistInnen geht davon aus, dass die TAK von ehemaligen PKK-KämpferInnen gebildet wurde, denen der Kurs der PKK zu wenig militant und zu sehr philosophisch wurde. Rückgrat der TAK sollen kurdische Jugendliche in den Slums um die westlichen Großstädte der Türkei bilden, in denen sich durch die Vertreibung aus ihren Dörfern viele KurdInnen ansiedeln mussten. Diese Einschätzung deckt sich mit den Äuße-

rungen der PKK, die Verbindungen zu den TAK bestreitet und deren Aktionen als terroristisch ablehnt, wie in einer Erklärung von Kadir Çelik vom Kommandorat der *Volksverteidigungskräfte* (HPG) im April dieses Jahres: „Als Bewegung verurteilen wir jegliche Angriffe gegen ZivilistInnen und lehnen diese ab. Als HPG achten wir darauf, das internationale Kriegsrecht einzuhalten. Wir sind darüber hinaus gegen jede Art von unkontrollierter Gewalt, die über das Ziel hinausgeht. [...] Somit stehen wir auch nicht hinter den Aktionen, die die TAK ausführen. Aber die TAK sind ein Ergebnis der Politik des türkischen Staates, sich einer Lösung zu verweigern. […]"

Nach der offiziellen Version des türkischen Staates und mancher westlicher JournalistInnen soll es sich bei den TAK nicht um eine Abspaltung von der PKK, sondern um eine Art Arbeitsteilung handeln. Die TAK verüben an der langen Leine von zumindestens Teilen der PKK Anschläge auf Touristen, um ökonomischen Druck auszuüben, während sich die PKK als klassische Befreiungsbewegung im kurdischen Osten an die Genfer Konvention hält, um potenziell politischer Ansprechpartner zu sein. Ziel der Aktion wäre es, Abdullah Öcalan als moderaten Verhandlungspartner ins Spiel zu bringen, der die radikalen Elemente der TAK wieder einfängt.

Tatsache ist, dass der KONGRA-GEL die jüngsten wie auch die vorherigen Anschläge der TAK scharf verurteilt hat: „Auf der anderen Seite legen einige marginale Gruppen in den Tourismusgebieten der Türkei Bomben. Bei diesen Anschlägen, die in den letzten Tagen vermehrt erfolgten, starben drei unschuldige Menschen und Dutzende wurden verletzt. Wir als Bewegung haben mehrfach erklärt und erklären hiermit erneut, dass wir derartige Anschläge nicht billigen, sondern ablehnen und verurteilen. Wir sprechen den Angehörigen der bei den Anschlägen ums Leben Gekommenen unser Beileid aus und wünschen den Verletzten baldige Genesung."

Für den objektiven Betrachter bleibt vor allem rätselhaft, warum sich die TAK bei ihren menschenverachtenden Anschlägen ausgerechnet auf Öcalan beziehen, der die Umgestaltung der PKK zu einer primär politischen Kraft initiiert hat und bei jeder Gelegenheit das friedliche Zusammenleben von TürkInnen und KurdInnen als Vision hervorhebt.

Entwicklung wie in Palästina?

So sehr die Verurteilungen der TAK-Anschläge durch die kurdische Guerilla, Parteien und Zivilorganisationen zu begrüßen ist, scheint das Problem bislang unterschätzt zu werden. Ein Blick auf den Israel-Palästina-Konflikt zeigt, wie auch „marginale Gruppen" durch Terroranschläge in der Lage sind, alle politischen Lösungsansätze zunichte zu machen. Die Situation in Israel-Palästina ist in den letzten fünf Jahren bis zur Wahl der Hamas geprägt durch eine kompromissfähige palästinensische Führung, einen mehr oder weniger verhandlungsunwilligen israelischen Staat und diverse Milizen, die jede politische Annäherung durch Selbstmordanschläge zu verhindern wussten. Die Eskalation von Anschlägen auf die israelische Zivilbevölkerung und die darauf folgende kollektive Bestrafung der palästinensischen Bevölkerung durch Militäraktionen haben auf beiden Seiten unter großen Teilen der Bevölkerung Hass erzeugt und eine politische Lösung in weite Ferne gerückt. Im Rahmen der weltweiten Fokussierung auf den „Kampf gegen den Terror" konnte sich

Reaktionen auf den einseitigen Waffenstillstand – Reaktionen auf den einseitigen Waffenstillstand

BürgermeisterInnen unterstützen Waffenstillstand

Die BürgermeisterInnen der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) erklärten, dass sie die Entscheidung der PKK für den Waffenstillstand als sehr bedeutsam ansehen.

Der **Bürgermeister von Kayapinarê, Zulkuf Karatekîn**, erklärte, die Türkei müsse so schnell wie möglich antidemokratische Gesetze aufheben: „Die kurdische Frage muss auf demokratischem und friedlichem Wege gelöst werden. Wenn die Türkei einen gesellschaftlichen Fortschritt will und mit ihren Bürgern ein gutes Auskommen will, müssen die antidemokratischen Gesetze verschwinden."

Karatekîn erklärte, die Chance des Waffenstillstandes müsse gut verstanden werden. Intellektuelle und zivilgesellschaftliche Einrichtungen sollten sich auch gegen Provokationen wappnen.

Der Bürgermeister von Yenîsehî, Firat Anli, bewertete vorangegangene Waffenstillstände, die von den Verantwortlichen in der Türkei und auch international immer mit Härte beantwortet worden seien. Er forderte, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Grundlage der Politik genommen werden sollten und verantwortlich mit dieser Chance umgegangen werden müsse. Die Vorschläge Öcalans sollten gründlich untersucht werden. „Mein Wunsch ist, dass dies der letzte Waffenstillstand ist."

Der **Bürgermeister von Wêransar (Viransehir), Emrullah Cîn**, erklärte: Wir sind diesmal voller Hoffnung. Sollte es Frieden geben, wird die Türkei eine Kraft im Mittleren Osten. Bisher haben Tausende ihr Leben verloren, wir erleiden große Schmerzen. Ich bin sehr glücklich über den Waffenstillstand."

Der **Bürgermeister von Elîh (Batman), Huseyîn Kalkan**, erklärte, man müsse für diesen Waffenstillstand einstehen, die Gründe für die Auseinandersetzungen müssten beseitigt werden. Man müsse die Bedingungen für ein gemeinsames Leben schaffen. Die Regierung müsse auf den Waffenstillstand antworten.

Auch die **demokratische Bewegung der freien Frauen** gab eine Presseerklärung zum Waffenstillstandsangebot der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* KKK vor dem Gebäude des IHD in Istanbul ab.

Sevahîr Bayindir erklärte, der Waffenstillstand habe die Hoffnungen auf Frieden wiederbelebt. Sie erklärte, die bisherigen einseitigen Waffenstillstandsangebote der KurdInnen seien von Seiten des Staates, der zivilen Organisationen und internationale Kräfte nicht entsprechend beantwortet worden. Sie forderte die Einstellung der Militäroperationen und rief zur Unterstützung auf.

Die **Zentrale des IHD** unterstützte die Forderung nach einem Waffenstillstand. In einer schriftlichen Erklärung forderte sie den Staat auf, zu einem bleibenden Frieden beizutragen.

(Quelle: ROJ-TV, 3./4.10.2006)

Der Europarat ruf zur Lösung auf

Der Europarat begrüßt den verkündeten Waffenstillstand der PKK und ruft die Konfliktparteien dazu auf, die demokratische Lösung der Kurdenfrage in einem Dialog voranzutreiben.

Der Generalsekretär des Europarats, Terry Davis, und der Vorsitzende des

die israelische Regierung allen Forderungen nach politischen Verhandlungen entziehen und die gewachsenen historischen Ursachen des Konflikts in den Hintergrund treten zu lassen.

Eine ähnliche Konstellation droht auch in Kurdistan. Die Türkei und die internationale Öffentlichkeit werden die PKK zumindestens politisch für die Anschläge der TAK in Verantwortung nehmen und weiter jeden Dialog zurückweisen. Schon jetzt entfaltet die TAK eine Anziehungskraft auf kurdische Jugendliche, denen deren Modell des Freizeitterrorismus attraktiver erscheint als das disziplinierte Leben bei den Guerillakräften. Die kurdischen Organisationen müssen im stärkeren Ausmaß als bisher gegenüber der eigenen Bevölkerung klar stellen, dass die Anschläge der TAK keine Beiträge zum kurdischen Befreiungskampf unter eigener Regie sind, sondern dem politischen Ansatz von Öcalan, auf den sich die TAK verbal beziehen, entgegenstehen. Die kurdischen zivilgesellschaftlichen Organisationen sind im kurdischen Osten der Türkei stark in der Bevölkerung verankert. In den Vororten der westlichen Großstädte der Türkei sind viele KurdInnen, die dorthin fliehen mussten, aufgrund bitterer Armut nur noch schwer überhaupt politisch zu erreichen. Im Rahmen des Konzepts des demokratischen Konföderalismus müssen vor allem hier Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut werden.

Mit der erneuten Erklärung eines einseitigen Waffenstillstands durch die PKK zum 1. Oktober ergibt sich die vielleicht letzte Chance, eine Irakisierung des türkisch-kurdischen Konflikts zu verhindern, wenn der türkische Staat seinerseits die geeigneten Schritte unternimmt. Die Chancen dafür stehen diesmal besser als bei früheren einseitigen Waffenstillstandserklärungen. Ministerpräsident Erdoğan, der bislang mehr aus der Not als aus der Überzeugung heraus auf die nationalchauvinistische Karte setzte, kann mit dieser Politik bei den im nächsten Jahr anstehenden Wahlen gegen die rechten türkischen Parteien wie etwa die MHP nur verlieren. So war seine erste Erklärung zum Waffenstillstand auch auffallend positiv. Vor allem aber haben die USA ein Interesse an einer Deeskalation, die mit ihren Interessen im kurdischen Nordirak bislang zwischen den Stühlen saßen. Auch wenn nicht damit zu rechnen ist, dass es vor den angesetzten Wahlen zu substanziellen Verhandlungen oder gar Vereinbarungen zwischen der türkischen und der kurdischen Seite kommt, wäre viel gewonnen, wenn weiteres Blutvergießen gestoppt und eine Änderung des politischen Klimas erreicht würde.

In ihrer jüngsten Erklärung hat die KKK angekündigt, auch aktiv gegen die TAK vorzugehen, wenn diese den Waffenstillstand und den politischen Prozess durch weitere Anschläge sabotieren: „Daher müssen sich auch die bewaffneten Kräfte, die sich außerhalb unseres Systems (*Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans*) bewegen, jedoch behaupten, dass sie im Namen der kurdischen Nation handeln und insbesondere unserem Vorsitzenden gegenüber loyal seien, dem Aufruf unseres Vorsitzenden gemäß verhalten. Wer sich nicht an diesen Aufruf hält und dem Freiheitskampf unseres Volkes Schaden zufügt, muss wissen, dass sich unsere Bewegung ihm überall entgegenstellen wird.“ Die wesentliche Gefahr für einen Entspannungsprozess geht vom Militär und vom „Tiefen Staat“ aus, die bei einer Beilegung des Konflikts um ihren Einfluss fürchten. Ähnlich wie in Şemdinli könnte es von dieser Seite zu Anschlägen gegen die Zivilbevölkerung kommen, die dann der kurdischen Seite in die Schuhe geschoben würden. ♦

Reaktionen auf den einseitigen Waffenstillstand – Reaktionen auf den einseitigen Waffenstillstand

Ministerkomitees des Europarats und russische Außenministe Sergej Lawrow sagten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass das Problem innerhalb der Grenzen der Türkei gelöst werden und auf der Basis der Einheit in Freiheit ein demokratisches Zusammenleben ermöglichen soll. Dafür sollen die ernsthaften Schritte gemacht werden.

Auf die Frage zum Waffenstillstand der PKK und dem Aufruf der USA am 15. August sagte Terry Davis: "Ich beurteile den Waffenstillstand der PKK als einen konstruktiven und erfreulichen Schritt. Für die endgültige Lösung der kurdischen Frage soll auch die Türkei ihre Bereitschaft zum Dialog zeigen."

Der russische Außenminister Lawrow sagte: "Ich unterstütze die Meinung von Herrn Davis. Die Lösung der kurdischen Frage soll innerhalb der Grenzen der Türkei möglich sein."

Und weiterhin sagte Lawrow, dass das kurdische Problem eine von den wichtigen und auch schwersten Problemen sei, die gelöst werden müssten.

(Quelle: ANF, 4.10.2006)

Javier Solana ist mit dem Waffenstillstand zufrieden

Der Generalsekretär des Europäischen Rates und Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, brachte seine Zufriedenheit über den Waffenstillstand der PKK zur Sprache.

Javier Solana, der zur Beantwortung von Fragen der Europaparlamentarier zur Verfügung stand, sagte auf eine Frage hin: „Ich begegne dem Waffenstillstand der PKK mit Zufriedenheit. Eine bewaffnete Organisation hat sich entschlossen, durch die Niederlegung der Waffen am politischen Leben teilzunehmen. Ich kenne einige Teile der Verhandlungen und hoffe sehr, dass ein Ergebnis erzielt wird."

Des Weiteren erklärte Solana, dass er die Bewertungen zu Reformen und Meinungsfreiheit des Erweiterungskommissars Olli Rehn, der sich in der Türkei zu Gesprächen aufhält, vollkommen teile, und wies auf die Notwendigkeit hin, dass die Türkei das Protokoll von Ankara umsetzen müsse.

(Quelle: ANF, 5.10.2006)

USA: Der Waffenstillstand ist ein positiver Schritt

Eine Delegation der US-Botschaft in Ankara besuchte die DTP. Die Delegation erklärte, dass der Waffenstillstand der PKK ein positiver Schritt sei. Die Delegation unter Leitung des politischen Abteilungschefs der US-Botschaft, Jeffrey Collins, sprach mit dem Vorsitzenden der DTP, Ahmet Türk, der stellvertretenden Vorsitzenden Aysel Tuğluk, Sırrı Sakık sowie dem Parteiratsmitglied Nazmi Gür.

Während des Gespräches mit der Delegation überreichte Ahmet Türk der US-Delegation einen Bericht über Lösungsvorschläge der DTP bezüglich der kurdischen Frage. Collins hingegen sagte, dass die USA den Waffenstillstand positiv aufgenommen hätten. Damit aber eine dauerhafte Lösung ermöglicht werden kann, müsse die PKK die Waffen niederlegen.

(Quelle: ANF, 4.10.2006)

Vier laufende Verfahren Abdullah Öcalans vor dem EGMR

Juristischer Weg zur Wiederaufnahme des Verfahrens beendet

Rechtanwälte İbrahim Bilmez und Emran Emekçi, Rechtsbüro des Jahrhunderts

In der Türkei sind alle juristischen Mittel zur Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Abdullah Öcalan ausgeschöpft. Somit wird in der Türkei kein neuer Prozess stattfinden. Die Rechtsanwälte Abdullah Öcalans, İbrahim Bilmez und Emran Emekçi aus dem Rechtsbüro des Jahrhunderts in Istanbul, geben einen Überblick über den derzeitigen Stand der Situation.

Das gerichtliche Verfahren unseres Mandanten Abdullah Öcalan ist das Verfahren eines ganzen Volkes, das Freiheitsverfahren des kurdischen Volkes. Seine Grundlage ist die Lösungslosigkeit des kurdischen Konflikts.

Die in den Grenzen der türkischen Republik lebenden zwanzig Millionen Kurden, dürfen keine Bildung in ihrer Muttersprache erhalten, können in ihrer Sprache nicht fernsehen und dürfen von der Organisierungsfreiheit, sei sie politisch, sozial oder ökonomisch, keinen Gebrauch machen. Diese Rechte und Freiheiten werden durch unzählige Gesetze verhindert. Der Grund für diese restriktive Rechtsprechung ist die offizielle Einheitsideologie des Nationalstaats. Verfassung und rechtliche Auslegung werden an dieser Ideologie ausgerichtet.

Demnach können Kurden nur unter der Voraussetzung an den Rechten und Freiheiten teilhaben, wenn sie sich türkisieren lassen. Nur dann können sie ins Parlament einziehen und im Staatsapparat Funktionen bekleiden. Wer sich außerhalb dieses Rahmens begibt, d. h. Rechte einfordert – wie z. B. die eigene Identität im Parlament, Bildung oder Sendungen in der eigenen Muttersprache, sowie politische Betätigung und Organisierung in eigener Sprache – und dafür kämpft, wird als Terrorist, Separatist etc. beschuldigt und zu Haftstrafen von bis zu Dutzenden Jahren verurteilt.

Die PKK, die von unserem Mandanten vertreten wird, trat als Aufstand gegen diese Lösungslosigkeit hervor. Unser Mandant Abdullah Öcalan befasste sich auf Imralı während der Zeit seines Prozesses mit den geschichtlichen, gesellschaftlichen und politischen Seiten des Konflikts und erklärte, dass die Beendigung seines Verfahrens nur mit der demokratischen friedlichen Lösung der kurdischen Frage, welche ja die Grundlage seines Verfahrens bildet, möglich werden könne. Daher wurde in den diversen Waffenstillstandserklärungen sowie den verkündeten Deklarationen für eine demokratische Lösung immer wieder darauf verwiesen, dass es notwendig sei, die Restriktionen gegenüber der Nutzung der kurdischen Sprache und Kultur sowie der politischen, sozialen und ökonomischen Organisierung aufzuheben. Mit einer Generalamnestie könnten die Waffen niedergelegt und die Teilnahme am demokratisch-politischen Leben ermöglicht werden. Durch die Gewährleistung dieser angemessenen und demokratischen Möglichkeiten könne sein Verfahren fair abgeschlossen werden.

Wären die genannten Punkte, die zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage beitragen würden, umgesetzt worden, hätte auch das Verfahren unseres Mandanten seinem Kern entsprechend fair abgeschlossen worden können und die gegenwärtige Gerichtsbarkeitspraxis wäre nicht mehr nötig gewesen. Denn die Lösung eines gesellschaftlichen und politischen Problems ist nur mit politischen und verfassungsrechtlichen Methoden möglich. Die historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen beweisen, dass dem so ist. Aber weil in der Türkei kein politischer Wille gezeigt wurde, hält das Verfahren gegen unseren Mandanten durch Schauprozesse, die jeweils an Theater erinnern, unnötig an.

Aus diesem Blickwinkel sind in diesem Prozess unseres Mandanten Recht und Gesetz nicht als Methoden zur Garantierung von Rechten und Freiheiten erkennbar, sondern vielmehr als banales Mittel bzw. Hülle der Politik.

Der Widerspruch zwischen Politik und Recht wurde und wird im Prozess unseres Mandanten äußerst scharf erfahren. Denn hier liegen drei Politik- und folglich drei Rechtssysteme miteinander im Konflikt. Zum einen das Nationalstaatsrecht, das sich nach der homogenen Ideologie des Nationalstaats formt und die sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rechte der Kurden ausschließt. Dann das individuelle Menschenrecht gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention, schließlich das UN-Völkerrecht.

Unser Mandant wurde in der Türkei verurteilt aufgrund der Rechtsprechung und Gesetzgebung der homogenen Ideologie des Nationalstaats, welche die Kurden offiziell nicht anerkennen. Sie sind nichts weiter als Formalie zur Nichtanerkennung der Kurden.

Der *Europäische Menschenrechtsgerichtshof* (EGMR) hingegen hat mit seinem Urteil vom 12. Mai 2005 den Prozess gegen unseren Mandanten im Rahmen der individuellen Menschenrechte behandelt und dabei die kurdische Frage als dessen Grundlage ausgeklammert. Dieser Beschluss steht im Widerspruch zu den UN-Menschenrechtsprinzipien mit ihren Bestimmungen zum Selbstbestimmungsrecht sowie den ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten der Völker. Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte dagegen ist auf die individuellen Rechte und Freiheiten begrenzt. Folglich blieb auch der Beschluss des EGMR in diesem Falle unzureichend. Des Weiteren überging der EGMR die Tatsache, dass unser Mandant vor den Augen der Weltöffentlichkeit durch ein internationales Komplott in einem Piratenakt entführt und an den türkischen Staat ausgeliefert worden war.

Trotz all dieser Mängel ist der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* in seinem Beschluss zusammenfassend zu dem Urteil gelangt: Dass unser Mandant unter Todesdrohung verurteilt wurde und dies selbst Folter darstellt, unter solch einer Bedrohung keine Rede von freier Verteidigung sein kann, das Gericht nicht unabhängig und neutral war, die Anwaltsgespräche durch Dritte abgehört wurden, die Verteidigung unter Druck arbeiten musste, Schwierigkeiten bei der Akteneinsicht bestanden, die Verteidiger folglich nicht frei ihrer Arbeit nachgehen konnten und daher Abdullah Öcalan kein faires Verfahren erhielt. Nach dieser Feststellung empfiehlt der EGMR die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Mit diesem Urteil hatten wir erwartet, dass ein unabhängiges und neutrales Gericht gebildet, die Behinderungen der Verteidigung auch durch die Behebung der Isolationshaftbedingungen gegenüber Herrn Öcalan aufgehoben und die Möglichkeiten für eine freie Verteidigung gewährt werden würden. Aber das genaue Gegenteil trat ein. Kaum war der Spruch gefällt, ließen hochrangige Vertreter des angeklagten Staates sowie die Richter und Staatsanwälte, die Öcalan verurteilt hatten, schriftlich und mündlich in den Medien verlautbaren, dass dieser, wenn er auch tausendmal verurteilt werden würde, immer dieselbe Strafe erhalten werde. Mit dieser Propaganda wurde der EGMR-Beschluss von Beginn an ignoriert und die Chance auf einen neuen Prozess vor einem unabhängigen und neutralen Gericht genommen. Schließlich folgten einige speziell für Herrn Öcalan erlassene Sondergesetze und alle vom EGMR für rechtswidrig erachteten Angelegenheiten waren somit „legitimiert". So wurde z. B. die als rechtswidrig erklärte Anwesenheit eines Dritten bei den Anwaltsgesprächen sogar durch die Anweisung zur Aufzeichnung der Gespräche durch den Dritten ergänzt und gesetzlich fundiert.

Art. 59 des Gesetzes 5275 (Strafgesetz), kurz nach der Urteilsverkündung des EGMR am 1. Juni 2005 in Kraft getreten, führte diese Regelung ein. Weiter wurden mit Art. 151 (3), (4) und (5) des Gesetzes 5271 die in diesem Verfahren aktiven Anwälte Herrn Öcalans ihres Mandats enthoben. Auch wurden durch willkürliche Begründungen wie „Bootsdefekt" oder „schlechtes Wetter" die Besuche von Anwälten und Familienangehörigen immer wieder verhindert und de facto ausgesetzt. Die unter diesen schwierigen Bedingungen dennoch stattfindenden Gespräche wurden dazu benutzt, Herrn Öcalans Äußerungen mit Bunkerstrafe zu belegen. Während dieser Bunkerstrafen wurden ihm Bücher und Radio abgenommen, Zeitungen nicht ausgehändigt und die Anwalts- und Familienbesuche nicht zugelassen. Bislang erhielt Herr Öcalan zweimal je 20 Tage diese Art von Bunkerstrafe, einfach zwischen kahlen Wänden der weißen Folter ausgesetzt, von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten.

Mit diesen Maßnahmen wurde der Entscheid des EGMR vollständig negiert, anstatt seinen Feststellungen zu entsprechen, unser Mandant noch weiter gehenden Einschränkungen ausgesetzt und somit die Chance und das Recht auf einen fairen Prozess vor einem unabhängigen und neutralen Gericht de facto unmöglich gemacht.

Trotz alldem wurde gemäß dem EGMR-Urteil in erster Linie durch unseren Mandanten Öcalan und seine Verteidiger in den Monaten Januar bis März 2006 der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens beim zuständigen Gericht eingereicht. Das Gericht lehnte jedoch diesen Antrag ab, indem es sich auf Art. 311 (29) des Gesetzes 5271 vom 1. Juni 2005 bezog. Somit wurde das Recht auf ein faires Verfahren verletzt, welches ein Grundrecht und ein absolutes Menschenrecht darstellt, das unter allen Umständen ausnahmslos und ohne Unterscheidung für alle zu gelten hat. Mit dieser Entscheidung wurde Art. 14 der Europäischen Konvention für Menschenrechte erneut verletzt. Deren Grundprinzipien wie das Verbot personenbezogener Sondergesetze und unterschiedlicher Anwendung von Grundrechten sowie die gleichberechtigte Behandlung aller wurden im Falle Öcalan für nichtig erklärt.

Gegen die Ablehnung der Wiederaufnahme des Verfahrens haben wir Widerspruch eingelegt. Aber auch durch das 14. Istanbuler Strafgericht wurde unser Antrag abschlägig beschieden und damit die erste Entscheidung bestätigt. Somit ist für unseren Mandanten in der Türkei der juristische Weg zur Wiederaufnahme seines Verfahrens beendet. Daher wird zum einen das Ministerkomitee des Europarates, welches zu beobachten hat, inwieweit die Urteile des EGMR umgesetzt werden, über die Ablehnungen benachrichtigt werden, zum anderen werden die Menschenrechtsverletzungen in erneuten Anträgen vor den EGMR getragen werden.

Kurzum: Weil die innertürkischen juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, wird die kommende Phase vor dem EGMR und dem Ministerkomitee des Europarates stattfinden. Gegenwärtig sind drei Anträge vor dem EGMR wegen der Isolationshaftbedingungen, erschwerten Haftstrafen sowie der rechtswidrigen Auswirkungen der Gesetze vom 1. Juni 2005 anhängig. Mit unserem Antrag bezüglich der Ablehnung einer Prozesswiederaufnahme wären es dann insgesamt vier laufende Verfahren vor dem EGMR. ♦

Weder Armee noch Regierung für die Entwicklung der Demokratie

AKP hat Demokratisierung in die Schublade verbannt

Interview mit Mahmut Bilgin, Vorstandsmitglied der DTP

Ihre Partei, *Partei für eine demokratische Gesellschaft* DTP, hat am 11. September 2006 den Kongra-Gel zu einem Waffenstillstand aufgerufen. Bislang verkündete die PKK vier einseitige Waffenstillstände, die jedes Mal scheiterten, weil sie auch einseitig blieben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Grund für den erneuten Aufruf Ihrer Partei? Hat sich im Vergleich zu früheren Jahren etwas geändert?

Mit der nationalistischen, chauvinistischen Welle, die bislang über 30 000 Menschenleben und einen materiellen Schaden von über 200 Milliarden US-Dollar forderte, sich vor dem Hintergrund der negativen Entwicklungen der letzten Monate auf der Welt und vor allem im Mittleren Osten verstärkt hat und schon jetzt die Dynamik der türkisch-kurdischen Einheit sprengt, wurde stärker als je zuvor der Wunsch nach einer gemeinsamen Existenz beschädigt. Die Folgen können wir inzwischen fast täglich in den Medien verfolgen, wie bei den erschreckenden Ereignissen von Sakarya Akyazi [*Pogromstimmung gegen kurdische Saisonarbeiter am 7.9.*].

Daneben haben wir gesellschaftlichen Bestrebungen vonseiten unterschiedlicher Intellektueller, Bürger und Friedensinitiativen nach einer Lösung, welche sich zunehmend zu lauter werdenden Forderungen entwickeln, Bedeutung beigemessen. Des Weiteren bewerteten wir die von der KKK [*Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans*] vor einigen Monaten verkündete Lösungsdeklaration für den Frieden als einen wichtigen Schritt, um erneut die Lösung und den



Mahmut Bilgin Foto: DIHA

Frieden dauerhaft in Angriff zu nehmen.

Es ist eindeutig ein unumgängliches gesellschaftliches Bedürfnis erkennbar, Demokratie, Gleichberechtigung und Wohlergehen sowie die Errichtung der gemeinsamen Zukunft über eine Lösung der grundsätzlichen Probleme zu gewährleisten. Dieses alles vor Augen haben wir als *Partei für eine demokratische Gesellschaft* den Kongra-Gel zu einem Waffenstillstand aufgerufen. Wir brachten aber auch gleichzeitig zum Ausdruck, dass es im Falle einer Waffenstillstandsverkündung unbedingt notwendig sei, die notwendigen Bedingungen für einen dauerhaften Waffenstillstand zu schaffen.

Nur einen Tag nach Ihrem Appell, also am 13. September, kam es in Diyarbakır zu einer Bombenexplosion, wobei insgesamt 10 Personen, davon 7 Kinder, ums Leben kamen. Bis zur Stunde (*der Fragestellung*) fehlt eine klare und glaubwürdige offizielle Erklärung zur Täterschaft. Obwohl sich eine paramilitärische Gruppe mit dem Namen „Türkische Rachebrigaden" (TİT) zum Angriff bekannte, versucht der Staat, den Vorfall in eine andere Richtung zu lenken. Was sagen Sie dazu, warum der Angriff und gegen wen könnte er sich gerichtet haben?

Im Mittleren Osten tummelt sich eine Vielzahl paramilitärischer Kräfte. Überall, wo es an Demokratie mangelt, sind sie im Kommen. Auch in unserem Land gibt es solche Kräfte, deren Basis in den 60er und 70er Jahren die rechts-nationalistischen militanten Organisationen bildeten und die sich seit den 90ern vollständig innerhalb des Staates organisierten und wirken. Diese Gruppen sind keine schwachen, nur aus ein paar Personen bestehende Einheiten. Sie haben verschiedene Kräfte sowohl innerhalb des Staates als auch der Gesellschaft angesteckt. Vor allem innerhalb der Armee sind sie eine bedeutende Kraft. Bei dem Anschlag in Şemdinli [*November 2005*] wurde ja entlarvt, dass diese Kräfte in direkter Beziehung zum jetzigen Generalstabschef Yaşar Büyükanıt stehen. Hunderte von Offizieren im Ruhestand stellen die ökonomische und gesellschaftliche Basis dieser Organisationen dar, die mit jedem Tag unter dem Deckmantel der Zivilgesellschaft heranwachsen und den Weg bereiten für eine tiefe türkisch-kurdische Auseinanderset-

zung in der Türkei. Daher denke ich, es wäre unzureichend, die Explosion in Diyarbakır als eine einfache Bombenexplosion zu sehen. Denn im Hintergrund gibt es eine geheime Agenda mit dem Ziel, die Gesellschaft in der Türkei zu spalten. Sie spiegelt sich als türkischer Nationalismus in der Gesellschaft. Deshalb hat diese Phase in der Türkei nicht neu begonnen. Sie wurde vor allem mit der so genannten „Fahnenprovokation" Newroz 2005 in Mersin in Gang gesetzt, anschließend die gesellschaftliche Basis mit den sich in unterschiedlichen Orten des Landes entwickelnden Lynchversuchen vorbereitet. Es handelt sich um die Kräfte, die sozusagen in Şemdinli entlarvt wurden, sich dann aber entschlossen haben, eine neue Etappe einzuleiten. Meiner Meinung nach haben diese Kräfte mit Şemdinli angefangen, ihre Macht in der Türkei zu festigen. Obwohl sich Täter zum Anschlag in Diyarbakır bekannten, wollte ihn der Staat ständig in eine bestimmte Richtung lenken. Obwohl sich die TİT auf ihrer Homepage dazu bekannten, versuchten Presse und Staatsvertreter, ihn der PKK anzulasten. Meiner Meinung nach vergeblich. Tatzeit und -ort sowie die Reaktionen bestimmter Kreise nach dem Vorfall weisen darauf hin. Die Tatsache, dass dieser Anschlag unmittelbar nach unserem Waffenstillstandsaufruf an den Kongra-Gel verübt wurde, zeigt eindeutig in die Richtung. Auch fiel er genau in die Zeit, in der die USA ihren „PKK-Koordinator" benannten, in der unterschiedliche Kreise, von intellektuellen bis hin zu europäischen, auf den Weg des Dialogs verwiesen. Als also die kurdische Frage erneut zentrales Thema war. All das führt zu Kreisen, die den Krieg im Fokus haben und mit aller Kraft eine Lösung der kurdischen Frage auf demokratischem und friedlichem Wege sowie im Allgemeinen die Demokratisierung der Türkei verhindern wollen. Aber das ist nicht die Tat einer kleinen Gruppe. Das zu wissen, ist wichtiger. Anstatt gegen diese inzwischen entlarvten Banden vorzugehen und das Land von ihnen zu reinigen, haben Regierung, Armee, Opposition und Presse versucht, die Täter zu schützen und den Vorfall zu verdecken. Dabei war die Explosion in Diyarbakır so offensichtlich wie der Vorfall in Semdinli. Auch wenn der Staat es behauptet, die Bevölkerung von Diyarbakır vermutet hinter diesem Anschlag niemals die PKK. Die Menschen in Diyarbakır wissen sehr wohl, aus welchen Kreisen die Täter kommen. Aber die jüngste Explosion hat gezeigt: In der Türkei ist es äußerst schwierig, Frieden zu schaffen. Denn die Ereignisse nach dem Vorfall von Diyarbakır haben offenbart, dass die herrschende Politik und die militärische Kraft in der Türkei keinerlei Interesse haben, den Staat von diesen Banden zu säubern.

Nächstes Jahr sind in der Türkei Wahlen. Bislang gibt es keine Hinweise auf eine Herabsetzung der 10-%-Wahlhürde. Es gibt Diskussionen, dass Ihre Partei im Falle der Beibehaltung der Hürde mit unabhängigen Kandidaten antreten wolle. Wie und mit welcher Strategie wird Ihre Partei in die Wahlen gehen?

Die Türkei befindet sich schon im Wahljahr. Jüngst hat das auch der Regierungssprecher der AKP, Cemil Çiçek, offiziell bekundet. Selbstverständlich finden wir es wichtig, bei den Wahlen und im Parlament vertreten zu sein. Inzwischen wird von allen akzeptiert, dass die Wahl- und Parteiengesetze in der Türkei ein besonderes Hindernis vor der parlamentarischen Demokratie darstellten. Darüber wird unterschiedlich debattiert. Aber wir denken, dass dies keine Lösung ist. Wir sehen darin im Grunde die Bemühungen, eine Formel zu finden, wie unsere Partei, wenn sie ins Parlament einziehen sollte, am meisten geschwächt werden könnte. Auch gibt es gewisse Diskussionen darüber, dass unsere Partei mit unabhängigen Kandidaten antreten werde. Aber ehrlich gesagt sind es nicht die Diskussionen, die wir führen, das machen andere. Bislang gab es dazu keine offizielle Erklärung unserer Partei. Wir wollen selbstverständlich organisiert, d. h. als Partei, auftreten, das ist unser Ziel. Aber wenn der gegenwärtige Status quo unsere Partei und unser Volk – eine große Demokratiekraft – bis zum Schluss an ihrer Vertretung im Parlament hindert, werden wir gemeinsam mit unseren Wählern über unsere demokratische Haltung entscheiden. Für uns hat die demokratische Reaktion unserer Bevölkerung Priorität. Folglich besteht die Strategie unserer Partei nicht in unabhängigen Kandidaturen.

Von außen betrachtet hat es den Anschein, als hätten sich türkische Armee und AKP-Regierung in der kurdischen Frage, trotz vieler Widersprüche untereinander, an einem gemeinsamen Punkt getroffen. Vielmehr sieht es so aus, als hätte die AKP-Regierung die kurdische Frage vollständig an die Armee abgetreten. Wie bewerten Sie das? Und wie könnte sich der traditionelle Dissens zwischen militärischer und ziviler Macht nach der Ernennung Yaşar Büyükanıts zum Generalstabschef entwickeln?

Es ist bekannt, dass in der Türkei die Armee bestimmende Kraft ist. Sie ist die Gründerin der Republik. Aus diesem Grunde ist die Armee die Hauptkraft für die Gesellschaft in der Türkei. Das ist nicht nur eine moralische, sondern eine politische, soziale und ökonomische Kraft. Außerdem ist die Armee nicht mehr die der 60er und 70er Jahre. Sie ist weitaus organisierter, systematischer, bis in alle Ecken der Gesellschaft eingedrungen. Der Widerspruch zwischen Armee und Regierung geht auf die Zeit zurück, als das Mehrparteiensystem in der Türkei eingeführt wurde. Die Unstimmigkeiten waren in manchen Zeiten intensiver, in manchen wiederum geringer, aber immer vorhanden. Auch gegenwärtig können wir davon sprechen. Aber das resultiert nicht aus der Uneinigkeit über ein ziviles oder ein repressives System. Vielmehr ist es eine Auseinandersetzung um die Macht. Die Armee repräsentiert heute nicht – wie manche behaupten – die unterdrückende Kraft, dagegen die AKP die demokratische. Weder Armee noch Regierung kämpfen heute in der Türkei für die Entwicklung der Demokratie. Meiner Meinung nach wäre es der größte Fehler, andere als Armee, Regierung und Opposition als Demokratisierungsbremse zu vermuten. Egal inwieweit es zu bestimmten Themen Differenzen gibt,

es ist immer die kurdische Frage, bei der sie sich einigen. Ich denke, dass beide, Armee und Regierung, eine demokratische Lösung der kurdischen Frage nicht wollen. Denn diese würde auch zur demokratischen Entwicklung in der Türkei im Allgemeinen beitragen, das Problem der bewaffneten Kräfte lösen. Aber sehen wir uns die außenpolitischen Grundlagen der beiden Protagonisten an, das Anliegen der bewaffneten Kräfte ist die PKK oder allgemein die kurdische Frage. An welchen Punkten gelangen heute die Türkei, Iran und Syrien zu einer Übereinkunft? An der Frage der PKK, an der kurdischen Frage. Womit versucht die Türkei heute ihre Beziehung zu den USA zu stärken? Mit der kurdischen Frage. Worüber versucht heute die Türkei mit der EU im Zypernkonflikt zu verhandeln? Über die kurdische Frage. Weil das so ist, hat weder die Regierung noch die Armee ein wirkliches Interesse daran, die kurdische Frage vollständig demokratisch zu lösen. Folglich ist es die kurdische Frage, weshalb Widersprüche zwischen Regierung und Armee in den Hintergrund treten. Die Betrachtungsweise der kurdischen Frage ist der Hauptfaktor für die Tatsache, dass AKP-Regierung und Armee zusammen bis heute auskommen konnten. Allein im letzten Jahr wird das deutlich. Die AKP hat Demokratisierung und EU-Phase in die Schublade verbannt und versucht zu verhindern, dass sich das innenpolitische Gleichgewicht zu ihrem Nachteil entwickelt. Sie fährt diesen Kurs ersichtlicherweise seit Şemdinli. Daher hat die Phase von Büyükanıt nicht erst jetzt begonnen, sie hält seit Şemdinli an.

Die türkische Regierung erklärte, sie würde nur unter der Voraussetzung mit der DTP sprechen, dass diese eine klare Distanz zur PKK aufweise. Es wurde öffentlich, dass auch europäische politische Vertreter schon vor Ihrem Gründungskongress in dieser Richtung Druck auf Ihre Partei ausübten. Was ist die Position Ihrer Partei?
Die EU hat PKK und Kongra-Gel auf ihre Liste terroristischer Organisationen gesetzt. In Deutschland ist die Betätigung der PKK seit 1993 verboten. Wie wirkt sich das in der Türkei auf eine Lösung der kurdischen Frage aus?

Das ist eigentlich keine neue Politik. Das wird demokratischen kurdischen Organisationen ständig aufgezwungen. Die geforderte Distanz zur PKK wird sowohl durch die Herrschaft in der Türkei als auch durch europäische Kreise seit 1990 als Politik betrieben. Die PKK wurde infolgedessen in die Terrorlisten aufgenommen und verboten. Aber hat das die kurdische Frage gelöst? Nein. Haben diese Verbote die PKK fertig gemacht? Nein. Das kann diese Art Politik nicht. Denn es ist keine reelle Politik. Im Rahmen der kurdischen Frage ist sie nichts weiter als Theorie. Meiner Auffassung nach sind sich die Betreiber dieser Politik dieser Realität bewusst. Sie wissen eigentlich, dass es eine realistische Politik gibt, die eine Chance auf Erfolg hätte. Aber sie machen ständig das Gleiche. Ist es überhaupt möglich, eine solche Kraft im Zentrum der kurdischen Frage zu ignorieren? Egal wo auf der Welt die kurdische Frage debattiert wird, man kommt immer wieder auf die PKK zu sprechen. Denn sie ist ein Resultat der kurdischen Frage. Daher müssen alle, die die kurdische Frage lösen wollen, auch in der PKK-Frage eine lösungsorientierte und realistische Politik entwickeln. In dieser Hinsicht ist es sinnlos, von unserer Partei, die in der kurdischen Frage das Hauptproblem dieses Landes sieht, die klassische Distanzierungsforderung zu stellen. Selbstverständlich besteht eine Distanz zur PKK. Wir sind keine bewaffnete politische Kraft, sondern eine unbewaffnete legale politische. Die Basis, auf die wir uns bei unserer Politik stützen, ist gleichzeitig die Basis, die von der PKK beeinflusst ist. Danach kann meiner Meinung nach, wer die kurdische Frage lösen will, verstehen, welche Art von Distanz zwischen unserer Partei und der PKK besteht.

Eine weitere Entwicklung, die gegenwärtig auf der Tagesordnung steht, ist die Koordination zwischen USA, Türkei und Irak gegenüber der PKK. Welchen Beitrag (positiv wie negativ) kann Ihrer Meinung nach diese Dreierkoordination bei der Lösung der kurdischen Frage leisten?

Diese Angelegenheit stellt in gewisser Hinsicht eine neue Situation dar. Die Lösung der kurdischen Frage ausschließlich durch Demokratisierung und Zivilwerdung wird nicht für möglich erachtet. Hierfür gibt es unabhängig voneinander einige Gründe. Zum einen stellt die kurdische Frage einen außenpolitischen Faktor dar, begründet hauptsächlich in der von den USA nach dem 11. September eingeleiteten Phase. Vor allem die Situation nach Saddam hat zur Instabilität im Mittleren Osten beigetragen und scheint die nächsten Jahre ebenfalls anzuhalten. Der sich im Nordirak herausbildende föderale Bau kann für die Kurden mit US-Unterstützung langfristig die Option eines Nationalstaates bedeuten. Diese Option lässt die kurdische Frage zu einer Angelegenheit der internationalen Politik werden. Ich denke, die letztens eingeführte Dreierkoordinationsformel ist das Produkt für die Akzeptanz aller in die kurdische Frage involvierten Kräfte. Nähert man sich so der Sache, wird klar, dass die Dreierkoordination keine Formalie ist. Aber gleichzeitig kann daraus auch nicht der Schluss gezogen werden, dass sie die demokratische Lösungsformel ist. Höchstwahrscheinlich wird dieser Zusammenschluss künftig internationale politische Entwicklungen bezüglich der kurdischen Frage koordinieren. Welche Rolle er spielen wird, wird vom Kampf von US- und Türkeiseite und dem der Kurden abhängen. Falls die Herausbildung einer gewichtigen Kraft zur Problemlösung möglich wird, so wird dieser Mechanismus die Koordination hierfür übernehmen und die Phase sogar beschleunigen können. Wenn nicht, scheint seine Entwicklung zu einem wirkungsvollen Mechanismus schwierig. ♦

Die Beziehung zwischen Militär und ziviler Macht

Das letzte Wort hat in jedem Fall das Militär

Günay Aslan, Journalist

Am 1. August 2006 wurde Yaşar Büyükanıt zum türkischen Generalstabschef ernannt, nachdem er zuvor bereits Kommandant des Heeres war. Durch diesen Schritt der AKP-Regierung wurde zum ersten Mal seit 1987 die Ernennung eines Generalstabschefs von der Regierung vollzogen. Die Berufung trat, nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt, in Windeseile in Kraft, nachdem ein entsprechender Erlass zuvor vom Ministerrat unterzeichnet und ihm vom Staatspräsidenten zugestimmt worden war. Eigentlich werden in der Türkei die Generalstabschefs nach der Zusammenkunft des Militärgremiums, Askeri Sura, ernannt. Für Büyükanıt scheinen nun Regierung und Staatspräsident das Berufungsszenario geändert zu haben. Natürlich ist ein derartiges Vorgehen nicht grundlos. Deshalb stellt sich die Frage nach dem Warum.

Die Antwort auf die Frage wird in den Diskussionen, die um die Eignung Büyükanıts geführt wurden und werden, deutlich. Schon Monate vor seiner Ernennung spekulierte die Öffentlichkeit über seine Berufung zum Generalstabschef und seine Eignung für diesen Posten. Nun wird gesagt, dass Regierung und Staatspräsident die Berufung vorgezogen haben, um den Spekulationen ein Ende zu setzen und zu verhindern, dass das Militärgremium dem Druck der Entscheidung ausgesetzt wird. Obwohl seit seiner Ernennung über zwei Monate vergangen sind, haben die Spekulationen um die Eignung Büyükanıts kein Ende gefunden. Im Gegenteil haben sie zugenommen. Denn der neue Generalstabschef der Türkei handelt wie ein Putschführer, der die politische Macht und das Parlament deaktiviert und willkürlich macht, was er will. Bereits während seiner Amtsübernahme am 30. August erklärte er: „Wir als die türkische Armee sind parteiisch, folglich werden wir unsere Meinung bekunden und das Notwendige unternehmen.“ Er übermittelte in der Ansprache die Botschaft, dass er sowohl bei außenpolitischen Themen wie der EU-Mitgliedschaft, den Beziehungen zu den USA, der Irak-Frage sowie der Versendung von Soldaten in den Libanon als auch in den innenpolitische Fragen wie der kurdischen Frage und der Diskussion um den politischen Islam an der „alten“, starrsinnigen Politik des Militärs festhalten wird.

Büyükanıt hat alle relevanten Themen, für die ursprünglich die Regierung verantwortlich ist, aus seiner militärischen Sicht kommentiert und dabei unterstrichen, dass er der maßgebliche Entscheidungsträger der Türkei ist. Obwohl in einer Demokratie die Verantwortung für politische Entscheidungen bei der Regierung liegt, hat Büyükanıt erneut mit einem drohenden Ton deklariert, dass die Lage in der Türkei eine andere sei und dass sämtliche politischen Akteure das zu akzeptieren hätten. Büyükanıt ist darüber hinaus kein gewöhnlicher Kommandant. Sein Name wird in Zusammenhang mit den Banden gebracht, die die Verantwortung für die Ermordung von Tausenden unschuldigen Menschen tragen. Als Unteroffiziere bei einem Bombenanschlag auf einen Buchladen in Şemdinli auf frischer Tat gestellt wurden, hat er sich nicht gescheut, bezüglich eines der Täter öffentlich zu bekunden: „Er ist ein guter Junge.“ Der Oberstaatsanwalt von Van, Ferhat Sarıkaya, hatte daraufhin eine Untersuchung gegen Büyükanıt, der auf diese Weise die Mörder in Schutz genommen hatte, eröffnet und darüber hinaus seine Verurteilung im Zusammenhang mit anderen blutigen Verbrechen des „schmutzigen Krieges“ gefordert. Somit hatte zum ersten Mal ein Staatsanwalt in der Türkei eine für demokratische Länder gängige Untersuchung begonnen und die Verurteilung eines Generalobersten, der widerrechtlich gehandelt hat, gefordert. Leider haben diejenigen, die anfänglich den Staatsanwalt bei seinem Vorgehen gegen den „tiefen Staat“ unterstützt haben, die Regierung eingeschlossen, mittlerweile ihre Unterstützung zurückgezogen, nachdem das Militär machtvoll sein Missfallen darüber bekundet hatte. Staatsanwalt Sarıkaya wurde folglich seines Amtes enthoben. Büyükanıt hingegen wurde, statt verurteilt zu werden, durch die Ernennung zum Generalstabschef befördert.

Der türkische Ministerpräsident Erdoğan, der anfänglich erklärte, die Sache, egal mit welchem Ergebnis, bis zum Schluss verfolgen zu wollen, knickte ein, als Büyükanıt ihm am 22. März 2006 in seiner Amtsstelle einen Besuch abstattete und ihn tadelte. Daraufhin sah er lediglich zu, als der Staatsanwalt abberufen wurde, und begann in der Folgezeit, den obersten Militär zu loben. Allein die Betrachtung dieses Vorfalls reicht aus, um zu begreifen, dass in der Türkei politische und rechtliche Angelegenheiten nicht durch legitimes Recht, sondern durch Macht und Gewalt geregelt werden – und dass das Militär als Inhaber der Macht jede Rechtswidrigkeit begehen kann und damit faktisch über dem Gesetz und der Gerichtsbarkeit

steht. Das Militär befiehlt in diesem Zusammenhang, anstatt Rechenschaft gegenüber der zivilen Autorität und Justiz ablegen zu müssen.

Die Bevölkerung der Türkei, die sich nach Demokratie sehnt, hat mittlerweile begonnen, sich vor Büyükanıt wie vor einem Putschführer zu fürchten. Die Sorgen der Menschen vertiefen sich zusehends, da die Regierung sich mehr und mehr der Macht der Generäle unterordnet. Die Tatsache, dass bei einer Bombenexplosion in einem Park in Diyarbakır 11 Personen, darunter 7 Kinder, ums Leben kamen – und die Urheberschaft der Tat bei den Banden innerhalb des Staates liegt –, macht die Sache noch folgenschwerer. Zusätzlich beklagt sich Büyükanıt über die, im Rahmen der EU-Anpassungen vollzogenen, Reformen und fordert neue Regelungen, die diese „ausgleichen" sollen. In diesem Rahmen stellt das Gesetz zur Bekämpfung von Terrorismus, das auf Drängen des Militärs von der Regierung verabschiedet wurde, eine weitgehendere Beschränkung der Meinungsfreiheit sowie die Aushebelung von Grund- und Freiheitsrechten dar. Am Tag seiner Amtsübernahme drohte Büyükanıt allen, die die türkische Armee kritisieren würden, sie würden es später bereuen. Der Generalstabschef bevorzugt enge Beziehungen zu den USA statt zur EU, weil er meint, dadurch die Macht des Militärs besser aufrechterhalten zu können. Er versucht darüber hinaus, den Kontakt der Kurden zu den USA zu unterbinden. Letztendlich wird sich zeigen, inwieweit er mit seinem Kurs Erfolg haben wird.

Büyükanıts Vorgehen hat allerdings nichts mit den Interessen der Türkei zu tun. In der momentanen Phase der Entwicklung des Landes stehen die Interessen der Türkei mit den Interessen der Generäle nicht im Einklang, sie widersprechen sich im Gegenteil. Aber die Generäle stellen ihre Partikularinteressen über die Interessen des gesamten Landes. Sie verwalten das Land wie ihren eigenen Hof. Die Türkei hat das vergangene Jahr u. a. mit der Diskussion über die Ernennung von Generaloberst Büyükanıt zum Generalstabschef verbracht. Weil in verschiedenen Regionen der Türkei Banden aufgeflogen sind, denen auch Mitglieder der Armee angehörten, die der Paşa (gemeint ist Büyükanıt, weil in der Türkei die Generäle als Pasas angesprochen werden) jedoch in Schutz nahm, war der Öffentlichkeit bewusst, dass der Paşa nicht verurteilt werden wird, sie hatte jedoch die Erwartung, dass er wenigstens nicht zum Generalstabschef ernannt würde. Aber das Gegenteil ist eingetroffen. Die Paşas haben sich erneut durchgesetzt. Cemil Çiçek, Justizminister und Regierungssprecher, war gezwungen, auf der Pressekonferenz, die er anlässlich der Ernennung Büyükanıts abhielt, zu erklären: „Wir sind nicht die Quelle der Spekulationen bezüglich Yaşar Büyükanıts. Diejenigen, die das behaupten, sind jetzt wahrscheinlich beschämt. Niemand sollte politische Macht über das Militär haben. Auch sollte niemand diese Spekulationen beachten."

In der Türkei, in der die politische Autorität des Militärs nicht reguliert – und somit Demokratie nur simuliert – wird, verwundert diese Realität nicht. In der Türkei wird noch immer der demokratische Wille vom Militär ausgehebelt. Die politischen Parteien und das Parlament erfüllen nur die Funktion der Vorspiegelung demokratischer Verhältnisse. Aus diesem Grund haben die Äußerungen der Politiker zu Fragen des Landes keinerlei Bedeutung mehr. Denn das letzte Wort hat in jedem Fall das Militär. Solange sich das nicht ändert und der Schatten des Militärs über der Türkei nicht verzogen ist und das Militär nicht einer zivilen Autorität unterstellt ist, wird es unmöglich sein, dass die Türkei sich demokratisiert und zu einem Rechtsstaat wird. ♦

Militäraktionen des Militärs trotz einseitigem Waffenstillstand – Militäraktionen des Militärs trotz einseitigem Waffenstillstand

Trotz des Waffenstillstandes werden Militäroperationen durchgeführt

Eine türkische Militäroperation dauert seit dem 9. Oktober in der Region Şehit Remzi noch an. Weiterhin wurden am 8. Oktober neue Operationen in der Gegend um Hacan, Keşan und Sêsmala fortgesetzt. Die türkische Armee setzte das Gelände in Brandt, und zog sich am 9. Oktober ohne Erfolg zurück.

Am Morgen des 7. Oktober um 5.00 Uhr startete die türkische Armee in Beytüşşebap in der Gegend um Kato Jirka eine neue Operation. Die Operation wurde um die Regionen Gıre Azmana, Deriya Boge Meydan Koli und Geliye Masiro ausgeweitet. Zwischen unserer Guerilla und den Soldaten kam es bei Meydan Koli zu einem Zusammenstoß. Bei dem Gefecht gab es Verluste der türkischen Einheiten, genaue Informationen waren nicht zu erhalten. (Quelle: HPG Pressezentrum, 10.10.2006)

Die türkische Armee beharrt weiterhin auf Gewalt

Am 11. Oktober hat die türkische Armee eine neue Operation in der Region Cudî-Berg (Şırnak im Nordosten der Türkei) um Spîndarok gestartet. Am gleichen Tag kam es um 12.30 Uhr zu Gefechten mit türkischen Einheiten. Bei dem Gefecht kam der Guerillakämpfer Xemgîn Pîro (Mecit İsmail) ums Leben.

Am 2. Oktober kam es mit iranischen Soldaten in der Region Kelareş um Kızılkent zum Gefecht (Grenze Türkei / Iran), bei dem nach uns jetzt vorliegenden Informationen der Guerillakämpfer Çiyager (Haşim Çelebi) gefallen ist. (Quelle: HPG Pressezentrum, 12.10.2006)

Türkische Armee bombardiert Dörfer

Die türkische Armee bombardiert mit Kobra-Helikoptern die Regionen Satê und Etrûş in Çukurca seit einiger Zeit periodisch. Die Bombardements werden weiterhin fortgesetzt, die Dörfer in den umliegenden Regionen sind davon betroffen. Tiere von Dorfbewohnern wurden getötet.

In den Bergen von Eledağlar in der Provinz Serhat setzt die türkische Armee weiterhin zeitweilig neue Operationen fort.

Gefechte in Çirav

Die türkischen Militäreinheiten haben am 13. Oktober in Bingöl/Adaklı neue Operationen gestartet.

In der Region Siirt, Eruh um Garısa im Gebiet Çaçe setzt die türkische Armee eine umfassende Operation fort.

In Şırnak in den ländlichen Regionen von Şehrîban, Gundık und Nevyan ist eine weitere Militäroperation gestartet worden.

Am 11. Oktober hat die türkische Armee in der Region Çırav (Gabarberg) eine Operation durchgeführt. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen der Guerilla und den Militäreinheiten. Bei dem Gefecht kam das Mitglied der HPG Serhat Tatvan (Hasan Güzel) ums Leben.

In dem Stadtbezirk Lice von Amed (Diyarbakır) in der Gegend um die Dörfer Qurmik, Hêsîk und Hindiv führt die türkische Armee noch eine Operation durch, die auch andere umliegende Regionen umfasst. (Quelle: HPG Pressezentrum, 15.10.)

Die politische Situation im Mittleren Osten

Beginn einer neuen Phase für Kurdistan

Bazan Tekin

Das kapitalistische System, das sich mittlerweile in sämtlichen Nuancen offenbart hat, befindet sich in einer kritischen Phase, aus der die treibenden Kräfte einen Ausweg suchen. Da jedoch die auf Etatismus, Herrschaft, Gewalt und Geschlechtertrennung basierende Struktur nicht überwunden worden ist, vertieft sich das Chaos weiter. Diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die am meisten von negativen Auswirkungen betroffen sind, setzen ihre Kritik und ihren Kampf gegen das kapitalistische System an verschiedensten Orten der Welt, in Asien, in Südamerika, in Europa und im Mittleren Osten, auf unterschiedliche Art und Weise fort. Eigentlich stimmen diese Kreise darin überein, dass das kapitalistische System keine Lösung für die Probleme der Menschheit entwickeln kann. Sich auch von etatistischen Lösungsansätzen zu trennen, gelang bisher allerdings noch sehr wenigen emanzipatorischen Kräften. Daher ist der von Abdullah Öcalan entwickelte demokratische Sozialismus – mit dem demokratischen Konföderalismus als dessen praktischer Umsetzung – für viele Menschen zu einer größeren Hoffnung geworden.

Die globalisierte Wirtschaft hat den Bedarf nach Nationalstaaten, die zu ihrer Entstehungszeit aufgrund der Bedürfnisse des kapitalistischen Systems entstanden waren, im Grunde genommen überwunden. Die weltwirtschaftlichen Kräfte haben ihre Herrschaft gefestigt und versuchen, ein eigenes, adäquates System zu entwickeln und zu etablieren. Die Abhängigkeit der Herrschenden vom Erdöl machte eine Intervention im Mittleren Osten unumgänglich. Aus diesem Grund gingen die USA, die für eine weltweite Etablierung des kapitalistischen Systems in neoliberaler Ausprägung stehen, zunächst gegen unsere Bewegung in der Person des Vorsitzenden Abdullah Öcalan und im Jahre 2003 dann gegen den Irak im Mittleren Osten vor. Ohne im Irak zu intervenieren und die Macht des benannten Systems im Mittleren Osten zu etablieren und zu erweitern, sind die weltweite Durchsetzung des globalen Kapitalismus und die Sicherung der eigenen Machtstellung in der Zukunft äußerst schwierig. In einer Welt, in der das Kapital sich nicht frei und sicher bewegen kann, hat der globale Kapitalismus langfristig keinen Bestand.

Heute finden im Mittleren Osten schwere Machtkämpfe und politische sowie militärische Auseinandersetzungen statt. Die USA intervenierten im Irak und stürzten das Regime. Sie sind jedoch noch weit davon entfernt, ihr eigenes System dort zu etablieren. Der seit drei Jahren andauernde Widerstand gegen die Besatzung nimmt nicht ab, sondern stetig zu. In Afghanistan haben sich die Taliban erneut gesammelt und beherrschen wieder zahlreiche, insbesondere ländliche Gebiete. Ihre Neuorganisierung zeigt sich in letzter Zeit auch durch Aktionen in den Städten. Der einmonatige Krieg Israels gegen den Libanon hat sein Ziel deutlich verfehlt. Zum ersten Mal begegnete Israel starker Widerstand. Das stärkte die Hisbollah und ihre Anhänger moralisch. Dieser Widerstand ist sicherlich auch ein Widerstand der dortigen Regionalstaaten, die an ihrem jetzigen Status quo festhalten. Ihr Ziel ist, die USA zurückzuweisen und schließlich zum Rückzug zu bewegen. Die Regierung der USA ist sich jedoch bewusst, dass das schlimmere Folgen haben würde als die Niederlage in Vietnam. Daher setzt sie ihre gesamte Kraft ein, um eine derartige Niederlage zu verhindern. Insbesondere in den vergangenen drei Jahren realisierte die US-Regierung, dass sie eine derart komplexe Situation nicht allein bewältigen kann, und war bestrebt, zum Teil erfolgreich, Verbündete, besonders die Staaten der EU, in ihre Politik einzubeziehen. Sie versucht mit aller Kraft, eine Bündnispolitik selbst mit bisherigen Gegnern zu betreiben, um die Front gegen sie zu schwächen.

Der Iran ist eine der führenden Kräfte, die in der Region des Mittleren Ostens auf dem Status quo beharren. In dem Wissen, dass ein Zusammenbrechen des Widerstands im Irak, in Afghanistan und im Libanon ihn politisch, militärisch und wirtschaftlich schwächen würde, unterstützt er jeglichen Widerstand gegen die USA. Im eigenen Land unterdrückt die iranische Regierung die Freiheitsbestrebungen des kurdischen Volkes und aller anderen Oppositionellen, um eine mögliche alternative Entwicklung zu verhindern. In diesem Zusammenhang wird auch der Anti-PKK-Pakt mit der Türkei verständlich, durch den unsere Bewegung geschwächt werden soll. Ziel dieses Paktes ist zudem die Lösung der Türkei aus ihrer politisch-militärischen Bindung an die USA. Sollte das nicht vollends gelingen, so will man die Türkei zumindest zu einer unabhängigen Positionierung bewegen. Der Iran strebt auf diese Weise eine Bündnispolitik mit den Kräften der Region an. Darüber hinaus versucht die iranische Regierung die Verknüpfung mit den Kräften, die sich um China und

Russland gegen die monopolare Machtstellung der USA sammeln. Auch wenn eine Intervention im Iran während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hisbollah an Aktualität verlor, ist diese durch einen möglichen Angriff unter dem Vorwand iranischer Atomwaffen noch immer aktuell.

Die USA realisieren mit jedem Tag mehr, dass ihr umfangreiches Nahostprojekt nur dann umgesetzt werden kann, wenn die Machtposition des Iran aufgebrochen wird. Um die Iran-Frage, die somit eine zentrale strategische Rolle spielt, zu lösen, bewertet das Pentagon die Situation neu und verhält sich entsprechend. Die Konsequenz ist letztendlich eine Annäherung der USA an die EU. Die USA werden bei der Etablierung ihrer Vorherrschaft im Mittleren Osten nicht nur mit den sowieso verbündeten Kräften kooperieren, sondern auch begreifen, dass sie notwendig mit den Kräften auskommen müssen, die ihren Interessen in einem gewissen Rahmen nicht entgegenwirken. Wir wollen damit verdeutlichen, dass man nicht mehr unbedingt untergeht oder nicht überleben kann, wenn man im Mittleren Osten nicht die US-Politik verfolgt. Die USA haben nicht nur durch die Änderungen in ihren Beziehungen zur EU und anderen Staaten erkennen lassen, dass sie ein solches System des Zusammenlebens mit außerhalb „ihres Systems“ stehenden Kräften anstreben, deren Kampfbedingungen jedoch in einem gewissem Rahmen übereinstimmend sind und die für regionale Stabilität sorgen; in diesem Sinne suchen sie auch den Kontakt mit anderen oppositionellen Gruppen im Mittleren Osten.

Wir haben es hier mit einer entscheidenden Entwicklung zu tun, die nicht nur den USA und den am Status quo festhaltenden Kräften, sondern auch der historisch-gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik, auf die sich die sozialistisch-demokratischen Kräfte stützen, Entwicklungsperspektiven und Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Denn weder die Kräfte noch die USA haben zurzeit eine Chance, ihre eigene ideologische und politische Struktur durchzusetzen. Das zeigt, dass die von unserem Vorsitzenden entwickelte Lösung eine grundsätzliche und mögliche Alternative darstellt. In derart ausweglosen Phasen streben die Völker selbstverständlich nach Lösungen. Eine solche ist der demokratische Konföderalismus, den Abdullah Öcalan als einen Weg der Vertiefung der Demokratie in allen Staaten (des Mittleren Ostens) entwickelt hat.

Es ist ebenfalls von Bedeutung, die Situation der anderen, am Status quo klebenden und für unser Land und unseren Kampf in erster Linie relevanten, Staaten kurz zusammenzufassen. Die Phase der innenpolitischen US-Intervention in Syrien, die mit der Ermordung Hariris begann, dauert an. Auch wenn die Regierung Assad nicht beseitigt wurde, so ist sie in ihrer Position stark geschwächt. Die internationalen Kräfte konfrontieren Syrien mit wirtschaftlichem, sozialem und politischem Druck. Die syrische Regierung ist gespalten. Eine gewisse Veränderung durch die Stärkung instrumentalisierbarer innerstaatlicher Kräfte und zunehmenden Druck von außen ist hier geplant. Eine derartige Situation bietet den demokratischen Kräften in vielerlei Hinsicht umfangreiche Möglichkeiten. In diesem Rahmen wird die Mobilisierung der gesellschaftlichen Kraft eine Demokratisierung Syriens mit sich bringen.

34 Militäroperationen in zwei Wochen
Seit Beginn des einseitigen Waffenstillstandes der PKK am 1. Oktober hat die türkische Armee nach Angaben des HPG-Hauptquartiers 34 Militäroperationen durchgeführt. Dabei kam es zu 19 Gefechten, bei denen 9 Soldaten und 5 Guerillakämpfer ums Leben gekommen sind. In Cudî und Dersim sind erneut Wälder von Soldaten in Brand gesteckt worden.
(Quelle: ANF, 16.10.2006, ISKU)

Die US-Regierung will mit ihren Verbündeten den Iran aus seiner Position bewegen und ihn somit als Hindernis vor der Etablierung des eigenen Systems beseitigen. Es ist bekannt, dass die USA dafür politische, wirtschaftliche, kulturelle sowie militärische Vorbereitungen treffen. Das Pentagon sieht es als strategisch notwendig an, den Iran aus seiner jetzigen Machtposition zu drängen. In dem Wissen, dass der Iran die letzte Hochburg des regionalen Status quo bildet, setzen die USA ihre Destabilisierungsversuche vielfältig, u. a. ökonomisch, diplomatisch und militärisch, fort. Daraus folgt, dass sich die Widersprüche im Land weiter zuspitzen werden. In Anbetracht einer möglichen US-Intervention verfolgt der Iran nach innen eine massive Repressionspolitik, um zu verhindern, dass irgendeine oppositionelle Kraft zu politischer Macht gelangt. Sein anti-kurdischer Pakt mit der Türkei und Syrien sowie seine militärischen Angriffe gegen unsere Bewegung zeigen dies sehr deutlich. Doch trotz aller Massaker und Angriffe nehmen in Ost-Kurdistan die Freiheitsbestrebungen des Volkes zu. Durch die Vertiefung der Widersprüche entstehen ebenfalls mehr Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Organisierung der kurdischen Befreiungsbewegung und der zunehmende Widerstand der kurdischen Bevölkerung weisen die Methoden der türkischen Spezialkriegsführung in ihre Schranken. Das Militär hat erneut die Initiative in der türkischen Politik ergriffen und sucht die gesamte Gesellschaft in seinem Sinne zu strukturieren. Im Rahmen des totalen Krieges gegen die Befreiungsbewegung haben die Generäle eine neue Angriffswelle gestartet. Mit ihrer Erneuerung wurde eine noch aggressiver agierende Führung geschaffen. Insbesondere diese von Yaşar Büyükanıt und Ilker Başbuğ geführte Struktur beharrt auf einer Politik der Vernichtung und Verleugnung. Dabei kommen alle erdenklichen Methoden des „schmutzigen Krieges“ zum Einsatz.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Isolation und die Folterpraxis, die auf die Vernichtung unseres Vorsitzenden abzielen, sowie die militärischen Angriffe gegen die in passiver Verteidigungsposition befindlichen Guerillaeinheiten zu bewerten. Gegen die kurdische Bevölkerung läuft eine Verhaftungswelle; zusätzlich wird versucht, die demokratischen Kräfte zu spalten. Da

dies nicht möglich ist, sollen sie zum Schweigen gebracht werden. Im Rahmen des EU-Beitritts behauptet die Regierung der Türkei, die kurdische Frage gelöst zu haben. Dabei stützt sie sich auf Nichtigkeiten, die im Grunde genommen keinerlei verfassungsrechtlichen Hintergrund haben. Entsprechend dieser Politik ist sie auf der Suche nach passenden Parteien und Führungspersönlichkeiten innerhalb der demokratischen kurdischen Bewegung. Unser Vorsitzender, unser Volk und unsere Bewegung begannen Newroz 2005 eine neue Phase des Widerstands und setzten diese mit Volksaufständen über das ganze Jahr hin fort. Auf die Erfolge dieser Politik, wie z. B. zu Beginn des Jahres 2006, insbesondere zum 15. Februar, zum 8. März und zu Newroz, reagierte der Staat mit Repression und Massakern. Da auch dies nicht den gewünschten Erfolg nach sich zog, begann eine Welle des Staatsterrors samt Kollektivfestnahmen. Die ausgedehnte Stationierung türkischer Truppen im kurdischen Landesteil und die umfangreichen Militäroffensiven gegen den sich in diesem Zusammenhang entwickelnden freien Volkswillen haben eine neue Phase militärischer Auseinandersetzungen herbeigeführt. Das Anti-Terror-Gesetz – genauer betrachtet ein Angriff auf die Rechte der kurdischen Bevölkerung – schaffte hierfür den rechtlichen Rahmen. Der Hisbolkontra [*s. a. KurdistanReport Nr. 127, Sept./Okt. 2006, S. 33 f.*], die man nach dem internationalen Komplott nach vermeintlich erfüllter Mission zu liquidieren versucht hatte, werden wieder alle Möglichkeiten zur Neuorganisierung gegeben. So soll religiöse Rückständigkeit von neuem als Mittel der Unterdrückung zum Einsatz kommen.

Während die türkische Regierung und das Militär im Inneren diese Vernichtungs- und Verleugnungspolitik gegen das kurdische Volk praktizieren, wird versucht, außenpolitisch mit den regionalen Kräften, die am Status quo festhalten, ein Bündnis gegen PKK und Kurden zu schließen. Gleichzeitig ist die Türkei dagegen, dass sich der Iran in der Region zur Nuklearmacht entwickelt, und will sich in dieser Hinsicht den USA annähern. Dabei durchlebt das Land eine Phase massiver Widersprüche. Die Türkei will die Rolle, die ihr im Rahmen des „Großen Mittelost-Projekts" zugedacht wurde, spielen – und will gleichzeitig der EU beitreten. Mit dem Regierungswechsel im Irak und der daraus folgenden Überwindung des auf der Verleugnung der Kurden basierenden Vertrags von Lausanne (zumindest das im Nordirak entstandene Föderale Kurdistan betreffend) sieht sich die Türkei mit einer veränderten Situation konfrontiert. Auch in Anbetracht der Neigung der USA, gegenüber den Kräften des Status quo kurdische Potentiale zur Stabilisierung der Region nutzen zu wollen, treibt die Angst um den endgültigen Verlust möglicher Bestimmungsrechte über die Erdölregion Kirkuk die Türkei zur Kooperation mit den Status-quo-Kräften. Obwohl nach der US-Intervention im Irak inzwischen drei Jahre vergangen sind, ist die Besatzung noch weit davon entfernt, das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Im Endeffekt hat die US-Politik im Gegenteil sogar in mancherlei Hinsicht den Interessen des Iran gedient und eine Basis für die Entwicklung des radikalen Islam geschaffen. Nicht zuletzt dadurch weitet sich das Chaos im Irak immer weiter aus. Daher drohen auch den begrenzten Errungenschaften in Südkurdistan ernste Gefahren. Aufgrund des Widerstands der Kräfte des Status quo und des regionalen Anti-Kurden-Bündnisses kann Südkurdistan jederzeit in Auseinandersetzungen hineingezogen werden. Südkurdistan wird von der Türkei, Iran und Syrien – vor allem wegen des für nächstes Jahr vorgesehenen Referendums zur Klärung des Status von Kirkuk, das sich innerhalb der Grenzen Südkurdistans befindet – mit diversen Methoden unter Druck gesetzt. Ziel ist es zu verhindern, dass die Kontrolle über das Öl in Kirkuk in kurdische Hände gerät. Das ist auch der Hauptgrund, warum vor allem der türkische Staat einen möglichen Einmarsch in Südkurdistan immer wieder öffentlich propagiert. Die vorsorgliche Ankündigung, das Referendum nicht zu akzeptieren, soll mögliche Angriffe auf die Errungenschaften im Süden Kurdistans legitimieren.

Die politischen Kräfte in Südkurdistan sind anscheinend weit davon entfernt, diese politischen Angriffe differenziert zu analysieren und eine entsprechende politische Haltung zu entwickeln. Anstatt die Gesamtheit aller Teile der Region Kurdistan zu betrachten und eine ganzheitliche demokratische Politik zu verfolgen, beschäftigen sie sich vielmehr ausschließlich mit dem Süden. Dabei ist klar, dass die Errungenschaften des Südens nicht gesichert werden können, ohne das gegenwärtige türkische Regime zu demokratisieren. Aus diesem Grunde ist eine ganzheitlich gedachte, demokratische Strategie äußerst wichtig und notwendig. Die gegenwärtige Praxis ist aber durch die Bemühungen bestimmt, die entstandenen Möglichkeiten für die Interessen der eigenen Familie, Sippe und Partei zu nutzen. Das wiederum führt zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Die politischen Kräfte in Südkurdistan sind anscheinend weit davon entfernt, diese politischen Angriffe differenziert zu analysieren und eine entsprechende politische Haltung zu entwickeln.

Im iranischen Ostkurdistan, wohin die Kontakte Mitte der 80er Jahre noch über einzelne Personen realisiert wurden, hat die eigentliche Entwicklung und der Sprung der Bewegung erst nach dem internationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan stattgefunden. Auch wenn verräterische Banden die Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen und von ihrem Kurs abzubringen versuchten, konnte sie sich zunehmend in der Basis verankern und zu einer beständigen Organisation heranwachsen. Die Kräfte in dieser Region haben sich auf der Grundlage der Selbstverteidigung organisiert. Eine erhebliche Anzahl von Ostkurden schließt sich mittlerweile der Guerilla an.

Im iranischen Ostkurdistan, wohin die Kontakte Mitte der 80er Jahre noch über einzelne Personen realisiert wurden, hat die eigentliche Entwicklung und der Sprung der Bewegung erst nach dem internationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan stattgefunden.

Die Jugend hat sich hier ebenfalls Schritt für Schritt zu einer wichtigen und gut organisierten Kraft entwickelt. Das iranische Regime führte immer wieder Zermürbungsangriffe durch, um zu verhindern, dass die Kurden bei einem möglichen US-Angriff zu einem Faktor von Bedeutung heranwachsen. Die dagegen gerichteten Aktionen im Rahmen der legitimen Selbstverteidigung haben das Selbstbewusstsein der noch sehr jungen Bewegung gesteigert und wichtige politische Erfahrungen mit sich gebracht.

Eines der Ziele des internationalen Komplotts war es, Abdullah Öcalan in Haft zu nehmen, ein weiteres, die Bewegung durch die Isolierung des Vorsitzenden zu zerstückeln und so letztendlich zu marginalisieren. Durch die Intervention verräterischer Banden war die Bewegung mit den Folgen dieser Politik konfrontiert, konnte sie aber durch das Verhalten unseres Vorsitzenden, die Maßnahmen unserer Bewegung und den Widerstand unseres Volkes schließlich abwenden. Mit dem Beschluss vom 1. Juni 2004, von der passiven zur aktiven Selbstverteidigung überzugehen, begann eine neue Phase für den kurdischen Freiheitskampf. Die Basis für diesen Beschluss bildeten die bedeutsamen Vorstöße hinsichtlich der organisatorischen Erneuerung wie z. B. die Gründung der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* KKK [*s. a. KurdistanReport Nr. 127, Sept./Okt. 2006, S. 21 ff.*], der Neuaufbau der PKK, die 3. Konferenz der *Volksverteidigungskräfte* HPG und die Formierung der *Gemeinschaft der stolzen Frauen* KJB. Dadurch konnten die auf die Vernichtung der Bewegung orientierten Angriffe abgewehrt werden.

Eines der Ziele des internationalen Komplotts war es, Abdullah Öcalan in Haft zu nehmen, ein weiteres, die Bewegung durch die Isolierung des Vorsitzenden zu zerstückeln

Die 3. Vollversammlung des Kongra-Gel diskutierte das KKK-System ausgiebig und beschloss seine Umsetzung. Dafür wurde nach dem Motto unseres Vorsitzenden „Jeder an die Arbeit“ in allen Bereichen die Auseinandersetzung geführt. Auf besagter Vollversammlung formulierten wir konkrete Aufgaben wie die Freiheit für den Vorsitzenden, die demokratische Lösung der kurdischen Frage, den Aufbau des KKK-Systems, die Entwicklung der Volksaufstände „Serhildans“ und die effektive Weiterführung der Linie der legitimen Selbstverteidigung.

Um die anhaltende Isolation Abdullah Öcalans zu brechen und das internationale Komplott ins Leere laufen zu lassen, führten wir ein Referendum für den Vorsitzenden durch. Trotz einiger Unzulänglichkeiten bei dessen Durchführung und trotz der Festnahmen und Repressionen in allen Teilen Kurdistans wurde ein klares Zeichen der Verbundenheit mit dem Vorsitzenden gesetzt, das während des diesjährigen, von Millionen Menschen gefeierten Newrozfestes noch bekräftigt wurde. Die Welle der Volksaufstände bis zum 4. April war ein wichtiger Schritt, um das internationale Komplott letztendlich erfolglos werden zu lassen. Auch der Widerstand der Guerilla auf Grundlage der legitimen Selbstverteidigung trug dazu bei, die Vernichtungspolitik abzuwenden. Trotz aller Angriffe hielten die Volksaufstände an, die in Diyarbakır begannen und sich in kurzer Zeit auf alle Gebiete Kurdistans ausweiteten (bei denen von staatlicher Seite auch Kinder ermordet wurden). Durch den Aufstand unseres Volkes hat eine neue Phase für Kurdistan begonnen. Auf dieser Grundlage bekundete die kurdische Bevölkerung erneut ihren festen demokratischen Willen.

Durch den Aufstand unseres Volkes hat eine neue Phase für Kurdistan begonnen.

Grundlage für diese politischen Entwicklungen ist zweifellos der große Widerstand – trotz Folterpraxis, mehr als zweihundert gefallenen FreundInnen, Hunderten von Verhafteten. In dieser Zeit hat sich die Haltung des türkischen Staates gegenüber Abdullah Öcalan, unserer Bewegung und dem kurdischen Volk klar herauskristallisiert. Das jüngste Anti-Terror-Gesetz ist quasi ein Gesetz zur Vernichtung der Kurden. Das, was staatlicherseits als Terror definiert wird, sind die Existenz, der demokratische Wille und die Freiheit des kurdischen Volkes und soll mit diesem Gesetz sanktioniert werden. Damit wird klar, welche Politik der türkische Staat in Zukunft verfolgen will. Die Regierung hat das Gesetz im Einklang mit den Kräften des „tiefen Staates“ verabschiedet, um die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik fortzusetzen. Das ist die Antwort des türkischen Staates auf all unsere friedlichen und demokratischen Lösungsvorschläge in der kurdischen Frage. Wir werden gegen eine derartige Vernichtungs- und Verleugnungspolitik in jedem Fall Widerstand leisten.

Die Freiheitsbewegung Kurdistans befindet sich in ihrer wichtigsten historischen Phase. Durch die von ihr verwirklichte politische, gesellschaftliche und militärische Entwicklung können die Kräfte, die Ambitionen in der Region haben, ihre Politik nicht an uns vorbei betreiben. Abdullah Öcalan kann nicht neutralisiert und die Befreiungsbewegung nicht vernichtet werden. Vor allem der Widerstand der HPG und die Volksaufstände des vergangenen Jahres sowie die politischen Analysen und Perspektiven unseres Vorsitzenden lassen unsere Bewegung als eine Kraft gesehen werden, die sowohl im Krieg als auch im Frieden zu berücksichtigen ist. Unsere auf der Grundlage der Perspektiven unseres Vorsitzenden als Reaktion auf die Appelle internationaler und regionaler Kräfte veröffentlichte „Deklaration für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage“ und die zugehörige Waffenstillstandserklärung trugen zur Einleitung dieser neuen Phase in Kurdistan bei. Im Moment besteht die Möglichkeit zur Lösung der kurdischen Frage. Die Kurden sind inzwischen ein wichtiger politischer und militärischer Akteur. Eine entsprechende verantwortungsvolle Haltung aller wird bedeutend sein für den kurdischen Frieden und für den Frieden im Mittleren Osten. ♦

Zur Wirtschaftslage in der Türkei

Problematisch bleibt die Verschuldung des Staatshaushaltes

Susanne Gierstein

Die wirtschaftliche Situation der Länder, in denen Kurdinnen und Kurden leben, hat in dieser Publikation noch nicht viel Beachtung gefunden, obwohl jede Änderung direkte Auswirkungen auf das Leben tausender Menschen hat. Um diesen Mangel ein bisschen auszugleichen, beschäftigen wir uns hier mit der Wirtschaftslage in der Türkei, insbesondere mit den letzten sechs Jahren.

Natürlich beginnen wir mit einem kurzen Ausflug in die Geschichte: Im Vergleich zu den europäischen Ländern setzte die Industrialisierung der Türkei relativ spät ein. Obwohl sie von Mustafa Kemal Atatürk gefördert wurde, kam sie aufgrund der Rahmenbedingungen nicht wirklich in Schwung. Die Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren und der Zweite Weltkrieg waren nicht geeignet, wirtschaftlichen Aufschwung in der Türkei zu fördern.

Zwischen 1945 und 1980 betrieb der türkische Staat eine sehr planwirtschaftsorientierte Wirtschaftspolitik. Es gab Fünfjahrespläne und eine Unmenge Subventionen und Förderungen und die richteten sich nicht nach wirtschaftlichen Erfordernissen, sondern nach politischen Erwägungen und nach den privaten Interessen der vergebenden Beamten. Diese Tradition führte zu einem hohen Staatsdefizit und zu einer Mentalität, die heute noch die wirtschaftliche Entwicklung erheblich behindert.

In den sechziger Jahren wanderten viele kurdische und türkische Männer und Frauen nach Europa, besonders nach Deutschland aus, da dort ein Mangel an Arbeitskräften herrschte, während in der Türkei der Arbeitsmarkt mehr als gesättigt war. Sowohl in den 50er als auch in den 60er und 70er Jahren machte die Türkei aufgrund ihrer hohen Auslandsverschuldung Wirtschafts- und Finanzkrisen durch, die jeweils in Militärputschen endeten.

Einen gewissen Aufschwung nahm die türkische Wirtschaft ab 1982 unter Ministerpräsident Turgut Özal, der Schutzzölle und Importverbote aufhob, den Export förderte und Bürokratie abbaute. Die Türkei konnte sich so von einer agrarorientierten Wirtschaft zu einem der großen Exporteure von Industriegütern entwickeln. Dazu ein paar aktuelle Zahlen: Zwar ist die Türkei immer noch Weltmarktführerin bei Haselnüssen, aber es werden neben Textilien für den europäischen Markt ein Drittel aller in Europa verkauften Fernsehgeräte in der Türkei produziert. Auch die europäische Autoindustrie lässt in der Türkei fertigen.

Das Wachstum hatte seinen Schwerpunkt vor allem im Westen der Türkei, die kurdischen Gebiete waren vorher unterentwickelt und blieben es auch. Einzig mit dem GAP-Projekt, dem gigantischen Staudammprojekt an Euphrat und Tigris, dessen ökologische und soziale Folgen noch nicht abzusehen sind, will die türkische Regierung die Region „entwickeln".

Die Türkei machte, immer abhängig von der politischen Lage, in den 90er Jahren mehrere Wirtschaftskrisen durch, 1994, 1999 und 2001.

Die Krise 2001 wurde wie die anderen auch durch zwei Faktoren ausgelöst: Die türkische Regierung benutzte die Notenpresse, um ihre steigenden Ausgaben zu finanzieren, dadurch wurde das Vertrauen in die türkische Währung geschwächt und ein kleiner Anlass reichte aus, um die Finanzmärkte zum Tanzen zu bringen. Die türkische Regierung hatte in den 90ern keine Disziplin bei den Staatsausgaben bewiesen. Aus wahltaktischen Gründen wurden im öffentlichen Dienst mehr Menschen beschäftigt als nötig, öffentliche Investitionen kosteten zu viel, da es galt, diesen oder jenen zu bevorteilen, staatseigene Betriebe kosteten mehr als sie erwirtschafteten, bestimmte Sektoren der Landwirtschaft wurden subventioniert. Die auftretende Geldnot bekämpfte sie mit der verstärkten Betätigung der Notenpresse, das heißt, es kam zu viel Geld auf den Markt, dessen Wert nicht durch die Kraft der Wirtschaft bestimmt war. Eine hohe Inflation war die Folge. Die Staatsverschuldung war von 1990 bis 1999 von 6 auf 42 % angestiegen. Die türkische Zentralbank richtete ihre Finanzpolitik auf die politischen Interessen und nicht auf eine stabile Wirtschaft aus.

In dieser labilen Situation reichte ein banaler Anlass, um die Krise auszulösen: Bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates warf Staatspräsident Sezer dem Regierungschef Ecevit vor, er versage im Kampf gegen die Korruption.

Zuerst brachen daraufhin die Börsenkurse zusammen. Dann wurde die Türkische Lira freigegeben und verlor innerhalb kurzer Zeit über 40 % ihres Wertes. Für viele Betriebe wurden dar-

aufhin ihre Auslandsschulden unbezahlbar und sie gingen bankrott. Mehrere tausend Kleinbetriebe mussten schließen, die Textil- und Schuhindustrie traf es besonders hart. Bis zu einer halben Million Menschen wurden arbeitslos.

Sofort traten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank auf den Plan. Am 19. März 2001 stimmte die türkische Regierung einem Reformprogramm zu, das auch personell untermauert wurde: Kemal Derviş, bis dahin Vizepräsident der Weltbank, wurde neuer Wirtschaftsminister.

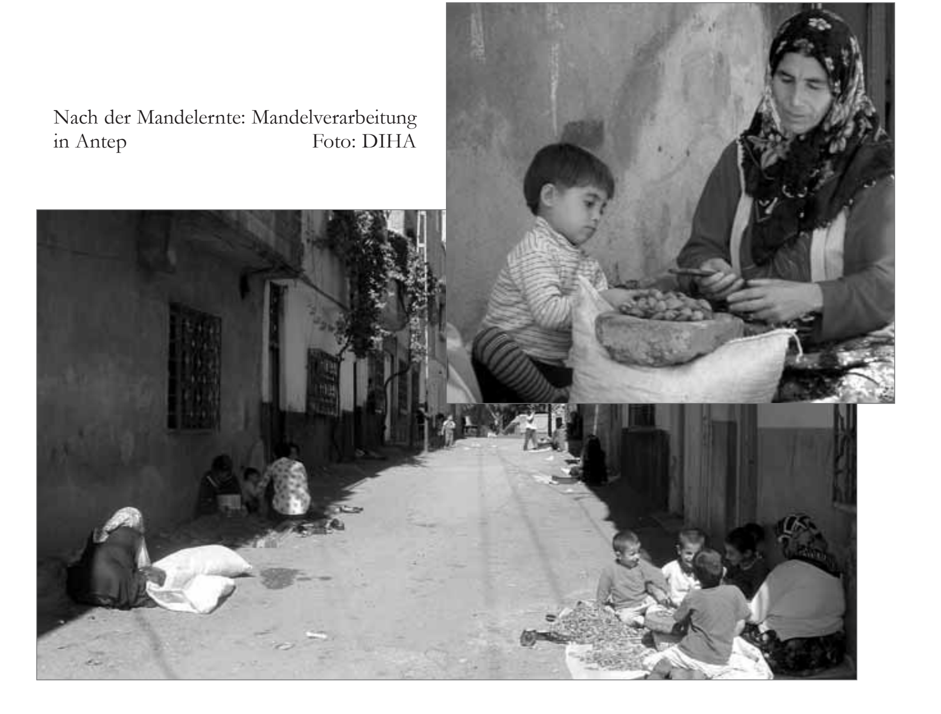
Der IWF unterstützte die von ihm geleitete Umstrukturierung der türkischen Wirtschaft mit 31 Milliarden Dollar und verlangte dafür eine ganze Menge. Zunächst wurde das Bankwesen umstrukturiert. Im Mai 2001 wurde die türkische Zentralbank unabhängig von der Regierung, so dass sie in ihrer Finanzpolitik nicht mehr die Interessen der türkischen Regierung umsetzen konnte.

Der öffentliche Haushalt wurde um ein Viertel gekürzt, ab Anfang 2002 sollten die Agrarsubventionen abgeschafft und die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe verkauft werden. Ein großer Teil der staatlichen Investitionsvorhaben wurde gestrichen, Beamtenwohnungen verkauft und Beamte vorzeitig in den Ruhestand geschickt.

Dazu kamen Privatisierungen der staatlichen Betriebe, die mittlerweile durchgeführt worden sind. Die türkische Telefongesellschaft wurde von einem saudisch-libanesischen Unternehmen übernommen, der Erdölkonzern TÜPRAS fiel an ein Konsortium aus Shell und eine der größten türkischen Unternehmerfamilien, Koç, und das größte Stahlunternehmen der Türkei, ERDEMIR, wurde von der OYAK-Gruppe aufgekauft. Der *Streitkräfte-Pensionsfonds* OYAK ist die Wirtschaftsstiftung des türkischen Militärs, 1961 als berufsgenossenschaftliche Renten- und Invalidenversicherung gegründet. Jeder Offizier und jeder Angestellte von militäreigenen Unternehmen muss 10 % seines Einkommens an OYAK abführen und mittlerweile hat OYAK Beteiligungen an 30 Industrie-, Handels- und Transportunternehmen. OYAK hat den Status eines gemeinnützigen Vereins inne und zahlt keine Steuern. Das genaue Vermögen von OYAK und der zweiten Wirtschaftseinrichtung des türkischen Militärs, TSKGV *Stiftung zur Stärkung der türkischen Sicherheitskräfte*, die Industrieunternehmen vor allem im Bereich Waffentechnik besitzt, ist unbekannt, wird aber auf Dutzende Milliarden Euro geschätzt.

2006 stieg die Inflationsrate erstmals wieder auf über 10 %. Als Gegenmaßnahme beschloss die türkische Zentralbank die Erhöhung der Leitzinsen. Darauf hin zogen in einem Teil des Aktienmarktes Anleger ihr Kapital zurück. Die Entwicklung wendete sich mit dem Beginn des Libanonkrieges, als verstärkt arabische Anleger ihr Kapital aus dem Libanon in die Türkei umschichteten. In der Türkei ziehen nicht nur hohe Wachstumsraten, ein professionalisiertes Banksystem und relative Stabilität an, auch der islamistische Kurs der Regierung holt arabische Investoren ins Land.

Nach der Mandelernte: Mandelverarbeitung in Antep Foto: DIHA



In den Jahren bis 2005 stabilisierte sich die türkische Wirtschaft. Jährlich wuchs sie mit einer Rate zwischen 5 und 10 %. Durch die Privatisierungen flossen bis Oktober 2005 16 Milliarden Dollar in die Staatskasse. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg von 2900 Dollar 1999 auf 5100 Dollar 2005. Die Ausgabendisziplin hatte zur Folge, dass die Inflationsrate von 70 % 2001 auf 7,8 % 2005 sank und so die „neue“ Währung eingeführt werden konnte, das heißt, der Türkischen Lira wurden sechs Nullen gestrichen und die *Neue Türkische Lira* YTL ist seit Januar 2006 das amtliche Zahlungsmittel in der Türkei. So wurde die *Türk Telekom* von der saudisch-libanesischen *Oger Telecom* übernommen. Weiter locken die Reserven an Wasser, die die Türkei im GAP-Projekt aufgestaut hat. Es ist die Rede von Pipelines, mit denen die Türkei das Frischwasser verkaufen könnte.

Nach wie vor problematisch bleibt aber die hohe Verschuldung des Staatshaushaltes. Sie betrug im Jahr 2005 161,8 Mrd. $, das waren 67,5 % des Bruttosozialproduktes. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei wird spannend bleiben. ♦

Ein Verein stellt sich vor

MAF-DAD – Verein für Demo kratie und internationales Recht

Am Weltfriedenstag, dem 1. September 2006, haben sich deutsche, türkische und kurdische JuristInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und andere engagierte Personen zusammengeschlossen in dem Verein MAF-DAD.

Zusammengebracht haben uns gemeinsame Zielsetzungen:

– die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei kritisch zu begleiten und zu kommentieren;

– die Entwicklung demokratischer Strukturen zu stärken;

– grundlegende Menschen- und Bürgerrechte zu verteidigen und zu fördern.

Auch wenn wir in Deutschland leben, ist es in der heutigen Welt, die immer mehr zu einem globalen Dorf zusammenwächst, für uns unvorstellbar, in Anbetracht der immer noch andauernden Menschenrechtsverletzungen weltweit passiv zu bleiben. Wir wissen, dass es außer uns viele weitere juristische Vereinigungen und Menschenrechtsorganisationen gibt, die gute und wertvolle Arbeit leisten. Unser Ziel ist es, als Teil dieser Tradition zu dem bestehenden Potential beizutragen, indem wir zu Themen arbeiten, die unserer Meinung nach bisher nicht ausreichend behandelt worden sind.

Als MAF-DAD wollen wir:

– die juristischen Reformen in der Türkei in der EU-Beitrittsphase beobachten. Dabei wollen wir solidarisch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, JuristInnen und MenschenrechtlerInnen in der Türkei zusammen arbeiten;

– in EU-Gremien die Initiative ergreifen und die verantwortlichen PolitikerInnen dafür sensibilisieren, dass Menschen- und Bürgerrechtsnormen nicht von ökonomischen oder sicherheitspolitischen Interessen in den Schatten gestellt werden;

– eine Diskussion in der europäischen Bevölkerung anstoßen, den Dialog zwischen den Kulturen stärken und das Bewusstsein fördern, dass Menschenrechtsverletzungen uns alle angehen;

– Verbrechen gegen die Menschlichkeit und z. B. Kriegsverbrechen gegen KurdInnen juristisch und politisch verfolgen;

– gegen Inseln der Rechtlosigkeit wie Guantánamo und Imralı kämpfen, gegen Isolations- und andere entwürdigende Haftbedingungen vorgehen und gegen die Situation aller Personen, die eine entrechtende Sonderbehandlung erfahren.

Wir wollen es nicht zulassen, dass nach dem 11. September überall auf der Welt Angriffe als Vorwand genutzt werden, um demokratische Errungenschaften wieder abzuschaffen. Ebenso wie in Sicherheit wollen wir in Demokratie leben. Wir lehnen es ab, gegeneinander aufgehetzt und dazu gezwungen zu werden, eine von zwei Seiten zu wählen. Deshalb legen wir Wert darauf, gegen die Antiterrorgesetzgebung als der juristischen Wiederspiegelung dieser Entwicklung vorzugehen und in Europa, der Türkei und Kurdistan in dieser Richtung zu arbeiten.

MAF-DAD

Kurdisch für Recht (**MAF**) und Gerechtigkeit (**DAD**) – wir haben diese Wortkombination gewählt

– in Anlehnung an die Situation des kurdischen Volkes, die von Entrechtung und Unterdrückung geprägt ist;

– aus Achtung für die Forderungen der KurdInnen nach Recht und Gerechtigkeit.

Kontakt:
MAF-DAD
Verein für Demokratie und Internationales Recht e.V.
Postfach 10 24 38
50464 Köln

Tel: 01520 / 7 29 77 94
info@mafdad.org
www.mafdad.org

Als MAF-DAD wissen wir, dass in der Türkei die stattfindenden Kämpfe zur Legitimierung antidemokratischer Verfahrensweisen genutzt werden sollen. Dabei wird versucht, rechtsfreie Gebiete zu schaffen und die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass bestimmten Individuen und Gruppen keinerlei Rechte und Freiheiten zustehen. Mit der Zeit wird dann das ganze Land zu einem Gebiet der Rechtlosigkeit, auf dem die Rechte aller BürgerInnen verletzt werden können. So wird nahezu der Ausnahmezustand zur Regel gemacht. So werden in der Zukunft in der Türkei auch die Sondergesetze, die speziell für die Umsetzung an Abdullah Öcalan erlassen worden sind, innerhalb kurzer Zeit alle BürgerInnen in der Türkei umfassen.



Als MAF-DAD wissen wir, dass ein ähnlicher Mechanismus sich in verschiedensten Ländern wiederholt. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird diskriminierendes Vorgehen gegen einzelne Gruppen später ausgeweitet auf größere Teile der Bevölkerung. Aus diesem Grund möchten wir betonen, dass wir es als Teil unserer Arbeit betrachten, die Lage von KurdInnen in Deutschland zu beobachten. Dabei geht es uns insbesondere um gesetzliche Regelungen und Vorgehensweisen, mit denen die Organisierungs-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie das Recht auf politische Betätigung eingeschränkt werden.

Ein juristischer Kampf erfordert neben theoretischer Arbeit ein praktisches juristisches Vorgehen gegen konkretes Unrecht. Aus diesem Grund wollen wir bestimmte Pilotprozesse beobachten und darüber wachen, in welchem Maße gesetzlich verbriefte Rechte eingehalten werden. Zur Umsetzung unserer Ziele werden wir Konferenzen, Veranstaltungen und Seminare durchführen, Untersuchungsausschüsse gründen oder daran teilhaben und Berichte erstellen. Der juristische Kampf soll mit der Zeit helfen, zu einer Entwicklung in der Gesetzgebung und ihrer Umsetzung zu führen, durch den das Interesse und das Vertrauen in die Forderung nach einem friedlichen Zusammenleben aller Menschen steigt. In diesem Sinne streben wir an, über den juristischen Kampf eine Kultur des Friedens und der Einigung zu fördern.

Dies ist das Selbstverständnis, nach dem wir arbeiten wollen. Wir betrachten dies als Mindesteinsatz, den wir als Individuen leisten können, denen Recht und Menschenrechte wichtig sind. Sie können Ihren Beitrag dazu leisten, indem Sie in unserem Verein mitarbeiten.

Für eine bessere, gerechtere und freie Welt ... ♦



Studierende der Gazi-Universität in Mardin /Kızıltepe bauen eine acht Meter große Taube als Friedenssymbol und zum Zeichen der Geschwisterlichkeit der Völker Foto: DIHA

Breites Organisationsbündnis gegen Ilisu-Staudamm-Projekt

Die Bundesregierung diskutierte am 21. September über die mögliche Unterstützung des umstrittenen Ilisu-Staudamms in der Türkei. Aus diesem Anlass protestierte vor dem Wirtschaftsministerium eine Koalition aus zwölf Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und kurdischen Verbänden.

Sie überbrachten ein Zeichen des Protests vor Ort: 35 000 Menschen aus der Region wenden sich in einem Brief an die Bundesregierung, damit sich diese gegen das Projekt ausspricht. Über 70 Organisationen in der Region des geplanten Ilisu-Staudamms haben sich zusammengeschlossen, um die antike Stadt Hasankeyf zu retten, die den Fluten zum Opfer fällt, wenn der Staudamm realisiert wird.

Der Verlust archäologischer Schätze ist nur eines der zahlreichen Probleme, die mit dem Projekt verbunden sind. „Der Staudamm führt dazu, dass zahlreiche Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren, ohne dafür anständig entschädigt zu werden“, sieht Ute Hausmann von FIAN Deutschland voraus. „Damit verstößt die türkische Regierung gegen internationale Menschenrechtsstandards.“

Neben einer weiteren Destabilisierung der kriegsgeschüttelten kurdischen Region durch die Verelendung Zehntausender befürchten die Organisationen Probleme mit den Nachbarländern. Obwohl die türkische Regierung nach internationalem Recht verpflichtet ist, Syrien und Irak zu konsultieren, hat sie dies nicht getan. Auch die ökologischen Folgen wären weit über die Region hinaus spürbar, der Verlust an Biodiversität wäre irreversibel.

Die Bundesregierung muss zu einer Entscheidung über das Ilisu-Projekt kommen, weil sich die deutsche Baufirma Züblin daran beteiligen will und eine Hermesbürgschaft über 100 Millionen Euro beantragt hat. „Es ist unfassbar, dass die Bundesregierung ernsthaft darüber nachdenkt, dieses Projekt zu unterstützen. Eine Bewilligung der Bürgschaft würde das Signal an alle Staudammbauer der Welt senden, dass Umwelt- und Sozialstandards nicht zählen, wenn es um Geschäfte deutscher Unternehmen geht“, schimpft Regine Richter, Sprecherin der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald*. Auch mit Auflagen an die Staudammbetreiber, wie sie zur Zeit von der Regierung diskutiert würden, könnten die seit Jahren ungelösten Probleme nicht aus der Welt geschafft werden.

Der Ilisu-Damm soll den Tigris im Südosten der Türkei aufstauen. Er soll 1 200 MW Strom erzeugen und wird eine Fläche von 312 km² überfluten. Das Projekt ist seit Jahrzehnten geplant, ein Bürgschaftsantrag wurde bereits

Entwicklungen zum Ilisu-Staudammprojekt und der Proteste von August bis Oktober 2006:

Anfang Oktober

Workshop in Ankara zu Ilisu zwischen drei europäischen Ländern und der Türkei

Die drei Exportkreditagenturen und Vertreter der Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz treffen sich Anfang Oktober in Ankara zu einem großen Workshop zu Ilisu, wo über die Auflagen verhandelt wird. Dieser „Kuhhandel“ soll die letzten ungeklärten Aspekte klären.

Dieser Workshop findet unter Ausschluss von NGOs und der Öffentlichkeit statt.

26.09.2006

Offener Brief an die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz

In einem umfassenden Brief wendet sich dieInitiative zum Erhalt von Hasankeyf an die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz und fordern, dass keine Exportkreditgarantie für Ilisu gegeben wird. Im Falle einer Zustimmung würden die drei Regierungen für alle negativen Folgen genauso wie die türkische Regierung mitverantwortlich sein.

14.-15.09.2006

EvB und vier weitere schweizerische NGOs führen Gespräche mit dem Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft, Jean-Daniel Gerber, und der Außenministerin, Bundesrätin Calmy-Rey

Die NGOs verweisen in den Gesprächen auf die fehlende Übereinstimmung des Ilisuprojekts mit internationalen Standards und dadurch die fehlende Kohärenz des Projekts mit den maßgeblichen Anforderungen an eine Exportrisikogarantie. Das seco warnt, dass der Staudamm sowieso gebaut wird, womöglich durch China, was noch schlimmer wäre. Es wird vorausichtlich eine Exportrisikogarantie der Schweiz unter Auflagen gutheißen.

11.09.2006

Verfahren gegen Gesetz zur Enteignung für das neue Hasankeyf auf der Grundlage eines Notfallgesetzes!

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten und Siedlung hat die Verstaatlichung der Gebiete angeordnet, auf die Hasankeyf verlegt werden soll. Eine entsprechende Bekanntmachung erfolgte am 12. Juli 2006 im Amtsblatt. Die gesetzliche Grundlage ist Artikel 27 des türkischen Umsiedlungsgesetzes. Gemäß lokalen Juristen bezieht sich dieser Artikel jedoch auf Ausnahmezustände und Kriegssituationen. Die Bevölkerung würde schlechter wegkommen als bei anderen Umsiedlungen. Zudem entspricht die Entschädigung nicht den vom Konsortium angekündigten großzügigen Entschädigungen. Auf Veranlassung der Initiative zum Erhalt von Hasankeyf haben vier betroffene Privatpersonen deshalb über die Anwaltskammer von Diyarbakır beim türkischen Gerichtshof Klage eingereicht.

21.-26.09.2006

Reise einer Delegation von VertreterInnen der Exportkreditagenturen und Ministerien aus der Schweiz, Deutschland, Österreich ins Projektgebiet, Begleitung der EvB

Vom 21. bis zum 26. August reiste eine Delegation aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in die Türkei, wobei sie drei Tage im Ilisu-Gebiet verbrachte und Treffen mit lokalen Nichtregierungsorganisationen, Kommunen und Betroffenen hätte. Die Delegation machte sich auch in unangekündigten Besuchen in Dörfern, die durch den Damm überschwemmt werden, ein unabhängiges Bild. Dabei konnten sie feststellen, dass den Betroffenen nur lapidar mitgeteilt worden war, dass sie umsiedeln müssten. Die Menschen waren nicht informiert, dass nur diejenigen entschädigt werden, die Land besitzen. Alle anderen gehen leer aus oder können einen Kredit beantragen. In einigen Dörfern klagten die Menschen über Auseinandersetzungen mit Großgrundbesitzern, denen die Landtitel gehören und die sie nicht an die Bevölkerung abgeben wollen, die das Land jedoch schon seit Jahrhunderten bebauen. Die Delegation beschäftigte sich auch mit der Landfrage für die Umsiedlung, das nicht ausreichend vorhanden ist, sowie den ökologischen und kulturellen Auswirkungen des Baus des Reservoirs. Das

2001 diskutiert. Damals jedoch zerbrach das Konsortium an den ökologischen und sozialen Problemen. „Im Wesentlichen hat sich an dem Projekt seit damals nichts geändert", so Heike Drillisch von Weed. „Wir haben alle Probleme genau dokumentiert und der Bundesregierung vorgetragen. Wenn sie ihr eigenes Versprechen, auf die Einhaltung internationaler Standards zu achten, nicht einlöst, tragen wir unseren Protest eben auf die Straße." An dem Protest beteiligen sich neben WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung), urgewald und FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) auch der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die Internationalen Ärzte für die Verhinderung des Atomkriegs (IPPNW), International Rivers Network (IRN) sowie die kurdischen Organisationen ISKU (Informationsstelle Kurdistan), YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland), YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan), die Kurdistan AG der FU Berlin und der Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland und Europäischen Sektionen (ZAVD). Sie wurden unterstützt von mehreren tausend Menschen in Deutschland, die sich mit ihrer Unterschrift gegen das Projekt ausgesprochen haben.

(Quelle: Presseerklärung des Organisationsbündisses)



Protest vor Euler Hermes in Hamburg Foto: Bender

Fazit der Delegation war sehr gemischt: Einerseits waren die meisten von den Schicksalen der lokalen Gesprächspartner und der Kritik der NGOs sehr betroffen. Andererseits schienen sie auch den Reden der türkischen Behörden zu glauben, die versicherten, ohne den Ilisudamm werde die Türkei ihre Energieprobleme nicht in den Griff bekommen. Die türkischen Behörden setzen alles daran, die Treffen der Delegation mit NGOs und der lokalen Bevölkerung zu unterwandern. So wurden angebliche Massendemonstrationen im friedlichen Hasankeyf erfunden, der Reiseplan fortlaufend geändert und Besuche bei staatlichen Gouverneuren eingestreut, um die Zeit der Delegation mit Betroffenen zu limitieren.

17.08.2006
Menschenrechtsgerichtshof nimmt Klage an

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat am 17. August 2006 die Klage von fünf verschiedenen Personen gegen den Ilisu-Staudamm angenommen. Im vergangenen März hatten der Herausgeber der Zeitschrift Atlas, Özcan Yüksek, der Archäologe und frühere Ausgrabungsleiter von Hasankeyf, Prof. Oluş Arık, die Architektin Zeynep Ahunbay und der Rechtsanwalt Dr. Murat Cano Klage sowohl vor türkischen Gerichten als auch beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gegen die Zerstörung der antiken Stadt Hasankeyf eingereicht. Sie fordern, dass Hasankeyf nach der Europäischen Konvention zum Schutz des kulturellen Erbes an seinem natürlichen Platz erhalten werden muss. Neben der türkischen Regierung sind auch Österreich, die Schweiz und Deutschland beklagt, sollten sie mit Exportkreditversicherungen zum Bau des Ilisu-Staudamms beitragen.
Ein anderes älteres Verfahren gegen den Ilisu-Staudamm läuft bereits seit 1999 vor türkischen Gerichten, worüber immer noch nicht entschieden wurde.

05.08.2006
Offizielle Grundsteinlegung für Ilisu-Damm

Die Türkei versucht, Fakten zu schaffen. Am 5.8.2006 fand die offizielle Grundsteinlegung für den Ilisu-Staudamm unter Beteiligung des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan statt. Nach seiner Aussage sind die technischen und finanziellen Probleme des Projekts gelöst, obwohl dies ganz offensichtlich nicht der Fall ist. In seiner Rede vor 1000 Anwesenden erwähnte er die für den Staudamm nötige Umsiedlung zehntausender Menschen mit keinem Wort.
Zuvor schon begannen erste vorbereitende Baumaßnahmen: Ein Bürogebäude für Nurol sowie ein Hubschrauberlandeplatz wurden in der Nähe der Stadt Dargeçit errichtet. So wird das Projekt vorangetrieben, ohne dass es überhaupt eine rechtliche Grundlage hat, da der Rat zum Schutz von kulturellen und natürlichen Werten von Diyarbakır seine Zustimmung bisher nicht gegeben hat, d. h. den Denkmalschutz von Hasankeyf und den anderen 288 archäologischen Stätten nicht aufgehoben hat. Dieser Rat hat Anfang Juni beschlossen, ein wissenschaftliches Komitee einzurichten, das über den Staudammbau entscheiden soll.
Trotz großer Mobilisierungsmaßnahmen nahmen gerade mal 1000 Menschen an der Veranstaltung teil. Fahrzeuge transportierten vor allem staatliche Milizen (sog. Dorfschützer) aus verschiedenen Provinzen nach Ilisu.

04.08.2006
Grosse Proteste in Hasankeyf

Die „Initiative zum Erhalt von Hasankeyf" hat am 4.8.2006 aus Anlass der angekündigten Grundsteinlegung mit einem Konzert und einer Pressekonferenz den Widerstand der Bevölkerung gegen das Projekt öffentlich gemacht. Acht bis zehntausend Menschen, darunter dutzende NGOs und Bürgermeister der betroffenen Region, protestierten gegen die Grundsteinlegung des Ilisu-Staudamms. Die Proteste stießen auf großes Medienecho: Von CNN Türk über die ARD-Tagesthemen bis zur BBC und vielen Zeitungen und Radiosendern in Österreich, der Schweiz und Deutschland berichteten zahlreiche Medien über die mit dem Staudamm verbundenen Probleme und den Protest dagegen.

USA/Türkei/Irak vereint gegen PKK – KKK verkündet einseitigen Waffenstillstand

Auslieferungsersuchen aus der Türkei nehmen zu

Monika Morres, Azadî e.V.

Zum 1. Oktober 2006 verkündete die KKK einen einseitigen Waffenstillstand, den fünften seit 1993, nachdem zuvor Abdullah Öcalan die USA und EU dazu aufgerufen hatten, den erneut proklamierten Friedensprozess der kurdischen Freiheitsbewegung zu unterstützen oder „zumindest nicht zu behindern“. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan meinte, „ohne zwingenden Grund“ werde es künftig keine militärischen Operationen mehr geben. Anders hingegen der Generalstabschef Yaşar Büyükanıt. Für ihn gebe es nur einen einzigen Ausweg, nämlich den, dass die PKK die Waffen bedingungslos niederlegt und sich der türkischen Justiz stellt. Die Streitkräfte würden ihren Kampf gegen den Terror so lange fortsetzen, „bis es keinen einzigen bewaffneten Terroristen mehr gibt.“ Erdoğan hat sich, der Strategie der Militärs folgend, bei seinem Besuch in Washington der Unterstützung der USA beim „Kampf gegen den Terrorismus“ versichert. Präsident Bush: „Sie werden in Kürze sehen, wie entschlossen wir in dieser Sache sind.“

Generäle im Anti-PKK-Kampf

Wie wir in unserem *infodienst* von Juli/August berichteten, hat die Türkei erklärt, ihre Zusammenarbeit mit den USA und Irak zur Bekämpfung der PKK intensivieren zu wollen. Hierzu sollten hochrangige Personen als Koordinatoren benannt werden. Dieser Prozess ist inzwischen abgeschlossen. Für die Türkei wird diese „Arbeit“ Dr. Halit Edip Başer, Ex-General und heutiger Vorsitzender des „Europäisch-asiatischen Zentrums für strategische Forschung“ (ASAM), des wichtigsten Think-Tanks des türkischen Militärs, übernehmen. Bei dem von der irakischen Regierung benannten „Sonderkoordinator“ handelt es sich um den sunnitischen General Amir Amet Hassun. Die USA entschieden sich für den ehemaligen NATO-Oberkommandierenden, Ex-General Joseph Ralston. Aus Anlass seines Besuches in Ankara am 13. September, wurde diesem eine Liste überreicht mit den Namen von 150 Personen, deren Auslieferung die Türkei wünscht. Damit will die Türkei einer Meldung des TV-Senders CNN Türk zufolge die Ernsthaftigkeit der USA testen, mit dem neu eingerichteten Koordinationsmechanismus tatsächlich gegen die PKK vorzugehen.

Die Liste der 150 Geächteten

Eine derartige Liste mit der magischen Zahl 150 spielte schon einmal eine Rolle. Im Dezember 2001, wenige Monate nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York und im Zuge von Anti-Terror-Hektik und Übereilgesetzen, übergab der seinerzeit amtierende türkische Innenminister Rüştü Kazım Yücelen seinem deutschen Amtskollegen Otto Schily (SPD) einen Steckbrief mit den Namen von mehrheitlich kurdischen Oppositionellen, deren politische Verfolgung bzw. Auslieferung die Türkei einforderte. Darunter sollen sich auch 33 Abgeordnete des *Kurdischen Exilparlaments* befunden haben. Dieter Wiefelspütz, Mitglied des Bundestagsinnenausschusses, kommentierte die Listenübergabe gegenüber der Tageszeitung „Welt am Sonntag“, Schily habe mit der Türkei vereinbart, die PKK künftig systematisch als „kriminelle“ Vereinigung zu verfolgen, weil dies innenpolitisch praktikabler sei als eine Einstufung der Organisation als „terroristische“ Vereinigung.

Muzaffer Ayata und Riza Erdoğan verhaftet

Die jüngsten Verhaftungen namhafter kurdischer Politiker, Muzaffer Ayata und Riza Erdoğan, denen die Anklage Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ Vereinigung (§ 129 StGB) vorwirft, spiegelt den Willen Deutschlands wieder, die politische Verfolgung kurdischer Aktivist(inn)en fortzusetzen. Einerseits ist es die business-as-usual-Haltung der Behörden: Man arbeitet systematisch die Haftbefehle ab, sichert sich auf diese Weise den Arbeitsplatz, das Einkommen und die Daseinsberechtigung. Die Politik entzieht sich mit Verweis auf das bestehende Verbot der Notwendigkeit einer intensiven und ernsthaften Auseinandersetzung mit den Hintergründen eines schon so lange anhaltenden Konfliktes und delegiert die „Lösung“ der Einfachheit halber an die Strafverfolgungsbehörden, die Geheimdienste und Gerichte. Diese rückwärtsgewandte und beharrlich angewandte Kriminalisierungspraxis dient dem Ziel, die kurdische Bevölkerung einzuschüchtern und sie von einer politischen Betätigung abzuhalten, die möglicherweise auch eine Kritik an der deutschen Politik und den deutsch-türkischen Beziehungen beinhalten könnte. Die Verhinderung politischer Organisierung und Zerschlagung von Organisationen hat eine lange deutsche Tradition, mit der auch die kurdische Bevölkerung seit Jahren konfrontiert ist. Verhaftungen politisch aktiver Kurdinnen und Kurden zählen naturgemäß dazu, um auf diese Weise den Organisationen und ihrer Basis die „Köpfe“ zu entziehen in der Hoffnung, deren personale und politische Kapazität minimieren zu können.

OLG Celle verurteilt Halil Dalkılıç zu drei Jahren Haft

Deshalb war auch der Ausgang des Prozesses gegen den Journalisten und Politiker Halil Dalkılıç wenig überraschend. Das Oberlandesgericht (OLG) Celle verurteilte ihn am 11. Oktober 2006 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Damit folgte das Gericht weitestgehend der Bundesanwaltschaft (BAW), die 3 Jahre und 3 Monate gefordert hatte. Halil Dalkılıç soll – laut BAW – von Anfang 2000 bis zu seiner Verhaftung im Oktober 2005 als „Rädelsführer von PKK/KONGRA-GEL" für den gesamten Wirtschafts- und Finanzbereich der Organisation in Europa verantwortlich gewesen sein und sich in dieser Funktion an einer „kriminellen Vereinigung" beteiligt haben. Den gesamten von der BAW behaupteten Zeitraum seiner Aktivitäten hat das Gericht zwar nicht als bewiesen gesehen, doch blieb es letztlich bei der bisher in nahezu allen OLG-Verfahren gängigen Bewertungspraxis, die Halil Dalkılıç auch in seinen Erklärungen mehrfach kritisierte. Die fundamentalen Veränderungen in der kurdischen Freiheitsbewegung würden weder wahrgenommen noch gründlich analysiert. Man sei in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts stehen geblieben und halte an der Behauptung fest, weder die Kurden noch die Bewegung hätten sich gewandelt. Dabei befinde sich kein Staat oder keine gesellschaftliche Kraft mehr in der Position von vor 10, 15 Jahren. Das betreffe selbstverständlich auch die Kurden: „Weder folgen sie diesem Denken noch bemühen sie die damaligen Kampfmethoden." Deshalb entbehre es „jeglicher Objektivität", wenn die Anklagebehörden bei ihrer Definition blieben und der kurdischen Bewegung das Festhalten an alten Dogmen vorwürfen. Er glaube, der Generalverdacht gegenüber den Kurden als „kriminelle Gemeinschaft" und das „Vorenthalten von Rechten" sowie die „Isolierung von legalen kurdischen Institutionen mittels polizeilicher oder anderweitiger Maßnahmen" habe nicht nur der kurdischen Gemeinschaft, sondern auch der Integrationspolitik „schweren Schaden" zugefügt. Es gehe zudem völlig an der Realität vorbei, wenn behauptet werde, Spenden würden mehrheitlich an die Guerilla in Kurdistan gehen. Dafür werde nicht einmal „der geringste Beweis" angeführt. Das Spendenaufkommen diene vielmehr sozialen, kulturellen, diplomatischen und institutionellen Aktivitäten.

Die gegen die Kurden in Deutschland gerichteten repressiven Maßnahmen würden – so Dalkılıç – zu einer Vertiefung der Integrationsprobleme der Kurden führen. Zudem zielten sie darauf ab, „der kurdischen Gesellschaft die Organisierung als moderne Gemeinschaft mit kulturellen und sozialen Werten zu verwehren".

In seiner Schlusserklärung verwies Halil Dalkılıç darauf, dass er nie sein „Interesse" und seine „Anteilnahme an den Aktivitäten der kurdischen Presseinstitutionen" habe abreißen lassen. Im Falle seiner Freilassung wolle er sich weiterhin dem Journalismus widmen.

Die Verteidigung wird nach Vorliegen des schriftlichen Urteils entscheiden, ob sie gegen das OLG-Urteil in Revision geht.

Auslieferungsersuchen aus der Türkei nehmen zu

Die in letzter Zeit von der Türkei vermehrt beantragten Auslieferungen von ihr unliebsamen Exiloppositionellen müssen auch als ein Instrument der Repression und Einschüchterung betrachtet werden. Hierbei drängt sich der Eindruck auf, dass der Datenaustausch zwischen den deutschen und türkischen Behörden, der in Strafsachen seit Jahren gang und gäbe ist, auf die Asylverfahren von als politisch anerkannten Flüchtlingen ausgeweitet wird. Der Staat will sich auf diese Weise wohl derjenigen Personen entledigen, deren Abschiebung bisher Hindernisse entgegenstanden. Die Initiative wird der Türkei überlassen und Deutschland leistet die Handlangerarbeit. Entscheidend wird sein, ob deutsche Gerichte diesen Auslieferungsanträgen nachkommen und politisch verfolgte Menschen aus der Türkei, die dort aus politischen Gründen zum Teil jahrelang inhaftiert waren, tatsächlich an den Verfolgerstaat ausliefern. Bisher haben sich nach unserer Kenntnis die Gerichte – mit Ausnahme des nachfolgend geschilderten Falles – geweigert, derartigen Ersuchen stattzugeben.

Der Fall des „Kalifen von Köln" war ein Exempel, das im Jahre 2004 mit der Auslieferung von Metin Kaplan an die Türkei statuiert wurde, wohl wissend, dass die Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt wenig Bedenken gegen die Auslieferung eines Islamisten äußern würde. Also konsultierte Innenminister Schily mehrere Male die türkische Regierung, um mit ihr die Modalitäten einer Rückführung zu vereinbaren. Ihm genügte die Zusage, man wolle Kaplan in der Türkei ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren garantieren. Deutsche Gerichte sahen das jedoch anders und entschieden gegen eine Auslieferung, insbesondere auch deshalb, weil Aussagen von Gefangenen gegen Metin Kaplan offensichtlich unter Folter gemacht worden waren, auf die sich aber die Türkei berief, um dessen Auslieferung zu erwirken. Das Beharren des Innenministers auf einer Auslieferung zahlte sich letztlich aus: Kaplan wurde abgeschoben. Ein Präzedenzfall war geschaffen. So wenig uns mit einem Metin Kaplan und seinen Vorstellungen etwas verbindet, so sehr sind und waren wir der Auffassung, dass an den Staat Türkei niemand ausgeliefert werden darf.

Dr. Remzi Kartal: Versuchte Auslieferung

Der nächste Versuch der Türkei, eines ihr unliebsamen kurdischen Politikers habhaft zu werden, richtete sich gegen den stellvertretenden KONGRA-GEL-Vorsitzenden, Dr. Remzi Kartal. Er wurde am 22. Januar 2005 in Würzburg fest- und in Auslieferungshaft genommen. Sein damaliger Verteidiger hatte die vom 14. Gerichtshof für Schwerstkriminalität in Istanbul genannten Vorwürfe als „geradezu abenteuerlich" und „sämtlich unbegründet" bezeichnet. Die Türkei hatte behauptet, der frühere Abgeordnete der *Demokratiepartei*, DEP, sei mitverantwortlich für angeblich geplante Bombenanschläge der *Volksverteidigungskräfte* (HPG). Dr. Kartal, Parlamentskollege von Leyla Zana, musste 1994 wegen politischer Verfolgung das Land verlassen und wurde Anfang 1995 in Belgien als politischer Flüchtling anerkannt.

Die Richter des Oberlandesgerichts (OLG) Bamberg werteten die von der Türkei vorgelegten Auslieferungsunterla-

gen als „in einem solchen Maße unzureichend und „widersprüchlich", dass sie sich außerstande sahen, einer Auslieferung zuzustimmen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und Dr. Kartal konnte am 1. März 2005 das Gefängnis verlassen.

Ziel: Verfolgte zurück

Dessen ungeachtet sah sich die Türkei weiterhin ermutigt, gegen kurdische (und türkische) Oppositionelle vorzugehen. Die USA entsprachen aus politisch-strategischem Interesse dem Wunsch der Türkei und setzten die PKK auf ihre „Terror"-Liste. Die EU folgte dem Beispiel im Mai 2002 und zwei Jahre später tauchte auch der KONGRA-GEL kurz nach seiner Gründung auf der EU-Liste „terroristischer" Vereinigungen auf. Sind die USA trotz gemachter Zusagen bislang nur zögerlich gegen PKK/KONGRA-GEL oder HPG (*Volksverteidigungskräfte*) vorgegangen, will die Türkei durch Schaffung der „Spezialkoordination" diesen Prozess nunmehr vorantreiben.

Das hat naturgemäß auch Auswirkungen auf die Kurden-Politik der EU, insbesondere in Deutschland, wo der Anteil der kurdischen Bevölkerung der höchste in der EU ist. Schon seit langem fordern die USA aus geostrategischen Gründen die Aufnahme der Türkei in die EU. Das hat seinen Preis, der auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird, die in den europäischen Ländern Schutz gesucht haben vor politischer Verfolgung und nun an ihren Verfolgerstaat ausgeliefert werden sollen.

Anhängige Auslieferungsverfahren

Nachfolgend schildern wir vier Beispiele, in denen Oberlandesgerichte darüber entscheiden müssen, ob eine Auslieferung der Betroffenen an die Türkei rechtlich zulässig ist.

Beispiel 1: Dervis Orhan

Nach einer Woche in Haft in der JVA Berlin-Moabit kam der Kurde Dervis Orhan am 19. September wieder auf freien Fuß.

Am 13. September 2006 wurde Orhan von Polizisten in seiner Wohnung verhaftet. Die Beamten hatten ihm erklärt, dass sie einen von der türkischen Justiz ausgestellten Haftbefehl mit einem entsprechenden Auslieferungsbegehren vollstrecken. Dieser Haftbefehl bezieht sich auf das gleiche Urteil, das ein Grund für die Anerkennung Orhans als Asylbewerber in Deutschland ist. Ein Istanbuler Gericht hatte Orhan wegen Mitgliedschaft in der verbotenen *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) zu lebenslanger Haft verurteilt.

Eine Haftpause aus gesundheitlichen Gründen nutzte Orhan 2003 zur Flucht nach Deutschland, wo er im vergangenen Jahr als politischer Flüchtling anerkannt worden ist, weil ihm in der Türkei politische Verfolgung drohe. Wie die Rechtsanwältin Jutta Hermanns ausführt, stehe einem Auslieferungsverfahren trotz Asylanerkennung nichts im Wege. Dies sei in § 4 des Asylverfahrensgesetzes so geregelt: „Das hat zur Folge, dass Menschen, die in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung suchen, in den Verfolgerstaat zurückgeschickt werden können." In den letzten zwei Jahren hat die Türkei mehrere Auslieferungsanträge gegen in Deutschland lebende anerkannte Asylbewerber gestellt, die jedoch bis jetzt von deutschen Gerichten durchweg verworfen worden sind.

Orhans Anwalt, Thomas Moritz, erklärte, dass das gegen seinen Mandanten von einem Militärgericht gefällte Urteil im Widerspruch stehe zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Deshalb habe für Orhan keine akute Abschiebegefahr bestanden. Schlimmer wertete er, dass der Kurde aufgrund seiner neunjährigen Inhaftierung in der Türkei schwere psychische Schäden davongetragen habe, weshalb er in Berlin im Zentrum für Folteropfer behandelt worden sei. Die erneute Haftzeit in der JVA Moabit habe seinen Gesundheitszustand wieder verschlechtert. „Es ist ein Unding, dass ein haftunfähiger Mensch fast eine Woche teilweise gefesselt festgehalten wird", so Thomas Moritz.

Auf Nachfrage erklärte der Pressesprecher des Kammergerichts, Michael Grunwald, ein Arzt habe die vorläufige Haftfähigkeit bescheinigt. Aufgrund einer von der Generalstaatsanwaltschaft veranlassten Prüfung sei dann jedoch Haftunfähigkeit festgestellt und der 37-Jährige freigelassen worden.

(Azadî/taz Berlin lokal, 21.9.2006)

Beispiel 2: Memet Taskali

Am 30. August wurde Memet Taskali aufgrund eines Auslieferungsantrages der Türkei in Frankfurt/M. von der Polizei festgenommen, einen Tag später dem Haftrichter vorgeführt und verhaftet. Nach Angaben seines Anwalts, Berthold Fresenius, war unter dem 15.6.2006 ein durch das 11. Hohe Gericht in Ankara ausgestellter Haftbefehl erlassen worden. Danach wird Taskali vorgeworfen, als Mitglied der PKK dem kurdischen Exilparlament angehört und im Jahre 1995 und 1998 „terroristische" Aktivitäten ausgeübt zu haben. Konkrete strafrechtlich relevante Vorwürfe gibt es nicht. Sie beziehen sich ausschließlich auf seine Tätigkeit als Parlamentarier. „Die Türkei versucht damit, auch legale politische Meinungsäußerungen zur kurdischen Frage mit dem Stigma des Terrorismus zu belegen und diese Personen über das Auslieferungsrecht in der Türkei in Haft zu nehmen", so Fresenius. In der Interpol-Mitteilung sei angegeben worden, dass die Höchststrafe für dieses Delikt 22 Jahre und 6 Monate betragen würde. „Legale Meinungsäußerungen in Europa dürfen nicht dazu führen, dass dies zu langjährigen Haftstrafen in der Türkei führt und europäische Regierungen die Türkei bei diesem Ansinnen unterstützen."

(Azadî/RA-Stellungnahme v. 6.9.2006)

Beispiel 3: Siraç Ö.

Am 14. September wurde Siraç Ö. in Saarbrücken fest- und in Auslieferungshaft genommen. In seinem Fall hat das damalige *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* 2003 bei dem Kurden Abschiebungshindernisse gemäß § 51 Abs. 1 Ausländergesetz zuerkannt, weil er bei Rückkehr in die Türkei mit Misshandlung oder Folter zu rechnen habe. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes von 2002 ist der Betroffene in der Türkei wegen Artikel 125 des türkischen Strafgesetzbuches zur ständigen Fahndung ausgeschrieben. Die Behörden werfen ihm Unterstützung der PKK vor und beziehen sich hierbei auf angeblich gemachte Aussagen von mutmaßlich in bestimmte Straftaten verwickelten Aktivisten, die als „flüchtige Angeklagte" auf der Suchliste der türkischen Behörden geführt werden.

(Azadî)

Es ist offensichtlich, dass Ehrenmorde nicht nur ein kurdisches Problem sind

Ehrenmorde und Nationalismus

Dr. Handan Çağlayan

Seit geraumer Zeit stehen in der Türkei Ehrenmorde auf der Tagesordnung. Dieses Interesse ist wichtig, um auf die Frauenmorde mit „Ehren"-Motiv aufmerksam zu machen und somit eventuell Präventionsmaßnahmen entwickeln zu können.

Aber wir sehen, dass das Interesse an „Ehrenmorden" mit dem am Nationalismus ineinandergreift. Das wiederum führt dazu, dass das Problem verdreht wird und als Instrument des Nationalismus dient. Auf diese Weise über Ehrenmorde zu debattieren kann, statt zur Lösung beizutragen, das Problem verkomplizieren. Ein Teil dieser Komplikation besteht in der Begrifflichkeit „Ehre" oder „Sitte". Die zur Untersuchung des Problems einberufene parlamentarische Untersuchungskommission hat lange darüber diskutiert, ob es „Ehrenmorde" oder „Sittenmorde" seien. Diese Untersuchung ergab kein konkretes Ergebnis. Die Kommission kam lediglich zu dem Schluss, Ehrenmorde ließen sich nicht auf eine bestimmte Region der Türkei begrenzen. In allen Provinzen des Landes, allen voran in der Schwarzmeerregion, stößt man auf sie.

Trotzdem war die Zahl derjenigen, die Ehrenmorde mit kurdischen Sitten zu erklären versuchten, nicht gering. So schrieb der Chefredakteur der Tageszeitung Hürriyet, Ertuğrul Özkök, in seiner Kolumne, die Ehrenmorde seien kein Problem der Türkei, sondern ausschließlich ein kurdisches. Özkök zufolge würden sie von Kurden begangen und die Europäer sollten endlich erkennen, dass dies die eigentliche kurdische Frage darstelle. Diese Sichtweise Özköks war sowohl rassistisch als auch separatistisch. Denn er identifizierte die Ehrenmorde, die ihre kulturelle Verbreitung vor allem im Mittleren Osten und in der Türkei finden, nur mit den Kurden. Außerdem separierte er den Osten und Südosten der Türkei, in denen die Kurden leben, vom Rest des Landes. Özkök hatte diese Kolumne nicht geschrieben, um sich mit den Gründen für die Ehrenmorde auseinanderzusetzen, diese Morde zu hinterfragen und Lösungen zu erarbeiten, sondern so, als wolle er die Kurden zu den „anderen" erklären. Diese Art der Annäherung ähnelt sehr der lange Zeit im Westen herrschenden. Auch dort wurde behauptet, dass die Ehrenmorde aus östlichen Kulturen und/oder der islamischen Kultur resultierten. Somit hat man zum einen den Osten zur Fremde erklärt und zum anderen die Gewalt gegen Frauen in den eigenen Gesellschaften völlig ausgeblendet.

Realität ist doch aber, dass Frauen überall auf der Welt Gewalt erfahren und ermordet werden durch diejenigen, die in Frauen ihr Eigentum sehen. Das sind manchmal „Liebes"morde, „Ehren"morde oder Morde aus Eifersucht. Auch hinter Ehrenmorden steckt die Sichtweise, die Frauen seien Symbol für die Ehre oder Würde des Mannes, der Familie und der Gesellschaft. Die Ethnologin Germaine Tillion legte in ihrer auf langjährigen Recherchen im Mittelmeerraum beruhenden Studie „*Le Harem et les Cousins*" (1966) offen, dass Ehrenmorde auch bei Christen und Juden vorkommen und es folglich ein Fehler sei, diese nur mit dem Islam in Verbindung zu bringen. Es ist falsch, die Ehrenmorde auf eine bestimmte Ethnizität oder Kultur zu reduzieren. Dies räumt keineswegs aus, dass dieses Faktum unter manchen Voraussetzungen die Ehrenmorde vereinfacht oder fördert.

Folglich werden Frauen nicht Opfer, weil sie Türkinnen, Kurdinnen, Araberinnen oder Italienerinnen sind, sondern sie werden Opfer in dem Maße, in dem sie patriarchalischer Belagerung ausgesetzt sind. Wenn in letzter Zeit Ehrenmorde überwiegend aus kurdischen Gebieten an die Öffentlichkeit gelangen, darf die Annäherung nicht die sein, in rassistischer Manier Kurden zu kriminalisieren, sondern vielmehr zu versuchen, die materiellen Ursachen dafür zu erfassen. Es ist überhaupt nicht schwer, Gründe in der Wahl des politischen Systems der Türkei, im in der Region stattfindenden Krieg und in der Militarisierung zu finden.

Die Kultur der weitläufigen Familien und Sippen als Hauptbestandteile des klassischen Patriarchats bewahrte sich weitgehend in der kurdischen Gesellschaft. Es ist auffällig, dass sie sich dort noch weiter hält, während in der Türkei die kapitalistische Entwicklung und die Modernisierung allgemein vorkapitalistische Strukturen abgebaut haben. Politische Faktoren waren hierbei bestimmend. Die Integration der Region in das Mehrparteiensystem wurde über die Sippen vollzogen (D. McDowall (1997), *A Modern History of the Kurds*, I. B. Tauris, London, NY). Diese Art der Politik, die dazu dient, die Kurden mittels Familien- und Sippentradition unter Kontrolle zu halten, hat auch dazu beigetragen, dass die patriarchalische Kultur, in der die

Die Kultur der weitläufigen Familien und Sippen als Hauptbestandteile des klassischen Patriarchats bewahrte sich weitgehend in der kurdischen Gesellschaft.

Frauen als Symbol der Familienehre gesehen werden, bis heute fortdauern konnte. Das jüngste Beispiel für die Kooperation des Regimes mit regionalen konventionellen Strukturen, die auf ihre Art das Patriarchat reproduziert, ist das „Dorfschützersystem". Ferner sollte noch berücksichtigt werden, dass die zwanzigjährige Gewaltphase und vor allem die Zwangsvertreibung und –flucht dazu beigetragen haben, dass die genannten Eigenschaften der patriarchalischen Kultur sich verfestigen konnten. Das alles zeigt, dass die Gewalt, der die kurdischen Frauen ausgesetzt sind, nicht ethnisch verwurzelt, sondern durch die sozioökonomischen, kulturellen und politischen Faktoren, die sie belasten, zu erklären ist.

Entgegen dieser objektiven Situation das Problem der kurdischen Kultur anzulasten, wie es der Journalist Özkök getan hat, ist ein klarer Beleg für Nationalismus. Aber der nationalistische Einfluss auf die Ehrenmorde ist nicht nur auf den türkischen Nationalismus, welchen Özkök vertritt, begrenzt. Es ist unmöglich, auch den Einfluss kurdischer nationalistischer Annäherungsweisen zu übersehen. Ein weiteres Manko, auf das hingewiesen werden sollte, ist die Ignoranz kurdischer Kreise, von denen eigentlich Aufmerksamkeit gegenüber den Frauenmorden zu erwarten wäre. Sie legen eine ähnliche Haltung an den Tag wie die Menschen aus dem Osten, die sich durch Hinwegsehen zu den „anderen", nicht Betroffenen, erklären. So haben die politischen Kreise in überwiegend von Kurden bewohnten Städten wie Batman und Diyarbakır die Ehrenmorde lange Zeit ignoriert. Es wurde nicht für notwendig erachtet, über die Erklärungen von Frauenorganisationen hinaus dazu öffentlich Stellung zu beziehen. Als dann diese Situation überwunden wurde und entsprechende Äußerungen folgten, fehlte es an Verantwortungsbewusstsein. Sie sind noch immer weit von einer radikalen und klaren Haltung gegen die gezielte Gewaltanwendung gegen Frauen entfernt. Die wenigen Artikel einiger kurdischer Intellektueller und Politiker zu diesem Thema fielen in diesem Sinne aus. So war z. B. der Internetseite von *Köxüz* zu entnehmen, dass es notwendig sei, einen effektiven Kampf gegen Ehrenmorde zu führen, weil diese dem Ansehen der Kurden international schadeten. Hier scheint die eigentliche Sorge weniger den getöteten Frauen zu gelten, sondern vielmehr dem geschädigten kurdischen Prestige. Ein anderer Artikel in der Tageszeitung *Gündem* hingegen brachte zur Sprache, dass die Gewaltrate gegen Frauen in Ankara und Istanbul höher sei als in Diyarbakır, aber die Fernsehprogramme in der Türkei absolut im Unklaren ließen, wer denn eigentlich mit welcher Absicht Täter sei. Auf diese Weise wurde angedeutet, die Kurden seien doch ehrenvoller.

Es ist offensichtlich, dass Ehrenmorde nicht nur ein kurdisches Problem sind. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass sie in Batman, Diyarbakır, Urfa, Mardin geschehen, und enthebt nicht der Notwendigkeit, den Kampf dagegen aufzunehmen. Wann zeigen die politischen Parteien, demokratischen Plattformen, unterschiedlichsten Institutionen, die seit Jahren gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Region geduldig Widerstand leisten, den Kampf um Gleichheit, Freiheit und Demokratie führen, die von ihnen erwartete Aufmerksamkeit gegenüber den Ehrenmorden?

Können die Tatsachen, dass Armut die Gewalt gegen Frauen steigert, Flucht die Familienverhältnisse auf den Kopf stellt, dass der Kampf gegen die Armut beim Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen unumgänglich ist und der Staat wirksame Maßnahmen zur Behebung dieser Situation unternehmen muss, eine Rechtfertigung für die Ignoranz gegenüber den Frauenmorden in den kurdischen Provinzen darstellen? Warum beweisen die kurdischen Politiker, Intellektuellen, Menschenrechtsverteidiger ihre Entschlossenheit nicht auch gegenüber den Ehrenmorden?

> Warum beweisen die kurdischen Politiker, Intellektuellen, Menschenrechtsverteidiger ihre Entschlossenheit nicht auch gegenüber den Ehrenmorden?

Ein Grund hierfür könnte in dem Anfang der 20er Jahre von nationalistischen kurdischen Intellektuellen oft verwendeten Mythos liegen, kurdische Frauen seien im Vergleich zu den Nachbargesellschaften freier und könnten sogar Führungspositionen einnehmen. Die Quellen für Thesen wie „Die Kurden würdigen ihre Frauen, die Frauen sind frei" gehen auf Beobachtungen von Missionaren und Reisenden ab dem 17. Jahrhundert zurück. Diese sind begrenzt auf einen bestimmten historischen Zeitraum und auf die nomadische Sippenkultur, in der die Frauen wirklich freier waren, und Frauen in Führungspositionen stammten aus der herrschenden Klasse. Dieser enge Rahmen wurde im 19. Jahrhundert von nationalistischen kurdischen Intellektuellen zu einem Teil der kurdischen Identität verallgemeinert und oft verwandt, was somit für die Entstehung der Behauptung von den „freien und führenden kurdischen Frauen" sorgte.

Dieser Mythos blieb unangefochten bis zum Postulat der in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts entstandenen neuen kurdischen Bewegung, die kurdische Frau sei „die Sklavin des Sklaven". Wir finden noch immer den Einfluss dieses Mythos, wenn die kurdischen politischen „Männer" mit ihrer intellektuellen Nahrung aus der Zeit vor den 80er Jahren oft erzählen: „Die kurdischen Frauen werden sehr gewürdigt." Während sie so abstrakt reden, fallen kurdische Frauen, so wie Frauen anderer Regionen, Ehrenmorden zum Opfer.

Auch wenn nach den 80er Jahren ein neues Paradigma entwickelt wurde, lässt sich kaum behaupten, es würde auch im Alltag seine Umsetzung finden. Die Diskrepanz zwischen der ideologischen Ebene und dem gesellschaftlichen Leben wurde nicht durch gezielte Politik aufgehoben, die Diskriminierung und die Gewalt, der die Frauen ausgesetzt sind, fanden nicht auf die politische Tagesordnung. Das zeigt die fehlende Sensibilität pro-kurdischer Institutionen zum Thema. Dieses Schweigen gegenüber den Frauenmorden, das die Freiheit und das Recht auf Leben von Frauen raubt, überschattet den aktuellen Kampf in der Region für Gleichheit, Freiheit und Menschenrechte. ♦

Dr. Handan Çağlayan ist Kolumnistin der Tageszeitung *Özgür Gündem* und Mitarbeiterin der Frauenkooperative gegen Gewalt (Kirkoruk)

Nachruf des Parteirats der PKK auf Murray Bookchin (14.1.1921-30.7.2006)

„Bookchin wird in unserem revolutionären Kampf weiterleben“

Abgedruckt am 26. August 2006 in *Ülkede Özgür Gündem*



Murray Bookchin Foto: Özgür Gündem

Murray Bookchin, einer der größten Sozialwissenschaftler des 20. Jahrhunderts, ist tot. Anlässlich des Todes dieses bedeutenden Denkers sprechen wir seinen Angehörigen und Kampfgefährten unser Beileid aus. Sein Denken, sein Kampf und seine Leidenschaft für die Freiheit werden im Kampf der Menschheit für Freiheit und Demokratie weiterleben.

Die Menschheit wird sich stets dankbar an ihn erinnern, weil er unser ökologisches Bewusstsein, das fundamentalste Bewusstsein der Menschheit, erweitert hat und uns das sozialökologische Denken gelehrt hat. Seine Thesen auf dem Gebiet der Sozialökologie haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass sich der Mensch als Teil der natürlichen Evolution und als gesellschaftliches Wesen zugleich begreift.

Die Sozialökologie ist aber nicht nur Produkt eines ökologischen Bewusstseins. Gleichzeitig ist sie eine philosophische und ideologische Haltung, die die gravierendsten Mängel der bisherigen sozialistischen Theorie korrigiert. So hat er eines der eklatantesten Mankos des Sozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts beseitigt. Bookchin war ein militanter Denker, der seinen Idealen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie bis zum letzten Atemzug verbunden war. Man wird sich an ihn stets als an einen Denker erinnern, der Militanz mit wissenschaftlichem Denken verbunden hat. Deshalb hat er stets kritisiert, was er als falsch und mangelhaft ansah. So wurde er zu einem der Denker des revolutionären Spektrums, der die Fehler und Mängel des Marxismus heftig kritisierte. Dass es ihm gelungen ist, den Kapitalismus, der heute die Menschheit an den Rand ihres Untergangs gebracht hat, bis ins kleinste Detail zu verstehen und als das schlechteste System in der Geschichte der Menschheit darzustellen, hat dem antikapitalistischen Kampf neue Horizonte eröffnet. Seine Definition des Kapitalismus als eines Krebsgeschwürs für Mensch und Natur hat zur Entwicklung des Bewusstseins beigetragen, dass der Kampf gegen den Kapitalismus und für Freiheit, Demokratie und Sozialismus keine Frage der Vorliebe, sondern eine Notwendigkeit ist.

Manche glauben, seine heftige Kritik an Marxismus und Realsozialismus sei gegen den Sozialismus gerichtet gewesen und habe ihn geschwächt. Ganz im Gegenteil hat diese Kritik den Boden für einen neuen Aufbruch der sozialistischen Theorie auf einem stärkeren Fundament bereitet. Daher verdanken auch die Sozialisten Bookchins Ideen viel. Dass auch seine Thesen Irrtümer enthalten mögen und dass er in einigen Punkten ähnliche Fehler wie der Realsozialismus beging, wird die Beiträge, die Bookchin auf diesem Gebiet geleistet hat, niemals schmälern.

Eine der wichtigen Erkenntnisse Bookchins ist, dass Demokratie, Freiheit und Sozialismus nur in einem System außerhalb des Staates zu verwirklichen sind. Zwar haben auch andere, allen voran die Anarchisten, ähnliche Feststellungen getroffen, aber Bookchin hat unseren Horizont bedeutend erweitert, weil er gezeigt hat, wie dies verwirklicht werden kann. Der von ihm vorgeschlagene Konföderalismus als Modell einer nichtstaatlichen Organisierung, um vollständige Demokratie zu realisieren, geht als ein kreatives Modell in die Geschichte des Sozialismus und der Freiheit ein und wird in Zukunft bedeutende Ergebnisse zeitigen. Er war einer derjenigen revolutionären Theoretiker, die am besten verstanden haben, dass ein Kampf für Demokratie, Freiheit und Sozialismus nicht möglich ist, ohne Staat, Macht und Hierarchie aufzulösen. Er hat aufgezeigt, dass die schwersten Fehler des Marxismus in diesem Bereich liegen, und hat so zur Bildung eines Bewusstseins beigetragen, das verhindern wird, dass zukünftige Sozialisten die gleichen schweren Fehler begehen. Wenn diejenigen, deren Ideale Freiheit, Demokratie und Sozialismus heißen, nicht nur Varianten des repressiven Ausbeutungssystems hervorbringen wollen, müssen sie sich Bookchins Thesen und Analysen in diesem Bereich zu eigen machen.

Bookchin war nicht nur ein Denker, sondern gleichzeitig ein Organisator und Aktivist. Seine bedeutenden Arbeiten im Bereich der Ökologie und des Kommunalismus wollte er in die Praxis umsetzen. Bookchins Thesen und Anstrengungen hatten entscheidenden Anteil daran, dass überall auf der Welt entsprechende Projekte entstanden. Bekanntlich gab es in der Geschichte der Kämpfe Murray Bookchins große Schwierigkeiten und Hindernisse. Der Dogmatismus und falsche Auffassungen im Marxismus und die unter den damaligen Bedingungen geringe Toleranz gegenüber anderen Meinungen verhinderten, dass die, deren Ideale Freiheit, Demokratie und Sozialismus hießen, schon früher von seinen Gedanken profitieren konnten.

Auch dass die Ökologiebewegung nicht mit dem System brach, sondern sich innerhalb kurzer Zeit ins System integrierte, verhinderte, dass der Wert seines Denkens und Handelns genügend verstanden wurde. Seine Kampferfahrung hat ihm gezeigt, wie das kapitalistische System die Menschen integriert und vom Kampf abhält. Seine Erfahrung hat ihn ebenfalls gelehrt, dass die Abwesenheit von Organisierung eine Abwesenheit vom Kampf und die Kapitulation vor dem System mit sich bringt. Er hat sich deshalb bemüht, dagegen theoretische und praktische Maßnahmen zu ergreifen.

Seine Thesen und sein Kampf werden in Zukunft noch breitere Beachtung finden und in die Geschichte der Freiheit eingehen. Am meisten sollten wir uns vielleicht sein konsequentes Festhalten an wissenschaftlichen Maßstäben, seine moralische Prinzipientreue und die Reinheit seines Gewissens und Denkens zum Vorbild nehmen. Bookchin hat seinen Beitrag dazu, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert des demokratischen Sozialismus wird, bereits geleistet. Wer für Freiheit und Demokratie kämpft, wird sich durch sein Leben und seine Begeisterung stets inspirieren lassen. Seine Thesen werden dem Kampf für Freiheit, Demokratie und Sozialismus die richtige Richtung geben.

Auch die PKK hat von Bookchin vieles gelernt. Seine Bedeutung für die Herausarbeitung der sozialökologischen Thesen unseres Vorsitzenden wird stets unvergessen bleiben. Seine Beiträge zum Konföderalismus, durch den wir zum demokratischen Sozialismus gelangen wollen, und seine Thesen über Staat, Macht und Hierarchie werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Praxis unseres revolutionären Kampfes spielen. Wir versprechen, dass Bookchin in unserem Kampf weiterleben wird. In diesem Teil der Welt, der schon einmal Heimat von Demokratie und Konföderalismus war, werden wir dieses Versprechen einlösen.

Wir hoffen, dass sich alle Sozialwissenschaftler und Revolutionäre in ihrem Leben und in ihrer Praxis ein Beispiel an der Prinzipientreue, dem Gewissen und der revolutionären Moral Bookchins nehmen.

Bookchin ist nicht tot. Er wird weiterleben und weiter gelebt werden. Das ist unsere revolutionäre Überzeugung. ♦

Antwort von Janet Biehl, Lebensgefährtin von Murray Bookchin

Im letzten Jahr seines Lebens war Murray Bookchin sehr von der Reflektion und Integration seiner Ideen seitens der kurdischen GenossInnen beeindruckt.

Er entwickelte einen tiefen Respekt für die kurdische Bewegung und diskutierte deren Entwicklung intensiv mit seinen GesprächspartnerInnen. Dabei verstand er, dass der demokratische Konföderalismus eine besondere Bedeutung in der kurdischen Bevölkerung einnimmt. Murray wäre stolz darauf gewesen, im Nachruf der PKK zu lesen, dass seine Ideen „halfen, die Kurzsichtigkeiten der sozialistischen Theorie zu überwinden" und „seine weitere Basis zu entwickeln", weil es eines seiner lebenslangen Ziele war, als Antwort auf die stalinistische Katastrophe, die sozialistische Theorie und Praxis hinsichtlich größerer Freiheiten – und gegen autoritäre Ideen – fortzuentwickeln.

Seiner Meinung nach war für dieses Projekt die Machtfrage ein zentrales Moment. Dafür sollte die Verfügungsmacht demokratisch geteilt und außerhalb einer Staatsstruktur organisiert werden. Er teilte die Ansicht der GenossInnen, dass die Organisierung in einer Bewegung notwendig ist, um ein verantwortungsvolles Handeln der RevolutionärInnen zu befördern. Er hätte es sehr begrüßt, wenn der demokratische Konföderalismus sich in der kurdischen Region durchsetzt. Die größte Anerkennung hatte Murray für den Mut der kurdischen Bevölkerung in ihrem lang anhaltenden Freiheitskampf.

Bookchin starb so wie er lebte, als ein Sozialist von ganzem Herzen. Egal wie sehr die amerikanische Kultur in Barbarei verfiel – er wehrte sich dagegen, Ideen aufzugeben, von denen er wusste, dass sie richtig waren. Als seine Ärztin ihm gegen Ende seiner Krankheit sagte, dass er nur noch ein paar Tage zu leben hätte, blieb er unerschrocken und bedankte sich für ihre gute Arbeit. Zwei Tage später ging dieser große Geist von uns.

Die Zeitung, die den Nachruf des Parteirates der PKK abdruckte, ging ein sehr großes Risiko ein. Ich hoffe aus tiefstem Herzen, dass ihr für diese mutige Tat keine zerstörerischen Konsequenzen drohen.

Mit Bewunderung für ihren Mut,
in Anerkennung ihrer Militanz
und mit Respekt vor ihrem intellektuellen Verständnis
grüße ich die GenossInnen der PKK
und bin mir sicher, dass Murray Bookchin das Gleiche getan hätte.

Janet Biehl
Burlington, Vermont, USA

Die erste kurdische Hiphop-Sängerin

Wer ist Dezz Deniz?

Dezz Deniz ist 1983 in Midyat bei Mardin geboren. Aufgewachsen ist sie jedoch in Batman. Nachdem sie dort die Mittelschule abgeschlossen hatte, kam sie mit ihren Eltern nach Europa. Seit ca. zehn Jahren ist sie nun in Deutschland. Hier absolvierte sie die Realschule und anschließend eine dreijährige Ausbildung als Arzthelferin. Gegenwärtig ist sie als Arzthelferin tätig. Sie hat noch vier weitere Geschwister und ist das dritte Kind der Familie. Seit ungefähr vier Jahren beschäftigt sie sich mit der Hiphop-Musik. Ihre Muttersprache Kurdisch lernte sie hier in Europa. Sie ist die erste kurdische Hiphop-Sängerin.

Wie kamst du zur Musik?

Seit meiner Kindheit fühle ich mich zur Musik hingezogen. Ab der fünften Klasse fing ich an, Texte zu schreiben, die inhaltlich einen Protest gegen die gesellschaftliche Realität darstellten. Es ist schon immer ein Kindertraum von mir gewesen, Texte selber zu schreiben und Sängerin zu werden. Durch einen engen Freundeskreis lernte ich dann hier in Europa den Hiphop-Stil kennen. Viele tanzten Breakdance, dies war sehr interessant für mich.

Große Erfahrungen hinsichtlich der kurdischen Kultur bekam ich dann in der *Kurdischen Kunst- und Kultur-Akademie* in Köln. Viele Anregungen gab es auch von Azad. Aber er singt ja eher in Deutsch. Ich war davon überzeugt, dass Hiphop nun endlich mal in Kurdisch gesungen werden sollte. Daher habe ich mich entschlossen, bei der Entwicklung des kurdischen Hiphop aktiv mitzuwirken. Früher war die Musik ein Hobby für mich. Nun jedoch möchte ich es auf professionelle Art und Weise machen.

Worüber singst du?

Ich singe über aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme und Themen. Außerdem gegen die rückständigen feudalen Normen und Tabus, die es immer noch in der kurdischen Gesellschaft gibt.

Warum über politische und gesellschaftliche Themen? Glaubst du, dass du dadurch etwas ändern kannst? Warum nicht über Liebe oder eher unpolitische Themen, wie es ja klassisch in vielen Musikstilen zu hören ist?

Ich stamme aus einer Gesellschaft, die seit Jahren verleugnet und unterdrückt wird. Außerdem führe ich hier ein Leben im Exil. Daher fühle ich mich doppelt fremd. Diese beiden Faktoren haben mich dazu gebracht, dass ich meine nationale und meine geschlechtliche Identität in den Vordergrund stelle. In solch einer Situation fängt der Mensch an, sich Fragen zu stellen, nach Neuem zu suchen. Deswegen ist es mein Ziel, diese Probleme und Konflikte sowie die Schwierigkeiten, als Frau in einem patriarchalischen System zu leben, nach außen zu tragen. Deshalb möchte ich die Stimme meines Volkes sein. Mit meinen Texten und den Themen, die ich in diesen Texten hervorhebe, habe ich mir solch eine Mission gegeben.

In welchen Sprachen singst du?

Zurzeit eher in Kurdisch. Aber ich habe auch einige Texte in Deutsch, Englisch oder Türkisch.

Wer schreibt dir die Texte?

Türkische und kurdische schreibe ich selber. Aber es gibt auch einige Texte, die nicht von mir stammen, die ich jedoch verwende, indem ich sie in den Hiphop-Stil umwandle. Denn leider, leider gibt es noch niemand, der oder die kurdisch im Hiphop-Stil schreibt.

Wie sind die Reaktionen auf deine Musik? Denkst du, dass du Menschen ansprechen kannst?

Die Reaktionen sind sehr positiv. Es gibt viele Jugendliche, die versuchen, mich zu erreichen. Nachdem ich etwas bekannt wurde, haben sich viele Jugendliche von mir Mut genommen, die dasselbe machen wollen, jedoch noch nicht die Traute dazu hatten. Ich möchte die interessierten Jugendlichen auf jeden Fall unterstützen, weil ich weiß, somit den kurdischen Hiphop entwickeln zu können.

Wie war es, zum ersten Mal auf der Bühne zu stehen?

Als ich das erste Mal auf der Bühne stand, war es auch das erste Mal, dass ich in diesem neuen Hiphop-Stil sang und tanzte. Ich sah plötzlich, dass es überhaupt keine Reaktion seitens des Publikums gab. Ich dachte, das Mikrofon sei kaputt und keiner höre meine Stimme. Aber am Ende haben die Menschen applaudiert, sie fanden es sehr gut. Warum sie anfangs keine Reaktion zeigten, hat wahrscheinlich damit zu tun gehabt, dass ihnen kurdische Texte im Hiphop-Stil fremd waren. Die Älteren versuchen anfangs zu verstehen, was ich denn da so auf der Bühne mache und singe. Denn es ist ihnen fremd.

Als ich einmal in Belgien einen Auftritt hatte, sang ich mein Lied, welches von Frauen handelt. Nach meinem Bühnenauftritt kamen Frauen, die verschlossen waren und Kopftücher trugen, zu mir. Sie umarmten mich und sagten mir, dass ich sehr gute Musik machen, sehr gut tanzen würde. Und sie wollten, dass ich es ihnen beibringe. Das fand ich sehr ungewöhnlich.

Wie fühlst du dich jetzt? War es schwer für dich?

Aus Notwendigkeit und Überzeugung bin ich diesen Schritt gegangen. Die ersten Schritte sind immer die schwersten. Aber dafür auch die bedeutsamsten. Zu Beginn war es auch schwer für mich. Weil ich eigentlich gar nicht so an diesen Stil gewöhnt war. Allein schon, dass ich auf der Bühne stand, war sehr neu und ungewöhnlich für mich. Es ist einfach ungewohnt, so eine Musik zu machen. Ich denke, dass ich es geschafft habe, diese Sympathie für diese Musik und für mich zu bekommen. Wenn ich auf der Bühne stehe, hören mir alle zu. Das merke ich.

Denkst du nicht, dass die Musik vom ´Dengbêj´ Sakiro etwas dem Hiphop oder dem Rap ähnelt? Denn auch beim ´Dengbêj` zählt der Sänger alles hintereinander einfach nur so auf. Hast du dich damit schon mal befasst?

Nein, leider noch nicht. Ich weiß, dass beim Dengbêj das erlebte Leid erzählt wird. Aber beim Hiphop gibt es eine Protesthaltung. So sehr unterschiedlich ist es im Kern aber nicht. Jede Musikart hat eine Botschaft für die ZuhörerInnen. Dengbêj ist auch ein Stil. Er bringt die Gefühle des erlebten Augenblicks zur Sprache. Aber erzählt nicht davon, wie dieser Schmerz ein Ende haben kann. Doch der Hiphop fordert die ZuhörerInnen zu einer aktiven Position auf. Es ist eine Einladung zum Aufstand. Eine Art Einladung zum Aufwachen. Aber ich denke nicht, dass der Hiphop hier in Europa diese Botschaft vermittelt. Ich finde, hier in Europa hat der Hiphop den eigenen Kern verloren.

Wieso? Was kritisierst du denn am europäischen Hiphop?

Der Hiphop ist durch den Aufstand der Schwarzen gegen die Weißen entstanden. Es war ein Aufstand. Später wurde dies in Europa kopiert. Jede/r hatte eine andere Definition vom Hiphop. Von allen wurde er genutzt, um die eigenen Probleme auszusprechen. Aber jetzt wird Hiphop zum Fluchen benutzt. Er ist somit also ein assimilierender Faktor. Ich möchte nicht sagen, dass alles negativ ist. Aber zu Beginn hatte es ein Ziel. Ich frage mich heute, wie weit dieses Ziel noch gewahrt wird? Ich glaube nicht, dass es heutzutage dem Hiphop gerecht gemacht wird. Hiphop entstand aus Protest gegen das System, heute ist es eine Sprache, in der geflucht wird. Somit ist sie also keine Alternative mehr. Daher kritisiere ich es.

Vorhin sagtest du, dass es als Frau schwer ist, in einem patriarchalen System zu leben. Dies sei einer der Gründe für dich, warum du Musik machst. Was sind das für Schwierigkeiten? Außerdem hast du davon gesprochen, dass deine Musik gegen die rückständigen feudalen Normen der kurdischen Gesellschaft sei. Was heißt es denn, als emanzipierte kurdische Frau Musik zu machen?

Mann hat mir zu Beginn schon zu spüren gegeben, was ich denn da so tue. Z. B. hatte ich ein Lied geschrieben, das die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan erwähnte und diese anprangerte. Die erste Reaktion war: „Was macht die denn da, wie redet sie denn von Abdullah Öcalan?" Sie haben es als Disco-Musik interpretiert. Und nicht verstanden, dass es eine Art Protestmusik ist. Sie haben es so aufgefasst, als ob ich eine assimilierte Kurdin wäre, die ihre eigene Kultur und Identität nicht mehr kennt. Und natürlich würde ich auch die kurdische Jugend assimilieren. Wenn die Musik anders und ungewöhnlich ist, sind es die Reaktionen ebenfalls. Es ist eine Musikrichtung, die der kurdischen Bevölkerung fremd ist. Eigentlich gab es vor mir schon einige kurdische Jungs, die versucht haben, amateurmäßig etwas zu machen. Aber sie haben es nicht geschafft. Oder hatten sie kein Glück? Ich weiß es nicht. Aber es kam nicht sehr gut an. Dazu muss ich sagen, dass sich erst, nachdem die kurdische Befreiungsbewegung in die politische Phase einstieg, sehr vieles geändert hat und die Menschen für unterschiedlichere Sachen offen waren. Ich glaube, ich kann sagen, dass ich das Produkt dieser neuen Phase bin. Ich möchte also auch die Grundlage für andere sein, die in diesem Stil singen wollen. Ich glaube, ich habe einen Vorteil darin, dass ich eine Frau bin. Denn es fällt wirklich sehr auf. Natürlich merkte ich, dass mich alle schief ansahen und redeten. Wie ich denn so als Frau einfach mal auf die Bühne steige und rumtanze. Aber ich habe mir nichts draus gemacht. Heute weiß ich, dass dies auch das Richtige war. Ich werde mir auch weiterhin nichts draus machen.

Was sagen denn deine Eltern dazu?

Sie waren anfangs auch sehr überrascht. Als sie jedoch sahen, dass ich fest davon überzeugt bin, diesen Weg durchzuziehen, fingen sie an, mich zu unterstützen. Heute bekomme ich die größte Unterstützung von meiner Familie. Ich bin auch etwas dickköpfig. Und das weiß sie natürlich. Ich wusste aber, dass ich zuerst meine Familie hinter mir haben muss. Daher versuchte ich, ihnen das auch klarzumachen.

Warum `Dezz Deniz´?

Ich heiße eigentlich Deniz. Dezz hat nichts Bestimmtes zu bedeuten. Es ist einfach nur ein Nickname. Ebenso eine Abkürzung von Deniz. Ich wollte meinem eigenen Namen nicht sehr fremd sein.

Hast du schon ein Album oder ist eines in Aussicht?

Ich bin gerade dabei, ein Album herauszubringen. Es wird eine Synthese von Ost und West. Hauptsächlich wird es in Kurdisch sein. Aber auch Fremdsprachen wie Türkisch, Deutsch oder Englisch werden dabei sein. Außerdem lege ich Wert darauf, mit Menschen aus verschiedenen Kulturen in der kurdischen Musik zusammenzuarbeiten. Mein Album wird in solch einer Zusammenarbeit entstehen.

Hast du eine Botschaft für deine Zuhörer? Deine Fans?

Ich hoffe, dass die Unterstützung, die ich bisher bekommen habe, auch nach meinem Album, welches in Kürze erscheinen wird, weiterhin andauert.

Es wird mich ab Oktober auch im web geben. Dann gibt es unter www.dezzdeniz.com mehr Infos über mich. ♦

Kino hat eine vermittelnde, eine verbindende Dimension

Warum „Kurdische Filmtage“?

Nuri Aslan, Künstler, Oktober 2006

Es steht außer Frage, dass neben der Problematik der kurdischen Nation und Demokratie auch die Problematik der Entwicklung von Kunst und Kultur besteht. Dass die in diesen Bereichen gemachten Fortschritte international Anerkennung finden, ist vor allem den Kurden selbst zu verdanken, wie auch auf anderen Gebieten. Wir können aber bedauerlicherweise nicht sagen, dass die Kurden der Diaspora auf all diesen Gebieten immer systematisch und ausgewogen gearbeitet hätten. Eine der gravierendsten Ursachen dessen ist in der alleinigen Beschränkung auf die Politik zu sehen. Es hat sich möglicherweise aufgrund der Unterdrückung und Ausbeutung die politische Seite in den Vordergrund geschoben. Aber eine Bevölkerung, die die Phase der Nationwerdung durchlebt, sollte sich damit nicht begnügen. Das ist ein Thema, das sich natürlich diskutieren lässt, aber dass einer der Gründe der mangelhaften Entwicklung auch hierin zu suchen ist, sollte hier kurz Erwähnung finden. Deshalb möchte ich die kurdischen Intellektuellen, die Institutionen und Parteien darauf hinweisen, dass es in dieser Richtung noch viele Aufgaben zu bewältigen gibt. Kommen wir zusammen, um das Notwendige zu tun. Konzentrieren wir uns auf kulturelle und künstlerische Aktivitäten, die in der Lage sind, uns auf internationaler Ebene zu vertreten. Was es auch immer im Einzelnen sein mag, „Kurdische Filmtage“ zu organisieren ist für uns aus diesem Grund so, als würden wir ein Fenster zur Welt aufstoßen.



Nuri Aslan Foto: Archiv

Solche Art Aktivitäten finde ich persönlich aus zwei Gründen wichtig:

– Um unserer Bevölkerung, die im Kulturellen sowie auch im Sozialen dem Risiko der Degeneration ausgesetzt ist, auf kulturellem Gebiet einen Bereich des Austauschs zu schaffen. Diese Aktivitäten sollten zunehmend zur Tradition werden und mit dem Leben verschmelzen. Denken wir zum Beispiel an eine Stadt, in der *Kurdische Filmtage* oder Wochen veranstaltet werden: Das Interesse, das unsere Bevölkerung dem entgegenbringt, ihre Teilnahme, ihre Analysen der Filme oder Kritiken sind ein wichtiger Beitrag für unsere kulturelle Entwicklung. Kurdische Filmfestivals in vielen Städten Österreichs, Englands, Frankreichs und speziell Deutschlands haben in dieser Hinsicht positive Ergebnisse gezeitigt. Eine Botschaft solcher Aktivitäten an unsere Bevölkerung ist, dass wir, wenn wir als moderne Nation in den Reihen der Zivilisationen der Welt unseren Platz einnehmen wollen, auch in der Lage sein sollten, unsere Existenz mit unserer Kunst, mit unserer Kultur auszudrücken. Meiner Meinung nach ist es eine Notwendigkeit, ja ein Muss, jedes Jahr Aktivitäten dieser Art dort, wo wir leben, aber auch in den Metropolen, zu organisieren. Mit den großen Konzernen, die die Fäden der Welt des Kinos in den Händen halten, zu konkurrieren, ist sicher gar nicht so einfach. Für die Kurden, deren Heimatländer seit hundert Jahren den Status einer internationalen Kolonie innehaben, schon gar nicht. Allerdings bin ich überzeugt davon, dass in Kreisen des alternativen Kinos die Chancen größer sind, um uns bekannt zu machen und sich zu messen. Neben der internationalen Dimension dürfen aber auch die Vorteile, die sich daraus für unsere Bevölkerung ergeben, nicht vergessen werden. Kino hat außerhalb des Kulturellen auch noch eine vermittelnde, eine verbindende Dimension. Zum Beispiel kann jemand an einem Ende der Welt

die Leiden, die Hoffnungen, die Beziehungen eines Hunderte von Kilometern von ihm entfernt lebenden anderen zu Natur und Traditionen durch den Film sehen und kennenlernen. Ich denke, dass dies für die verstreut, fern der Heimat, in der Verbannung lebenden Kurden noch weit bedeutender ist. In dieser Hinsicht bin ich mir sicher, dass bei der Vermittlung kultureller Werte für unsere Bevölkerung Filmtage und ähnliche kulturelle Veranstaltungen einen weit größeren Stellenwert einnehmen.

– Das kurdische Volk, dessen nationale Kultur vernichtet wird, das viergeteilt ist, kämpft trotz allem dafür zu überleben und setzt diese seine Bemühungen auch auf künstlerischem Gebiet fort. Die Arbeit der Regisseure, die in den letzen Jahren die Fenster der Welt des Kinos öffneten, ist beispielgebend für diese Bewegung. Dass bis vor kurzem noch völlig unbekannte Regisseure jetzt erfolgreich in den Teilen des Irak, Iran, Syriens und in der Türkei Filme machen, die Begeisterung auslösen, und diesen Erfolg auch auf die internationale Bühne zu tragen wissen, ist für das kurdische Volk ein bedeutender Schritt. Und die herrschenden Staaten (Türkei, Iran, Syrien, Irak), die bis gestern noch die erfolgreichen Leistungen der kurdischen Regisseure für sich selbst vereinnahmten, verfolgen heute irritiert deren internationalen Durchbruch. Natürlich trägt eine solche Leistung auch im Hinblick auf die nationale Einheit der Kurden große Bedeutung. Wenn in den vier Teilen Kurdistans Produzenten wie Yilmaz Güney, Bahman Ghobadi und Hiner Salem unabhängig davon, woher sie stammen, gefeiert werden, so ist das ein Beweis für die vereinende Rolle der Kultur. Dass Malerei, Musik, Bühnenkünste und noch viele andere Bereiche diese vereinende Wirkung besitzen, ist meine feste Überzeugung. Denn könnten wir hier denn im Ernst behaupten, dass, als unser werter Bahman Ghobadi auf dem Filmfestival von San Sebastian den Preis für seinen Film „Nive Heyve" (Halbmond) entgegennahm, es auch nur einen Kurden gab, den das nicht mit Stolz erfüllte? Wohl nicht. Und die Worte Ghobadis bei der Preisverleihung „Meinen Film widme ich dem kurdischen Volk" waren für mich wohl die schönsten Worte dafür, dass die Kunst dem Volke gehört.

Wie lange noch die Kunst als grenzübergreifende Form der Utopie einer Lebensweise bestehen kann, weiß ich nicht. Aber ich sehe den Wunsch der Künstler, ihre Werke mit allen Menschen der Welt teilen zu wollen, als hoffnungsvollen Schritt, diese Utopie Realität werden zu lassen. Das ist es auch, was den Künstlern eines unschuldigen Volkes wie den Kurden zukommt. Sie als Teil einer tragischen Geschichte sind es, die, ohne die Hoffnung auf ein schönes Leben zu verlieren, Schönes erschaffen. Kann es einen gewichtigeren Grund zu Ehre und Stolz geben als diesen? So lasst uns dann alle zusammen im Namen des unschuldigen kurdischen Volkes und im Namen der Menschheit Ehre und Stolz empfinden. So lasst uns dann unser Leben nicht länger mit Krieg, sondern mit den Idealen der Kunst erfüllen. ♦

Der Bombenanschlag von Diyarbakır

Qirix von Doğan Güzel



Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
YEK-KOM
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Chausseestr. 15
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 24 72 41 96
E–mail: yekkom-berlin@gmx.net
http://www.yekkom.com

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
Fax: 0(033) 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

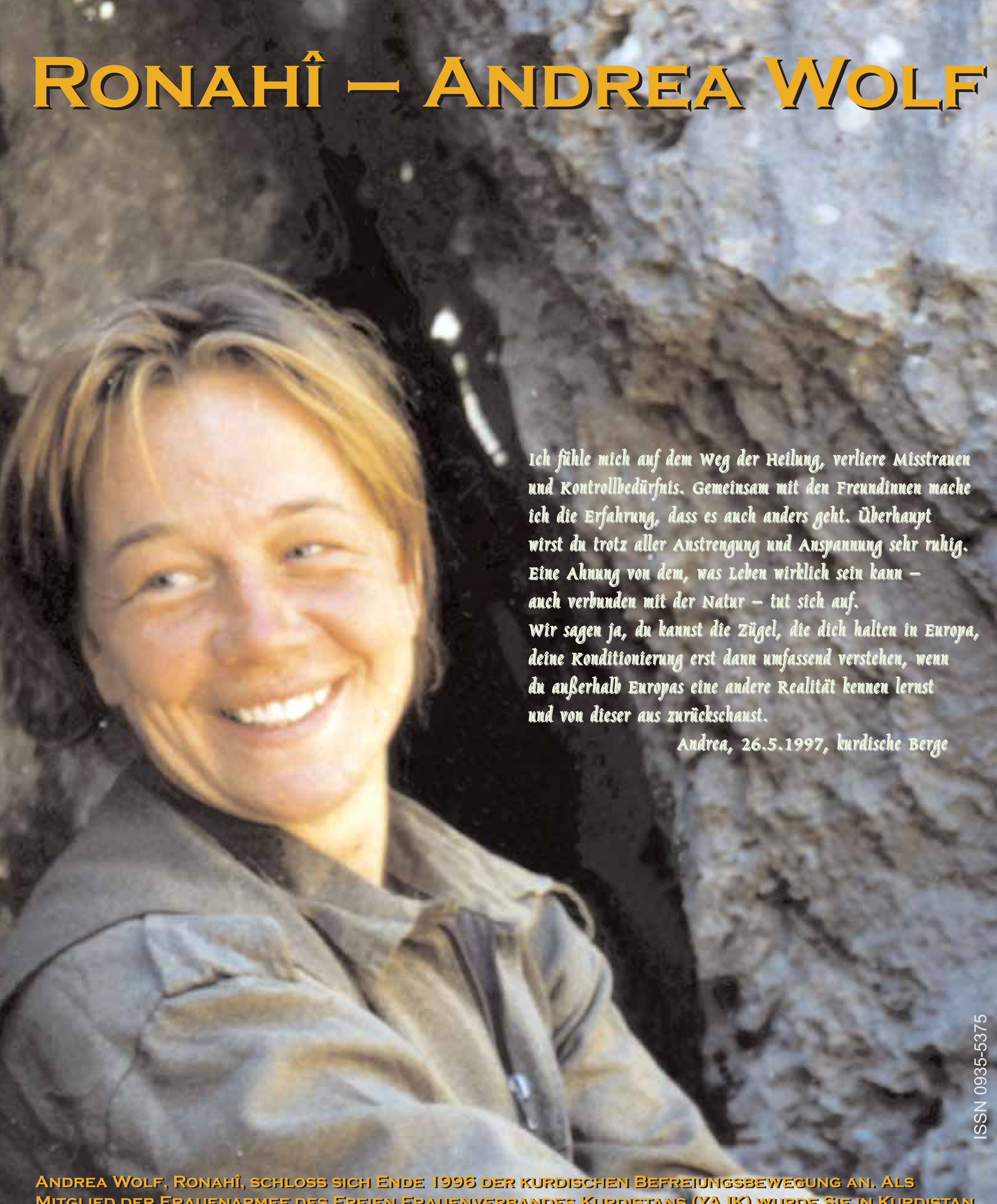
AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Ronahî – Andrea Wolf



Ich fühle mich auf dem Weg der Heilung, verliere Misstrauen und Kontrollbedürfnis. Gemeinsam mit den Freundinnen mache ich die Erfahrung, dass es auch anders geht. Überhaupt wirst du trotz aller Anstrengung und Anspannung sehr ruhig. Eine Ahnung von dem, was Leben wirklich sein kann – auch verbunden mit der Natur – tut sich auf.
Wir sagen ja, du kannst die Zügel, die dich halten in Europa, deine Konditionierung erst dann umfassend verstehen, wenn du außerhalb Europas eine andere Realität kennen lernst und von dieser aus zurückschaust.

Andrea, 26.5.1997, kurdische Berge

ISSN 0935-5375

Andrea Wolf, Ronahî, schloss sich Ende 1996 der kurdischen Befreiungsbewegung an. Als Mitglied der Frauenarmee des Freien Frauenverbandes Kurdistans (YAJK) wurde Sie in Kurdistan am 23.10.1998 nach ihrer Festnahme vom türkischen Militär ermordet. neben ihr sind Rojhat, Cembeli, Hozan Hogir, Kamuran, Azîme Savas, Agirî, Botan, Kawa, Siyar, Lesker, Kemal, Tekoser, Amed, Deniz, Xosnav, Harun Aziz, Kendal Berxwedan, Gabar Afrîn, Sîpan, Salman, Bahoz, Dilbirîn und Xezal in der Operation der türkischen Armee in der Zeit vom 21. bis zum 27. Oktober 1998 gefallen.